Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

3. Oktober 1977
Jg. 5 Nr. 40

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Es lebe die Partei des Proletariats!

Auf nach Bonn! Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML!

Artikel 14 des Grundgesetzes garantiert das Privateigentum. Gemeint ist damit das kapitalistische Privateigentum, das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln. Dieses Privateigentum der Nichtarbeiter an den Produktionsmitteln, dem die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln entspricht, bildet die soziale Grundlage derAusbeuterherrschaft und den Eckpfeiler der freiheitlich-demokratischen, der FDGO. An der Verfassungsfeindlichkeit der Kommunisten könne gar kein Zweifel sein, schreit die ganze Bourgeoisie. Man muß sie verbieten, hat der CDU-Vorstand beschlossen. Da alle Freiheit und Demokratie, die sie meinen, bloß die Freiheit der kapitalistischen Privateigentümer und die Demokratie der Besitzenden ist, müssen wir unsererseits freimütig antworten, ja, dagegen sind wir. Was hätten wir, die Ausgebeuteten und Unterdrückten, für einen Anlaß, eure Freiheit und eure Demokratie hochzuhalten?

Offensichtlich handelt es sich um eine Klassenfrage. „Was dem einen sin Uhl, ist dem anderen sin Nachtigall", was für den einen Ausbeutung und Unterdrückung ist, ist für den anderen Profit und Herrschaft. Die Kapitalisten wollen ausbeuten, aber sie wollen auch widerstandslose Unterwerfung der Arbeiter unter ihre Ausbeutung. Auf dem Boden des Grundgesetzes sollen die Arbeiter stehen, damit die Kapitalisten auf ihnen herumtrampeln können.

Karl Marx hat diesen Beutelschneidern und bis an die Zähne bewaffneten Heuchlern der Freiheit des Eigentums bereits 1847 ins Gesicht gesagt:

„Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen.

Heuchlern der Freiheit des Eigentums bereits 1847 ins Gesicht gesagt:
„Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen.

Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.

Ihr werft uns mit einem Wort vor, daß wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr Kapital, Geld, Grundrente, kurz, in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d.h. von dem Augenblick, wo das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick an erklärt ihr, die Person sei aufgehoben.

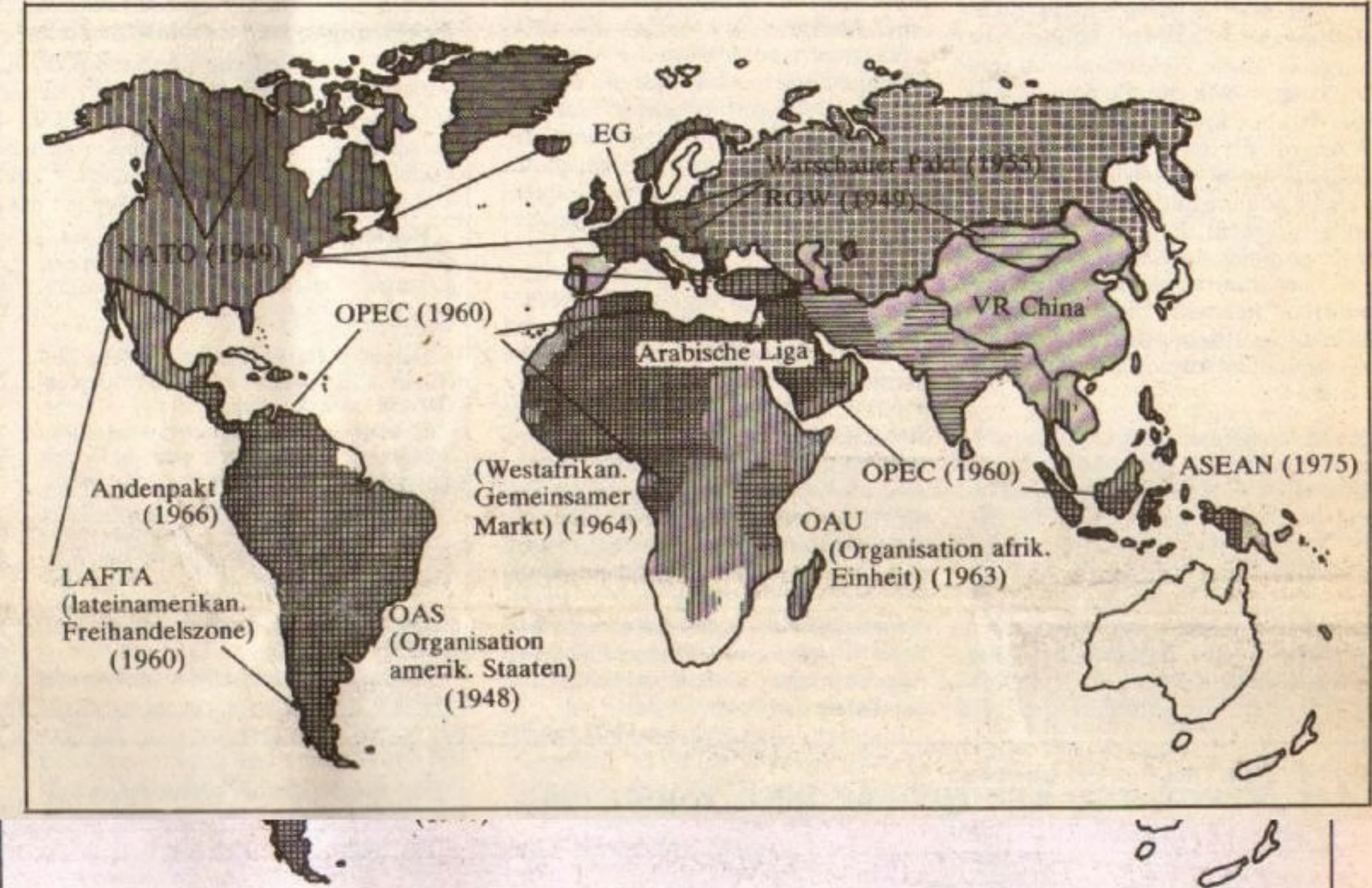
Ihr gesteht also, daß ihr unter Person niemanden anders versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer. Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden.

Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen."

Das ist es ja eben, sagen die Bourgeois, gerade darauf kommt es uns doch an mit unserer Freiheit und Demokratie. Wer also die Sätze von Karl Marx nimmt, wie sie gemeint sind, als Handlungsanweisung für die proletarische Revolution, fällt unter das

(Fortsetzung Seite 2)

32. UNO-Vollversammlung: Fortschritt im Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen die Supermächte



Die Imperialisten beteuern auf der UNO-Vollversammlung ihre friedlichen Absichten. „Menschenrechte verwirklichen", so Carter; Gromyko „reicht den Ländern der Dritten Welt seine Hand, um ihnen bei der Überwindung ungerechter Wirtschaftsstrukturen zu helfen", Genscher erklärt die Bereitschaft der BRD-Imperialisten, bei der Lösung der Konflikte mitzuwirken. 50 Milliarden US-Dollar Bankschulden bei den US-Imperialisten, 14 869 Millionen US-Dollar „Entwicklungshilfe"kredite der SU-Imperialisten, um die Länder der Dritten Welt in ihre Abhängigkeit zu bringen. Um die Hegemonie über die ganze Welt zu erringen, bereiten die Imperialisten den Krieg vor. Im Kampf gegen den Imperialismus und das Hegemoniestreben der Supermächte haben sich die Länder der Dritten Welt in zahlreichen Bündnissen zusammengeschlossen. „Souveräne Gleichberechtigung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Souverantität, Integrität, Unabhängigkeit . . ., Befreiung der noch abhängigen Gebiete" (aus: Charta der OAU) sind ihre Grundsätze.

Der Kampf gegen die Senkung des Lohnstandards ist schon aufgenommen

Hektisch sind jetzt die Kapitalisten mit „Rechnungen" beschäftigt: Rechnungen, wie sie den Lohnstandard der Arbeiter weiter senken wollen und dies auch in den Tarifkämpfen durchsetzen können. Der Bankier Poullain von der Westdeutschen Landesbank ist bei seiner „Rechnung" zu dem Ergebnis gekommen, daß sich „ein nominales Wachstum des Bruttosozialprodukts von 6,5%" ergäbe:

„Wenn wir allerdings dabei berücksichtigen, daß 1977 der Schub größer war, als wir verkraften konnten, sollten realistische Lohnabschlüsse bei 5% liegen, je nach Branche ein Schnäpschen drauf oder darunter . . ." Vor allen Dingen in den öffentlichen Diensten verlangen die Kapitalisten noch weitergehende Lohnsenkung als es die 5% selbst für Facharbeiter schon bedeuten würden.

So fordert in seinem neuesten Konjunkturbericht das Rheinisch-Westfälische Institut der Kapitalisten für Wirtschaftsforschung die Regierung auf, „im öffentlichen Dienst so viel Einsicht und Solidarität zu mobilisieren, daß die nächste Lohnerhöhung ausgelassen werden könne." Als „sachgerechte Lösung" preisen die Kapitalisten diese Forderung nach weiterer drastischer Lohnsenkung an, denn „Lohnstillstand" gibt es nicht. Ihr Staatsapparat als öffentlicher Dienstherr soll die Maßstäbe setzen: „Damit könnten dann zugleich die Weichen für die Lohnentwicklung auch in den anderen Bereichen gestellt werden", spekulieren die Kapitalisten.

Auf den einfachsten Begriff hat jüngst der Kapitalistenverband „Gesamtmetall" alle diese Kapitalistenrechnungen gebracht: die Metallkapitalisten hätten es gern, wenn die Arbeiter auf den Schwindel mit den „Steuererleichterungen" hereinfielen, die den Zangenangriff von Lohnsenkung durch die Kapitalisten und Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat vertuschen sollen.

„Eine Steuersenkung bringe zusätzliche Kaufkraft für den Verbraucher ohne Mehrkosten für die Unternehmen", erklärt Gesamtmetall, „Lohnerhöhungen dagegen erzeugten Mehrkosten, während sich in den Lohnkosten nur ein Teil als Einkommen wiederfinde." (Blick durch die Wirtschaft, 28.9.77) Wer dafür seine Knochen hinhalten muß und dafür bezahlt, daß die Profite bei Opel mit 911 Millionen für das Geschäftsjahr 1976 z.B. Rekordhöhen erreicht haben oder in den ersten 8 Monaten dieses Jahres der deutsche Marktanteil von VW/Audi um 4 Punkte auf 31% zugenommen hat, ist klar. Daß die Arbeiter sich auf diese Rechnungen der Kapitalisten, die sie bezahlen müssen, nicht einlassen, bekommen die Kapitalisten gegenwärtig auf den Betriebsversammlungen oder in der Vorbereitung der Betriebsversammlungen zu spüren.

Auf der Betriebsversammlung im VW-Werk Wolfsburg am letzten Freitag z.B. sprach sich der größte Teil der Arbeiter und Angestellten, die sich zu Wort gemeldet hatten, für eine sofortige Lohnerhöhung aus. Schmücker mußte sich „verständigungsbereit" zeigen. Als Maßstab seiner Verständigung erklärte er den Höchstprofit: „Bei Opel und Ford ist die Rendite höher, und das gefährdet natürlich die Marktsituation des VW-Konzerns und damit auch die Arbeitsplätze bei VW."

Die Forderung nach 600 DM sofortiger Lohnerhöhung des Großbereichs Zeitlohn und tariflicher Absicherung dieses Betrags auf den Stundenlohn und der Antrag, darüber auf der Betriebsversammlung bei VW abzustimmen, wurde mit Beifall begrüßt.

Mit Hilfe der Sozialdemokraten gelang es den VW-Kapitalisten, den Zusammenschluß der Betriebsversammlung im Kampf um diese Forderung zu verhindern. Zunächst traten die Sozialdemokraten mit einem hohen „Lohnnachschlag" an, um dann herauszulassen, daß sie, die den Betriebsrat in der Hand haben, schon mit dem Vorstand in Verhandlungen über eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes stünden.

Mit Hilfe des bloß teilweise tariflich abgesicherten Weihnachtsgeldes ist es

(Fortsetzung Seite 2)

Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML!

Kundgebung Rathausplatz Bonn
Samstag, 8. Oktober, 15.00 Uhr

Aufmarschplätze:
Rheinufer Beuel-Kennedybrücke (Nord)
Autobahnunterführung Römerstraße (Mitte)
Schlachthof Immenburgstraße (Süd)

Zusammenschluß der indianischen Völker gegen den US-Imperialismus

Über 100 Delegierte der nord-, mittel- und südamerikanischen Indianervölker haben vor zwei Wochen an der „Internationalen Konferenz der nicht regierungsgebundenen UNO-Organisationen über die Diskriminierung eingeborener Völker" teilgenommen. Bereits vor der Konferenz hatte der Leiter der Delegation der nordamerikanischen Indianervölker Russel Means erklärt, daß man „die Menschenrechtsfrage Präsident Carter in den Rachen stopfen" werde. Im Verlauf der Konferenz wurden die US-Imperialisten heftig angegriffen, die die Ausrottung, Vertreibung und Verfolgung der indianischen Völker betreiben. In einer Erklärung der Abschlußkonferenz heißt es, die amerikanischen Gerichte haben sich als völlig untauglich erwiesen, nur eine von den indianischen Völkern angestrebte politische Lösung werde den Indianern zu ihren Rechten verhelfen. In der Resolution fordern sie die Anerkennung indianischer Nationen mit eigenen Regierungen, eigene festgelegte Hoheitsgebiete, und sie wollen selbständig diplomatische Beziehungen zu anderen Ländern aufnehmen. Eine Delegation führt jetzt eine Rundreise durch mehrere europäische Länder durch.

Beinah hochgegangen

„Traurig und in Angst: Eine Königin kehrt heim", meldet die „Bild am Sonntag" am 25. September. Am 24. September waren anläßlich des Besuchs des Königspaars von Thailand in ländlichen Gebieten Bomben hochgegangen. Nur knapp hatten sich diese Statthalter des Imperialismus retten können. Es ist die „Trauer" und die Furcht der Bourgeoisie um den nahen Verlust ihrer letzten Bastion in Indochina. Sie können sich nicht mehr in die ländlichen Gebiete wagen. Der bewaffnete Befreiungskampf hat im letzten Jahr große Fortschritte gemacht. Viele Provinzen sind unter Kontrolle der thailändischen Volksbefreiungsarmee (PLAF), meldet die „Stimme des thailändischen Volkes".

Sozialimperialisten verletzen Souveränitätsrechte der Mittelmeerländer

Sozialimperialisten verletzen Souveränitätsrechte der Mittelmeerländer

Immer unverschämter treten die Sozialimperialisten im Mittelmeer auf und verletzen die Souveränitätsrechte der anliegenden Staaten und Völker. Vor kurzem ging am Südeingang des Bosporus ein sowjetischer Tanker auf Grund, mit 47 000 Tonnen Rohöl beladen. Damit war erstens die Schiffahrt in der Meerenge beeinträchtigt, zweitens waren die umliegenden Küsten gefährdet und drittens am Meeresboden liegende türkische Telefonkabel kurz vor der Zerstörung. Daß es dazu gekommen ist, liegt daran, daß sich die Sozialimperialisten häufig weigern, türkische Lotsen an Bord zu nehmen, wie auch in diesem Fall. Nach dem Unglück weigerte sich der sowjetische Kapitän, türkische Hilfe anzunehmen, um das Schiff frei zu bekommen und die drohende Gefahr zu bannen. Unter Androhung von Zwang mußte durchgesetzt werden, daß das Öl aus dem Tanker abgepumpt werden konnte. Mit dem Ausbau ihrer Mittelmeerflotte verstärken die Sozialimperialisten ihre Kriegsvorbereitungen. Der sowjetische Helikopterträger Moskau hat jetzt die Meerengen am Bosporus vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer passiert. Eskortiert während der Durchfahrt durch zwei Raketenschnellboote. Schon letztes Jahr haben der Flugzeugträger Kiew und der Helikopterträger Leningrad die Meerenge passiert.

Neue Variante der US-Imperialisten, die Anerkennung der PLO zu bestreiten

Die Äußerungen Carters, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO sei nur die Vertreterin einer „substantiellen Gruppe von Palästinensern" (Süddeutsche Zeitung, 1. Oktober 1977) wurde von der PLO in einer in Beirut veröffentlichten Stellungnahme scharf zurückgewiesen. Zur Teilnahme der PLO an der Genfer Konferenz erklärte Carter, wenn die PLO die UNO-Resolution 242, die das Existenzrecht Israels anerkennt, akzeptiere, sei die amerikanische Regierung bereit, mit ihr zu sprechen. Allerdings sei dies nur ein *begrenztes Angebot*, denn die PLO könne in Genf nicht die *alleinige* Vertretung der Palästinenser beanspruchen, sondern nur eine *teilweise*. Was Carter bestreitet, ist für die Völker die klarste und einfachste Sache der Welt: Die PLO ist die einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes.

(Fortsetzung von Seite 1)

Es lebe die Partei des Proletariats!

KPD-Verbot, das die Bourgeoisie bereits 1956 durch ihr Verfassungsgericht hat aussprechen lassen. Als „Anleitung zum politischen Handeln" steht der Marxismus-Leninismus ausdrücklich unter Strafe. Seine Anwendung ist eine illegale Fortsetzung der Tätigkeit der Kommunistischen Partei. Das ist der juristische Stand seit langem.

Die Wirklichkeit aber ist anders. Hohe Auflagen haben die preiswerten Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung, und sie finden eine weite Verbreitung. Die Massen lesen diese Schriften, um sich in ihren Kämpfen zurechtzufinden. Welches Ärgernis für die Bourgeoisie! Die Massen halten sich nicht an ihre Verbote! Schlimmer, in den Kämpfen des Proletariats bildet sich die Partei des Proletariats heraus, die sich allen bürgerlichen Parteien schroff entgegenstellt. Die fortgeschrittenen Arbeiter, unterstützt von revolutionären Intellektuellen und gefolgt schon von einer gar nicht so geringen Zahl armer Bauern, bauen diese Partei des Proletariats bewußt auf. Neue Verbote müssen her, die Arbeiterklasse muß von ihrer revolutionären Theorie abgeschnitten werden. Sie muß entwaffnet werden. Ihre Organisation muß zerschlagen werden. Bisher hat sich erst der Vorstand der CDU direkt zu Verbotsanträgen entschlossen. Die anderen wollen natürlich auch, aber sie wissen nicht, ob es sich auszahlt. Rechnen können die Bourgeois, diese Geldsäcke, und ihre Handlanger. Wie die Rechnung ausgeht, darüber sind sie sich nicht einig. Ihr Angriff gilt der Partei des Proletariats, aber die bildet sich heraus in Tausenden Kämpfen und hundert und aber hundert Zirkeln, Komitees, Gewerkschaftsgruppen oder auch bloß Fahrgemeinschaften zur Arbeit. Wir Kommunisten nehmen diese Aufgabe, Aufbau der Partei des Proletariats, bloß bewußt in Angriff. Nur das unterscheidet uns.

Es ist ein gigantisches Unterfangen, das die Bourgeoisie jetzt wieder in Angriff nimmt: vollständige Niederschlagung der Partei des Proletariats, die sich gesetzmäßig im Klassenkampf herausbildet und von den Kommunisten aufgebaut wird. Die Absicht der Bourgeoisie umfaßt von vornherein zügellosen Terror als Methode. Aber der schließliche Ausgang des Kampfes, der Sturz der Ausbeuterherrschaft, ist so sicher, daß Teile der Bourgeoisie zögern. Nicht, weil sie Terror fürchten. Davor schreckt keiner von ihnen zurück. Weil sie die Massen fürchten und deren Entschlossenheit und Einfallsreichtum im Kampf gegen den Terror, zögern sie. Wird das Verbot greifen? Jeder taktische Fehler beschleunigt das gewaltsame Ende der Bourgeoisie. Das wissen ihre Politiker.

Wieder antworten wir mit dem Kommunistischen Manifest:

„Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohnes. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. (...) Stellenweis bricht der Kampf in Emeuten aus. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampfe zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf aber ist ein politischer Kampf."

Versteht man, warum die Albrecht, Filbinger und tutti quanti so empört sind über die „Infrastruktur" der Arbeiterklasse? Sie fabeln viel mehr daher, als da ist. Was sie fürchten, ist die Verbindung der Arbeiter untereinander und die Verbindung der proletarischen Revolutionäre mit allen Arbeitern. Diese Verbindungen zu festigen und sie im Kampf gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML auszubauen und zu nutzen, darauf kommt es jetzt an.

KBW, KPD und KPD/ML rufen für Samstag, den 8. Oktober zu Demonstration und Kundgebung nach Bonn. Wir rufen unsere Leser auf, sich an dieser Aktion zu beteiligen und selber für diese Aktion zu mobilisieren. Gegen den Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse, auf die Partei des Proletariats, kann es keine andere Antwort geben als: Organisation der Arbeiterklasse, Aufbau und Stärkung der Partei des Proletariats!

(Fortsetzung von Seite 1)

Kampf gegen Senkung des Lohns

den Kapitalisten bei Ford und Opel bereits gelungen, die Arbeiter im Kampf gegen die Senkung des Lohnstandards zu spalten. Welche Furcht die Kapitalisten haben, daß die Arbeiter ihre eigene Rechnung aufmachen, um sich jetzt die nötige Lohnerhöhung zu holen und so im Tarifkampf gestärkt deren tarifliche Absicherung erzwingen und die Durchsetzung einer hohen Lohnforderung von 210, 220 DM erkämpfen, drückt die Erklärung des Gesamtmetall-Präsidenten Thiele vor bayerischen Metallkapitalisten in der vergangenen Woche aus: Er warnte die Kapitalisten, sich „freiwillig dadurch zu schwächen, daß wir unserer föderalen Struktur eine branchenmäßige Aufteilung hinzufügen. Ich meine daher, eine Auflösung unserer Tarifeinheit Metallindustrie wäre das Falscheste, was wir überhaupt machen könnten. Der richtige Weg kann nur sein, noch enger zusammenzuwirken." (Blick durch die Wirtschaft, 29.9.) Gemeint ist: „Eine Linie also, an der die Annahme eines Arbeitskampfes akzeptabler erscheint als die eines zu hohen Lohnabschlusses."

Die Sozialdemokraten, allen voran Loderer, versuchen so wie jetzt den Kampf um eine tariflich abzusichernde Lohnerhöhung sofort mit der Forderung nach Weihnachtsgeld auch den Tarifkampf in der Stahl- und in der Metallindustrie zu spalten und zu „entschärfen". Ihre Absicht ist, den Zusammenschluß um die notwendige hohe Festgeldforderung von 220 DM für alle gleich zu verhindern und durch ein „Forderungspaket" Raum für Manöver zu gewinnen. So erklärte Loderer z.B. im Hessischen Rundfunk nach dem Gewerkschaftstag, in der Stahltarifrunde käme es jetzt darauf an, die Forderung nach Sozialversicherungspflicht für die stahltypischen Zuschläge, also für den Zwang, Nachtschichten, Sonntags- und Feiertagsschichten machen zu müssen, zu einer Forderung des Tarifkampfes zu machen. „Hier und da ein Tor, Türchen aufstoßen". erklärte er die Devise der Sozialdemokraten für den Tarifkampf.

Die Kapitalisten gehen darauf, für die Durchsetzung der weiteren Senkung des Lohnstandards selbst einen Streik in Kauf zu nehmen und bereiten sich auf den Versuch vor, ihn in die Knie zu zwingen. Die sozialdemokratische Taktik der „Entschärfung" ist für ihren Angriff auf den Lohn eine Krücke. Darauf stützen sich die Kapitalisten. Die Arbeiter brauchen eine hohe Lohnforderung von 220 DM, für die die Einheit im Kampf um den Tariflohn stehen kann. Und richtig ist es, sich jetzt sofort das Geld zu holen, was nötig ist, wie durch den Kampf um 60 Pfennig auf den Tarif. – (Z-Red.)

Erklärungen und Solidaritätsadressen gegen den geplanten Verbotsantrag gegen KBW, KPD und KPD/ML

Nach den bereits am Samstag, dem 1.10., im Extrablatt der KVZ veröffentlichten Resolutionen und Beschlüssen erreichten die Redaktion bis Redaktionsschluß dieser Nummer weiter folgende Beschlüsse zum Beitritt zu der von KBW, KPD und KPD/ML gemeinsam initiierten Aktionseinheit, Aufrufe zur Kundgebung bzw.Beschlüsse zur Unterstützung der Forderung „Weg mit den Verbotsanträgen":

Holstein: 3 Stadtteilgruppen der Bürgerinitiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernfördern Bucht, Kiel"; Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der KVAG;

Hamburg-Unterelbe: Beide Plena der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU);

Hannover: Studentenrat Germanistik; Schülerrat des Sekundarbereichs II der Integrierten Gesamtschule Roderbruch auf einer a.o. SV-Sitzung.

Westberlin: HBV-Jugendgruppe; AjLE Neukölln; 45 Assistenten und Studenten bei einem Go-in bei Tu-Präsident Berger gegen Disziplinarverfahren; Wahlfachaktiv Deutsch/Geschichte an der PH;

Südbaden: 17 Jugendliche im Jugendzentrum Müllheim

Münster: Teilnehmer der Gründungsveranstaltung für eine Initiative gegen den § 218; 8 türkische Arbeiterinnen und Arbeiter aus einem Textilbetrieb;

Wiesbaden / Rheinhessen-Nahe: Versammlung der Fahrpreiskomitees Wiesbaden und Mainz;

Mittelhessen: Arbeitskreis Kernenergie Mittelhessen; türkische Arbeiter aus Wetzlar;

Oberbayern-Schwaben: Soldaten- und Reservistenkomitee; Komitee gegen den § 218, Komitee Südliches Afrika.

Unterer Neckar: Komitee „Weg mit dem § 218" Heidelberg-Wieblingen; Studentenparlament der Fachhochschule für Sozialwesen, Fachschaften Mathematik und Physik der Universität Heidelberg;

Gelegte Bauern – Verhungern oder Verkaufen mit Haut und Haaren

In drei Jahren will ich den Hof von meinem Vater in Munkbrarup bei Flensburg übernehmen. Vor zehn Jahren gab es in Munkbrarup noch zehn Höfe, jetzt noch sechs. Bei zweien davon hat der Betriebsleiter gewechselt. Der erste Hof ging Ende der 60er Jahre kaputt. Er war 13 Hektar groß. Der Bauer bekommt jetzt Rente. Die meisten Bauern können von der Rente allein nicht leben. Sie sind darauf angewiesen, daß der Sohn den Hof weiterführt und das Altenteil bezahlt. Ist er gelegt worden, muß er zur Rente zuverdienen. In Eiderstedt zum Beispiel gibt es viele, die die Ränder der Straßen mähen. Das bringt 600 DM im Jahr für einen Sommer Arbeit.

Der Nächste mußte Ende der 60er Jahre verkaufen. Er arbeitet jetzt als Fahrer bei der Raiffeisen-Genossenschaft. Die Methode dieser Genossenschaft ist, die Ernte für einen Spottpreis aufzukaufen, teure Dünge- und Futtermittel zu verkaufen. Weil man auch dann weiterfüttern muß, wenn man kein Geld mehr hat, liefert die Genossenschaft auch ohne Geld weiter. Der entsprechende Teil der Ernte gehört ihr dann im voraus. Sie hat den Bauern, der sich bei ihr verschuldet, in der Hand. Ist er endgültig ruiniert, gibt es eine billige Arbeitskraft mehr – der Bauer verkauft sich dann selbst als Arbeiter.

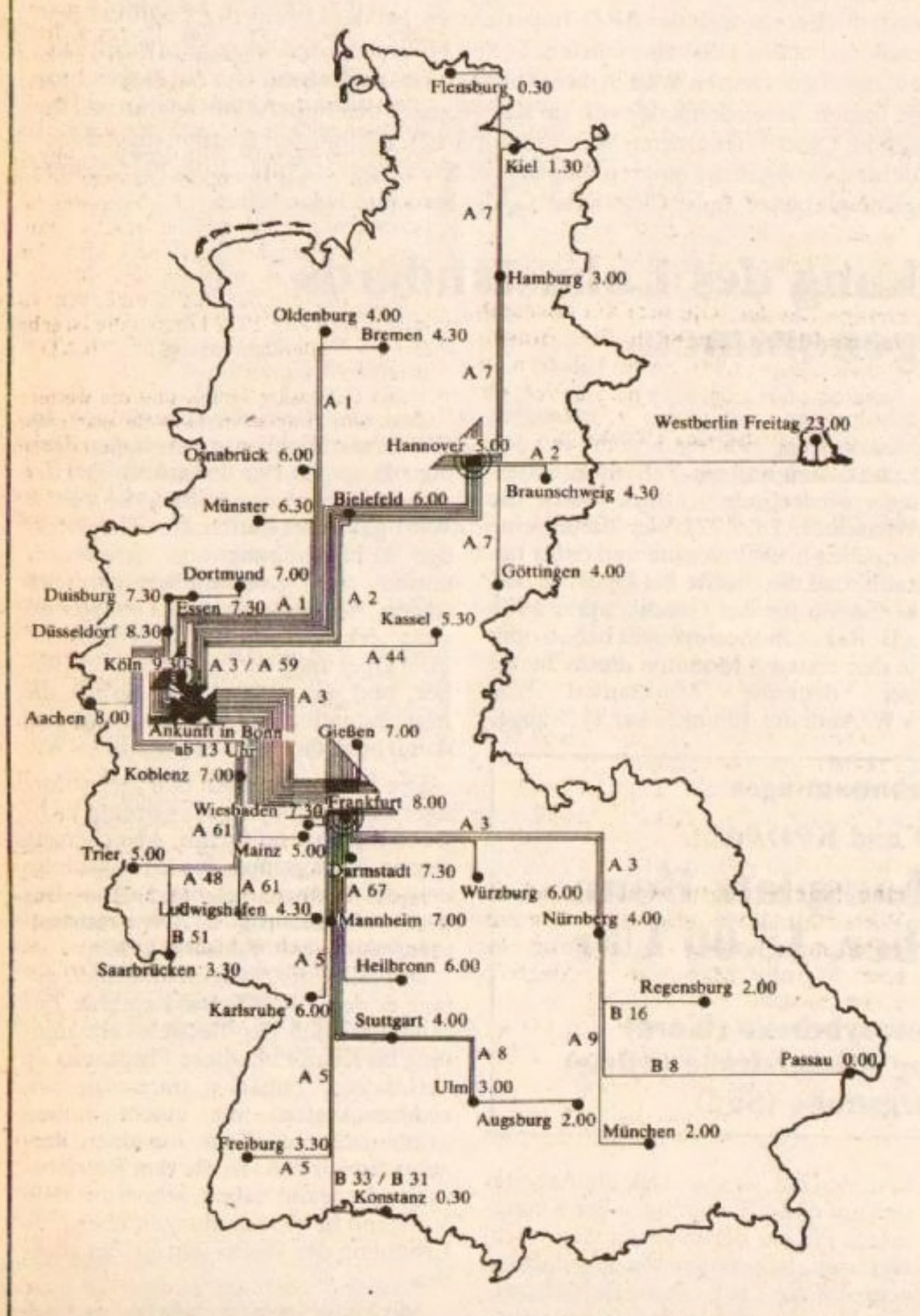
Ein Hof von ca. 30 ha ist vom Landmaschinenhändler des Dorfes aufgekauft worden, der einen Verwalter daraufgesetzt hat. Die Agrarkapitalisten sagen immer, wenn ein Bauer gelegt wurde, mit einem Grinsen: „Der hat doch selber schuld, investieren hätte er müssen." Wovon denn? Nicht weit von uns hat das ein Bauer versucht. Er hatte einen 25 ha-Betrieb, der mehrere Wirtschaftszweige hatte. Er hat sich dann auf Sauzucht spezialisiert, einen Schweinestall für 400 Sauen gebaut, die Sauen gekauft. Dabei hat er sich so verschuldet, daß der Hof zwangsversteigert wurde. Der Bauer arbeitete dann kurze Zeit im Straßenbau und ist jetzt Pförtner bei der Flensburger Werft.

Anfang der 70er Jahre wurde ein 40 ha-Hof an die noch verbliebenen Bauern aufgeteilt. Vor zwei Jahren hat der englische Konzern „Pick-Improvement" die Gebäude des letzten 50 ha großen Hofes gemietet. Der Bauer hatte sich erschossen, weil er nicht mehr weiter wußte.

Der Erlös, den der Verkauf des Hofes einbringt, reicht meist nicht einmal zum Bezahlen der Schulden. Um leben zu können, muß der gelegte Bauer Arbeit finden. Auf dem Dorf findet er die in der Regel nur bei dem, der ihn gelegt hat. Für 800 bis 900 DM netto, 50-Stundenwoche beim Großbauern, der sein Land aufgekauft hat, oder als Fahrer bei der Genossenschaft. Die tun dann noch so, als ob man ihnen für diese Gnade dankbar sein müßte.

Oder er geht in die nächste Stadt, nach Husum oder Flensburg, versucht dort, in einer Fabrik Arbeit zu finden. Auf der Husumer Werft sind über ein Drittel aller Schweißer gelegte Bauern. Sie arbeiten ohne Vertrag, meist unter Tarif, werden zu Überstunden gezwungen und nach einem halben bis ganzen Jahr wieder ausgewechselt. Dann steht man wieder da, ist arbeitslos, muß betteln gehen und sich erneut mit Haut und Haaren verkaufen.

Der Marsch zur Kundgebung nach Bonn: eine motorisierte Demonstration



Angegeben sind die Autobahnrouten und Bundesstraßen sowie die Abfahrtszeiten an den Orten.

Daß die Reaktion versuchen wird, die Kundgebung am kommenden Samstag in Bonn zu unterdrücken, weiß man. Bestimmt wird versucht, ein großes Durcheinander zu stiften, so daß die Revolutionäre ein Abbild der Schwäche abgeben, der Staatsapparat aber ein Abbild der Allmacht. Man kann aber verhindern, daß aus dieser Absicht der Reaktion eine Tatsache wird.

Man muß sich dabei an die objektiven Tatsachen des Klassenkampfes halten. Wenn wir den Aufmarsch zur Kundgebung zu einer Propagandaaktion, die sich übers ganze Land erstreckt, machen, kann jeder diesen richtigen Schritt unterstützen. Wer diesen Propagandamarsch unterstützen will, muß den Plan kennen. Der Reaktion soll die Veröffentlichung den Appetit zum Zuschnappen verderben, und wenn sie's dennoch tut, so sind es dann unsere Zahnarztkosten nicht.

– Man sollte sich an allen Orten, die auf der Karte eingetragen sind, Freitag Abend noch mal treffen und die politische Lage beraten. Nur so ist das erforderliche Maß an politischer Elastizität zu sichern.

– Man sollte unbedingt soweit als möglich mit PKWs fahren. Es ist, wie wir wissen, gar nicht schwer, den Zusammenhang zu wahren. Auf eine lange Strecke ist das sogar leichter als auf eine kurze Strecke.

– Man sollte den Aufmarsch so rasch wie möglich auf die Hauptverkehrsadern des Landes ziehen. Wenn da kleinere Umwege anfallen, soll man sie nicht scheuen. Wenn die Reaktion den Aufmarsch stoppen will, so wird sie sich eine Propagandaaktion auf den Hauptverkehrslinien und an den Hauptknotenpunkten des Fernverkehrs einfangen.

– Man sollte beim Marsch nach Bonn nicht versäumen, den Städten Hannover, Köln, Frankfurt einen Besuch abzustatten. Man fährt einfach auf einer Demonstrationsstrecke eine Schleife durch diese Städte.

– Man sollte sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Gewiß wird die Reaktion die Polizeitruppe in Gang setzen, um Verkehrsstockungen usw. zu provozieren. Man muß vorsichtig und aufmerksam fahren. Ansonsten muß man sich mit Geduld und Propagandamitteln wappnen. Man kann viele kleinere Kundgebungen durchführen, bis man auf der großen zu Bonn angelangt ist.

– Polizeifachleute haben neulich im Fernsehen geäußert, daß man zur Observierung eines Revolutionärs 24 Spitzel braucht. Man soll sich durch extensive Personalerfassung nicht kirre machen lassen. Schon heute ist die Erfassung „unspezifisch". Letzten Endes wird aus dem Computer tickern, daß die Massen gegen die Bourgeoisie sind. Für uns ist das nichts Neues.

– Gewiß wird da und dort versucht werden, Propagandamittel zu stehlen. Da muß man standhaft *und* elastisch sein. Hier gilt: Kommt Zeit, kommt Rat. Es gibt natürlich Reserven.

– Vor allem jedoch gilt: Wenn die Volksmassen im ganzen Lande nicht unterrichtet sind, können sie diese richtige Aktion nicht gut unterstützen. Die Propaganda dieser Woche ist also schon entscheidend.

– Die nebenstehende Karte zeigt abstrakt den Marschplan. Für die einzelnen Streckenabschnitte ergeben sich Zeiträume. Das ist wichtig, denn wenn irgendetwas dazwischenkommt, kann man sich ganz gut auf freier Strecke wieder sammeln. Dennoch sollte man in den einzelnen Städten das Recht auf gemeinschaftlichen Aufbruch hart verteidigen. Aber, wie gesagt, es geht auch anders.

Die Bourgeoisie selber schreit danach, daß der Arbeiter „mobil" werden muß. Er ist es und er ist es auch im *eigenen* Interesse. Dies hat die Bourgeoisie nicht gewollt, aber sie hat es getan. Für die Bourgeoisie ist das das übliche schwarze Pech, das einer untergehenden Gesellschaftsklasse an den Füßen klebt; hier bloß bei einer Kleinigkeit, aber immerhin.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 730236 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 40/77: 32 000

Die Imperialisten im Kampf um die Beherrschung des Nahen Ostens

Stationen der Aggression des imperialistischen Kettenhundes Israel













1937. Seit 1881 betrieb der britische Imperialismus die Besiedlung von Juden in Palästina zwecks Niederhaltung der arabischen Völker. Bis 1917 waren bereits 50000 Juden nach Palästina ausgewandert. Damals verkündete der englische Imperialist Balfourt das „Recht der Juden auf eine Heimstatt in Israel". Der Völkerbund, Werkzeug der Imperialisten, bestätigte die Herrschaft des britischen Imperialismus über das palästinensische Volk. Die vom Völkerbund beschlossene Mandatsresolution ermöglichte die zionistische Eroberung Palästinas ... Das Land wurde gewaltsam annektiert. Bis 1947 stieg die Zahl der Juden auf 600000, die aber noch weniger als 6% des fruchtbaren Landes besaßen. Die Zahl der arabischen Palästinenser betrug damals 1250000. Unter den Forderungen: Einwanderungsstopp für Juden; Verbot des Landverkaufs; Zusicherung der Bildung einer arabischen Regierung im Lande, die alle von den britischen Imperialisten verworfen wurden, organisierten die palästinensischen Massen einen Generalstreik, der von April bis Oktober 1936 dauerte, zu Straßenkämpfen und bewaffneten Bauernaufständen führte und im Sommer 1936 das ganze Land erfaßt hatte. Erst 2 Jahre später konnte die britische Armee mit Hilfe paramilitärischer Einheiten der zionistischen Siedler die Kontrolle wieder herstellen und das Land erneut besetzen.

1947 – 1948. Aus dem Zweiten Weltkrieg war der US-Imperialismus gestärkt hervorgegangen und versuchte nun ebenfalls seine Position im Nahen Osten auszubauen. Er betrieb deshalb zusammen mit dem britischen Imperialismus die UNO-Resolution von 1947 zur Teilung Palästinas, die den Kolonialisten 54% des palästinensischen Bodens zusprach. Durch einen Terrorkrieg gegen die arabische Bevölkerung besetzten die Zionisten 81% der Gesamtfläche Palästinas, vertrieben eine Million Araber, raubten 524 arabische Dörfer und Städte und machten davon 385 dem Erdboden gleich. Bei dieser ehrenvollen imperialistischen Aufgabe hat sich der jetzige israelische Ministerpräsident Begin seine Schlächterorden verdient. Arafat vor der UNO am 13.11.74: „So teilte sie (die UNO), was sie nicht teilen darf: das Land einer Nation." Für die Imperialisten aus den USA und Großbritannien war diese Teilung die Grundlage für den Ausbau Israels zum Brükkenkopf gegen die arabischen Völker, gegen ihr Streben nach nationaler Unabhängigkeit und Verfügung über ihre Reichtümer, insbesondere das Erdöl. Der imperialistische Kettenhund Israel wurde seit seiner Gründung 1949 immer aggressiver und brutaler gegen die arabischen Völker losgelassen.

1967. Nach der revisionistischen Entartung der Sowjetunion ging die Chruschtschow-Clique auf die Jagd nach Flottenstützpunkten im Mittelmeerraum. Die sozialimperialistische Supermacht versuchte ihre Position im Ringen mit dem US-Imperialismus auszubauen. Der britische Imperialismus hatte mit dem Suez-Krieg und der vollständigen nationalen Unabhängigkeit Ägyptens 1956 eine schwere Niederlage einstecken müssen. Bereits 1961 drängten die Sozialimperialisten nach umfangreichen Flottenmanövern im Mittelmeer den ägyptischen Staatspräsidenten Nasser, den Führer der ägyptischen Revolution, zur Überlassung eines Militärstützpunktes, was dieser ablehnte. Seither reiste der sowjetische Flottenchef nahezu jährlich nach Ägypten, aber auch 1967 nach dem Oktoberkrieg lehnte Nasser ab. 1964 wurde die 3. Marine-Schwadron aus dem Schwarzen Meer ins Mittelmeer verlegt, 1966 mit Syrien ein geheimes Militärabkommen geschlossen, 1962 unter Ausnutzung der Zypernkrise mit Zypern ein Abkommen über militärische Hilfe. Die Position der Sozialimperialisten hatte sich gestärkt gegenüber den US-Imperialisten, insbesondere nachdem die USA 1958 bei einem Einmischungsversuch im Libanon auf den Bauch gefallen waren und ihren Flottenstützpunkt verloren hatten.

1976. Beiden Supermächten ist die Existenz der palästinensischen Révolution ein Dorn im Auge. 1967 hatte der US-Imperialismus seinen Kettenhund Israel so weit aufgerüstet, daß dieser erneut gegen die arabischen Völker losschlagen konnte. Unter freundlicher Anteilnahme ihres US-Herrn besetzten die Zionisten das ägyptische Sinai bis zum Ufer des Suez-Kanals, die syrischen Golanhöhen und weiteren palästinensischen Boden bis zum Jordan. Die Sozialimperialisten, die vorher groß von Unterstützung der arabischen Völker dahergeredet hatten, zwangen diese zur Feuereinstellung und mauschelten mit den US-Imperialisten einen Zustand von „weder Krieg noch Frieden" aus auf Grundlage der Anerkennung der Existenz des Besatzerstaates Israel.

1967 – 1977. Annexion der besetzten Gebiete. Arafat vor der UNO 1974: „Resolutionen und Aufrufe der UNO und der Weltöffentlichkeit zum Rückzug aus den im Juni 67 besetzten Gebieten schlug der Besatzer in den Wind. (...) Unsere arabische Nation, vornab den Staaten Ägypten und Syrien, blieb kein anderer Ausweg, als die sehr anstrengende militärische Vorbereitung zu treffen, um ... diese Gebiete zu befreien sowie die Rechte des palästinensischen Volkes wieder herzustellen." Im Oktoberkrieg 1973 wurden die zionistischen Kettenhunde des US-Imperialismus geschlagen und mußten sich vom Suezkanal zurückziehen. Seither geriet auch der Sozialimperialismus immer weiter in die Isolierung. Sein Charakter als internationaler Ausbeuter wird erkannt. Sie mußten ihren Stützpunkt in Ägypten aufgeben, nachdem sie sich geweigert hatten, Ägypten einen Zahlungsaufschub für seine Schulden zu gewähren und Ersatzteile für Waffen zu liefern. Breschnew hat im Frühjahr 77 einen Nahost-Friedensplan" vorgelegt, dessen einzige Aufgabe es ist, die Grenzen des Besatzerstaates Israel auch noch durch UNO-Truppen zu lassen. Die US-Imperialisten mit ihrem betenden Kriegspräsidenten klügeln ständig neue Manöver aus, um die Völker der Welt zu betrügen. Es gelingt beiden Supermächten nicht, auch wenn sie auf der Genfer Konferenz versuchen werden, die Palästinenser in winzigen Gebieten ihres eigenen Territoriums einzusperren. Es gelingt ihnen nicht, weil die arabischen Völker, gestützt auf die palästinensische Revolution, ihre Einheit gegen den Imperialismus herstellen. – (Z-Red.)

Unter dem Deckmantel der „Welt der Partnerschaft" können die BRD-Imperialisten ihre Expansions- und Erpresserpolitik gegenüber den arabischen Völkern nicht verstecken

Außenminister Genscher hat auf der UNO-Vollversammlung in New York große Worte geführt, für die Kämpfe der Völker der Welt einzutreten:

„Als notwendig für eine Welt der Partnerschaft bezeichnete Genscher die Lösung der schwelenden Konflikte im Nahen Osten, im südlichen Afrika und auf Zypern. Für den Nahen Osten bekräftigte er die gemeinsame Position der EG-Staaten, die Beendigung der territorialen Besetzung durch Israel und die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung und staatliche Identität in einem Heimatland." (Süddeutsche Zeitung, 20.9.)

Wenn diese Imperialistenknechte von einer „Welt der Partnerschaft" schwätzen und das als Friedensfahne hochhalten, fordern sie Unterwerfung des palästinensischen Volkes unter seine Besatzer und Ausplünderer. Die BRD-Imperialisten stehen nach den US-Imperialisten und den Sozialimperialisten an führender Stelle bei der Ausplünderung der Länder des Nahen Ostens. In Jordanien steht die BRD an zweiter Stelle der ausländischen Investoren; die Einfuhr aus Jordanien ist von 1975 auf 1976 um 108,4% gestiegen. Der imperialistische Kettenhund Israel ist unter dem Deckmantel von „Sühnegeldern" vom BRD-Imperialismus mitfinanziert und als militärischer Brückenkopf des Imperialismus ausgebaut worden. Innerhalb der EWG haben sie für den Handel mit Israel besondere Zollerleichterungen ausgehandelt.

Genscher trifft sich mit seinem „neuen Partner Dajan", berichtet die „WELT" am 26.9., allerdings: „Ganz einfach wird es mit den beiden ... nicht gehen: erstens würde die Bundesrepublik eine flexiblere Nahostpolitik der Regierung Jerusalems begrüßen, und zweitens scheint Dajan in seiner politischen Haltung sehr auf Amerika und weniger auf Europa eingestellt zu sein ..."

Um ihre expansionistischen Ziele, die Ausplünderung der Reichtümer des Nahen Ostens voranzutreiben und die Beziehungen zu Israel weiter auszubauen, Vorteile gegenüber den US-Imperialisten zu erlangen, müssen die BRD-Imperialisten vor den Völkern der Welt manövrieren und ihre Ziele verbergen.

Die BRD-Imperialisten haben zusammen mit den europäischen Imperialisten in der EG den Friedensplan Carters unterstützt, einen Friedensplan für den Ausbau Israels als imperialistischen Brückenkopf, Zerschlagung des bewaffneten Kampfes des palästinensischen Volkes und Errichtung von „Homelands" für das palästinensische Volk unter Schutzherrschaft Israels. Die arabischen Völker schließen sich im Kampf gegen die Imperialisten zusammen, denn sie wissen, was sie von solchen „Partnern" zu halten haben.

Aus dem Erfolg des Kampfes der arabischen Völker im „yom kippur-Krieg" 1973 gegen die Aggression Israels ziehen die Imperialisten folgende Lehre: „Selbstvertrauen, das fast bis an Tollkühnheit reichte, war der Filter, der die Israelis davon abhielt, eine richtige Analyse der ihnen vorliegenden Informationen vorzunehmen. Seit dem leichten Sieg im Sechstagekrieg neigten die Israelis dazu, den Zusammenhalt und den Mut des Gegners zu unterschätzen und die Unausweichlichkeit der Rache außer acht zu lassen. Im Jahre 1972 kürzten die Israelis ihren Verteidigerhaushalt." NATO-Brief, Juli/August 77)

Die Expansion Israels und die weitere Besetzung arabischer Gebiete war nicht so verlaufen, wie es sich die Imperialisten gewünscht hatten, sondern war am Zusammenschluß der arabischen Völker in ihrem Kampf gegen den Imperialismus gescheitert.

Um ihre Profitinteressen im Nahen Osten zu sichern und ihre Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, bereiten die westdeutschen Imperialisten die Expansion vor. Wörner, der Wehrexperte der CDU und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verteidigung, sieht die Aufgabe der NATO in „dosiert ausgelösten militärischen Manövern", denn „wir als Politiker müssen uns und das Volk daran gewöhnen, daß notfalls auch einmal vorsorglich dosiert und so daß klar wird, daß wir entschlossen und bereit sind, rechtzeitig militärische Maßnahmen ausgelöst werden müssen." Diese rechtzeitigen militärischen Maßnahmen sind der Angriff auf die Völker, um die Profitinteressen der Imperialisten zu sichern. „Wohl aber heißt das, daß die NATO als Ganzes nicht zulassen darf, daß ihre Versorgungswege und ihre strategisch bedeutsamen Gebiete durch Gewaltanwendung unter Kontrolle des Warschauer Paktes oder der UdSSR allein gebracht werden können." Hinter dem Gerede von der „Welt der Partnerschaft" steckt nichts als Drohung der westdeutschen Imperialisten und die Vorbereitung auf die militärische Intervention. 1973 im „yom kippur-Krieg" bereits haben die BRD-Imperialisten im großen Umfang den Nachschub und die Einsatzbasen der US-Imperialisten vom Gebiet der BRD aus gesichert. – (Z-Red.)

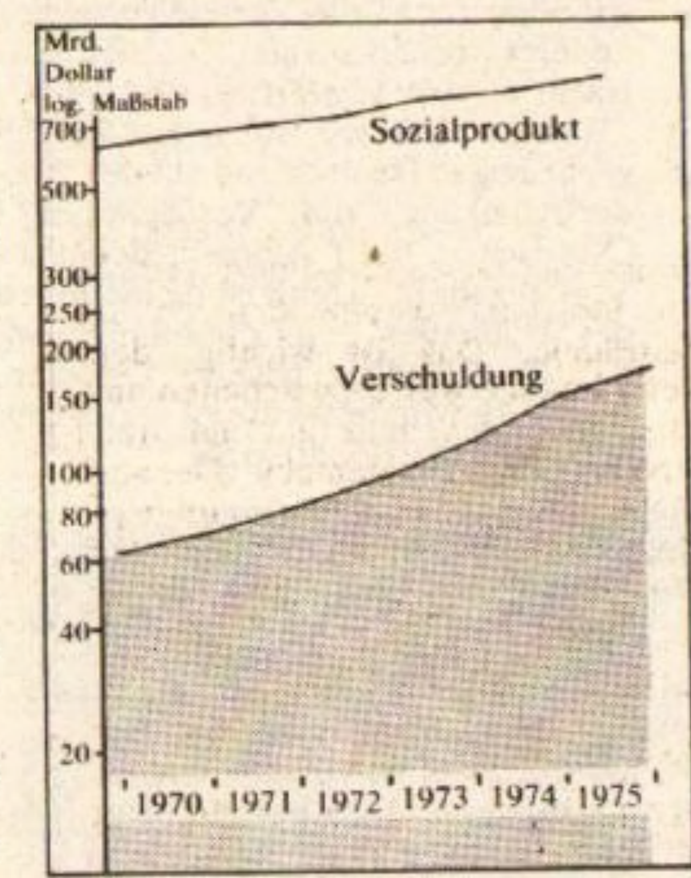
Die Dritte Welt im Kampf gegen die Geißel der Schuldknechtschaft

Mit dem neuen Amt für Willy Brandt scheint es nichts zu werden. Mc Namara, der einst die Bombardierung vietnamesischer Städte und Dörfer befohlen hat, wollte ihn zum Vorsitzenden einer Kommission machen, in der die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung weiter zerredet werden sollten. Während der Finanzminister Apel einen Auftritt vor der Jahresversammlung der Weltbank und des Währungsfonds und der Außenminister Genscher einen vor der UNO hatte, suchte Brandt nach Mitgliedern für seine Kommission. Doch, wie man der bürgerlichen Presse entnehmen kann, hat er von Vertretern der Dritten Welt bloß Abfuhren bekommen. Eineinhalb Jahre will Brandt beraten, bis ein Ergebnis möglich sei. Es ist kein Wunder, daß die Entwicklungsländer sich darauf nicht mehr einlassen. Die Erfahrungen mit dem Nord-Süd-Dialog und nach der letzten UNCTAD-Versammlung sind ausreichend, um die verlogene Taktik der Imperialisten zu durchschauen. Immerhin, ein Ergebnis hatten diese Verhandlungen, nämlich, daß die Vertreter der Dritten Welt die imperialistischen Politiker immer besser durchschaut haben. Ihre salbungsvollen Worte über die Vorzüge des freien Welthandels etc. pp. stoßen auf unverhaltenen Haß.

Die bürgerliche Propaganda hat den Hunger, die Armut und ähnliches zur hauptsächlichen Geißel der Dritten Welt erklärt. In Wirklichkeit ist es anders. Eine der Hauptgeißel ist die Verschuldung, die die Imperialisten den Ländern der Dritten Welt aufgenötigt haben. Und der westdeutsche Imperialismus ist einer der Hauptgläubiger. Zu Beginn dieses Jahrhunderts hatte es die deutsche Reichsbourgeoisie auf runde 20 Milliarden Mark Guthaben in der Welt gebracht. An solch goldene Zeiten wollen die westdeutschen Imperialisten wieder anschließen.

Den Ländern der Dritten Welt treten die Imperialisten als Geldverleiher gegenüber. Wollen diese ihre Produktion auf Basis der Warenproduktion entwickeln, so müssen sie sich unweigerlich Geld bei den Imperialisten beschaffen. Sie selber haben keines oder

Schuldenlast für die Dritte Welt
Öffentliche Schuld in Mrd Dollar

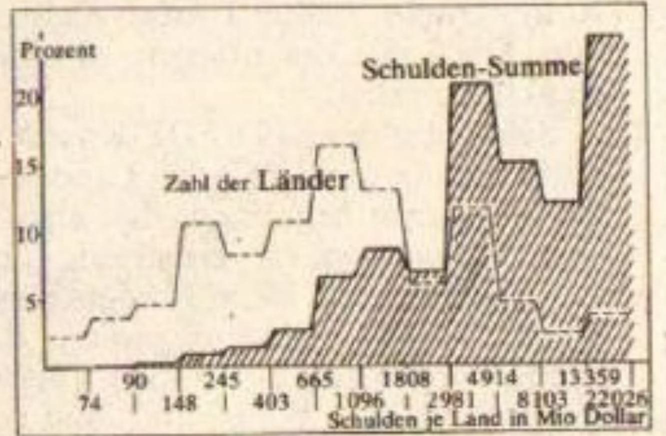


(Quelle: Weltbank, Jahresbericht 1977)

zu wenig, brauchen es aber, um die nötigen Produktionsmittel zu kaufen. Da sie vom ersten Augenblick an der entwickelten kapitalistischen Produktion als Konkurrent gegenübertreten müssen, muß es relativ teures Produktionsmittel sein. Die Schulden sind hoch, von Gründung einer Fabrik an sind die imperialistischen Geldgeber mit Zins und Zinseszins am gesellschaftlichen Mehrprodukt des Landes beteiligt. Da die Wirtschaft der ehemaligen Kolonien von den Kolonialherren ausgeplündert ist, ist das Mehrprodukt relativ gering, und oft nicht in der Lage, den Schuldendienst abzuleisten und ausreichende Geldmittel zur Akkumulation bereitzustellen. So wird die Schuld immer größer und läßt dem Land keine Luft mehr. Hungersnöte entziehen den Volksmassen die Mittel, die notwendig sind, um die Zinsen an die Geldgeber zu zahlen. An jeder Mark Zins, die die imperialistischen Wucherer einstreichen, klebt das Blut von unzähligen Hungertoten. Die neuesten Aufstellungen der Weltbank, die wie der Währungsfonds ein Instrument zur Ausdehnung der Schuldknechtschaft ist, registrieren die Erfolge, die die Imperialisten in dieser Hinsicht erzielt haben. Seit 1970 bis Ende 1975 sind die Schulden von 84 Entwicklungsländern, die diese Statistik erfaßt, auf etwa das Zweieinhalbfache gestiegen. Sie betragen nunmehr 174 Milliarden Dollar. In derselben Zeit ist die Produktion dieser Länder – mangels anderer Daten muß man mit dem Bruttosozialprodukt rechnen – um etwa ein Drittel gestiegen. Man erkennt leicht, daß aus dem Schuldenjoch innerhalb des Weltmarktes kein Entkommen ist. Bei einer ganzen Reihe von Ländern erreicht die Höhe der Verschuldung fast eine gesamte Jahresproduktion des Landes. Im Durchschnitt aller dieser 84 Länder betragen die Schulden ein Fünftel der gesamten Jahresproduktion.

Eindeutig konzentriert sich die Masse der öffentlichen Schulden auf wenige Länder. Die drei am höchsten verschuldeten Länder, Indien, Brasilien, Mexiko, vereinigen ein Viertel aller Schulden auf sich. Es sind Länder, die

Verteilung der Schulden der Dritten Welt
In Prozent für 84 erfaßte Länder



(Quelle: Weltbank, Jahresbericht 1977, Atlas 1976)

eine bereits relativ weit entwickelte Wirtschaft haben oder wie Indien aufgrund ihrer großen Bevölkerung eine relativ große Masse an produktiver Kraft besitzen. Der gewaltige Berg an Schulden verhindert, daß sich ein unterdrücktes Land auf ökonomischem Wege aus seiner Ausbeutung befreien kann. Die Masse der Länder hat jeweils weniger als zwei Milliarden Dollar Schulden.

Streichung der Schulden ist eine der Hauptforderungen der Dritten Welt. Unweigerlich strebt die Auseinandersetzung heftigen und gewaltsamen Zusammenstößen mit den Imperialisten zu. Je früher die Forderung durchgesetzt werden kann, um so besser für die Völker der Welt. – (Z-Red.)

Einige Bemerkungen zu Vorschlägen von KPD und KPD/ML:

Ein Wahlbündnis wär' uns schon recht, aber die Bourgeoisie stellt den Marxisten-Leninisten höhere Anforderungen!

Der Genosse Semler hat uns einen Brief geschrieben, den wir im folgenden veröffentlichen:

„An den
Ständigen Ausschuß des ZK des KBW
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt/M 19

Liebe Genossen!

Anläßlich einer Initiative zu einem Wahlbündnis für die Hamburger Bürgerschaftswahlen haben Eure Hamburger Genossen erklärt, Verhandlungen hierüber würden von Euch nur auf zentraler Ebene geführt werden.

Wir schlagen Euch vor, die Frage eines Wahlbündnisses zu den Hamburger bzw. anderen anstehenden Wahlen mit uns zu erörtern.

Wir bitten Euch, Ort und Zeitpunkt für ein solches Gespräch sobald wie möglich vorzuschlagen.

mit kommunistischen Grüssen!
gez. Christian Semler
Ständiger Ausschuß des PB
des ZK der KPD"

Dieser Brief hat uns am 28. September erreicht. Er ist vom 18. September datiert. Weiß der Teufel, wo er so lange abgeblieben ist. Am 16.8. hatten wir bereits einen Brief an das ZK der KPD/ML in der gleichen Angelegenheit geschrieben:

„KPD/ML
Zentrales Komitee
Wellinghoferstr. 103
4600 Dortmund 30

Werte Genossen,

Von unserer Hamburger Bezirksleitung haben wir erfahren, daß ihr mit uns Gespräche führen wollt, um die Möglichkeiten für ein Bündnis bei den Hamburger Landtagswahlen zu klären.

Wir unsererseits sehen die Wahlen in Hamburg als Teil einer ganzen Reihe von Wahlen in der Bundesrepublik. Gespräche über Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei diesen Wahlen haben also nur Sinn, wenn man sich über die Aufgaben der Kommunisten gegenüber all diesen Wahlen auseinandersetzt und zu vereinheitlichen sucht.

Zu solchen Gesprächen wären wir grundsätzlich bereit.

Ungeachtet, ob solche Gespräche zustande kommen oder nicht, sind wir bereit, uns mit Euch über untergeordnete Fragen des Wahlkampfes in Hamburg zu verständigen (z.B. kein Überkleben von Plakaten etc.).

In Erwartung Eurer Antwort

Mit kommunistischen Grüßen
gez. Hans-Gerhart Schmierer
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Auf diesen Brief haben wir bis jetzt noch keine Antwort erhalten. Dennoch muß man jetzt damit beginnen, die Frage eines Wahlbündnisses zu erörtern. Das beste ist, man wirft sie gleich öffentlich auf.

Was uns betrifft, so waren wir bereits bei den Bundestagswahlen dafür, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Wir haben damals folgenden Brief an den KABD, an KPD und KPD/ML verschickt:

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee / Ständiger Ausschuß
Sandhofer Str. 29
6800 Mannheim 31

Mannheim, den 27.1.76

An
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Werte Genossen,

wir möchten Euch zu einem Gespräch einladen, um gemeinsam zu prüfen, wie weit unsere Organisationen im Bundestagswahlkampf zusammenarbeiten können.

Das Zentrale Komitee geht davon aus, daß
1. eine Beteiligung der Marxisten-Leninisten an den Bundestagswahlen notwendig ist
2. es für eine solche Beteiligung nützlich ist, wenn sich unsere Organisationen auf ein gemeinsames Eingreifen einigen
3. eine solche Einigung möglich ist, wenn sie auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus angestrebt wird und dem Klassenkampf dient, d.h.,
- dem Kampf gegen den BRD-Imperialismus und die westdeutsche Finanzbourgeoisie als Hauptfeind der Arbeiterklasse auf dem Weg der proletarischen Revolution in Westdeutschland
- dem Kampf gegen die beiden Supermächte, die größten Ausbeuter und Unterdrücker in der Welt, als Hauptfeinde der proletarischen Weltrevolution und Hauptfeinde der Völker der Welt im Kampf gegen Hegemonismus und Kriegsgefahr
- dem Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus, die das größte Hindernis ist beim Zusammenschluß des Proletariats auf dem Weg zu seiner Befreiung.

Über diese drei Punkte halten wir gemeinsame Gespräche für angebracht, um die gegenseitigen Standpunkte kennenzulernen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bundestagswahlen zu prüfen.

Wir laden Euch zu solchen Gesprächen für Samstag, den 14. Februar nach Mannheim ein. Wir halten es für richtig, wenn je drei ZK-Mitglieder an diesen Gesprächen teilnehmen.

Von uns aus werden wir diesen Brief und den Inhalt des Gesprächs nur veröffentlichen, wenn
a) eine Einigung erreicht wird
b) eine Übereinkunft über eine öffentliche Auseinandersetzung in diesen Punkten erzielt wird
c) ohne unser Zutun die Sache öffentlich behandelt wird
d) unüberbrückbare Differenzen auftreten,
d) unüberbrückbare Differenzen auftreten,
die eine sofortige öffentliche Behandlung verlangen.

Von diesem Gesprächsvorschlag unterrichten wir unsere Organisation, die kommunistischen Gruppen, die mit uns zusammenarbeiten sowie die Massenorganisationen des KBW. Wir bitten Euch um eine Stellungnahme über Eure grundsätzliche Bereitschaft zu diesem Gespräch bis zum Samstag, den 8. Februar.

Mit kommunistischen Grüßen
Zentrales Komitee des KBW

(Aus: Materialien zur Auseinandersetzung in der marxistisch-leninistischen Bewegung Westdeutschlands. Dokumente zu den Gesprächen zwischen KBW, KABD, Gruppe Rote Fahne (KPD), Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) in Mannheim 14.2.76 über die Beteiligung an den Bundestagswahlen)

Bei den damaligen Verhandlungen kam es zu keiner Einigung und die Verhandlungsdelegation des KBW mußte in ihrer abschließenden Stellungnahme feststellen:

„Daß diese Einigung nicht erzielt werden konnte, liegt daran, daß der Einfluß von Ökonomismus, Sozialchauvinismus und Sektierertum in der marxistisch-leninistischen Bewegung nach wie vor groß ist." Wir haben seinerzeit eine öffentliche Polemik geführt und geschrieben:

„Der Kampf gegen Ökonomismus, Sozialchauvinismus und Sektierertum dient der Einheit der Marxisten-Leninisten.

Das Gespräch der vier Organisationen war eine bedeutsame Sache im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und den Aufbau der Kommunistischen Partei. Die Auseinandersetzung dauert bereits lange an und sie wird verstärkt fortgesetzt werden. Zweifellos wird diese Auseinandersetzung sich unter dem Druck der Entwicklung des Klassenkampfes beschleunigen. Die Anforderungen der spontanen Bewegung an die Marxisten-Leninisten wachsen und der Kampf gegen die Reaktion der Bourgeoisie verlangt eine einheitliche Führung.

Unsere Position ist einfach und klar: Die Schaffung der Partei ist notwendig und steht auf der Tagesordnung. Sie kann nur geschaffen werden, wenn der Einfluß von Ökonomismus, Sozialchauvinismus und Sektierertum in der marxistisch-leninistischen Bewegung gebrochen wird."

Seitdem das in der Kommunistischen Volkszeitung 7/76 geschrieben worden ist, hat sich der Klassenkampf entwickelt. Der Aufbau der Partei hat einige Fortschritte gemacht, Fortschritte insoweit der KBW an verschiedenen Punkten bereits besser den Anforderungen der spontanen Bewegung nach einer Masse von Bewußtsein entsprechen kann als seinerzeit. Fortschritte auch, indem einige offene Positionen des Sozialchauvinismus in der marxistisch-leninistischen Bewegung zurückgeschlagen worden sind.

Ein großer Fortschritt ist es unseres Erachtens, daß es dem KBW, der KPD und KPD/ML gelungen ist, sich auf einen gemeinsamen Aufruf zu Demonstration und Kundgebung in Bonn im Kampf gegen die Verbotsanträge zu einigen; daß wir in der Lage waren, rasch auf den Angriff der Bourgeoisie zu antworten und daß wir durch diese Aktionseinheit gute Bedingungen für einen erfolgreichen Gegenangriff auf die Bourgeoisie geschaffen haben. Das ist bei den Massen auf Sympathie und Zustimmung gestoßen.

Was nun ein Wahlbündnis betrifft, so würden wir die Bedingungen heute noch elementarer fassen als im Januar 1976. Wir würden sie so fassen, wie Karl Marx 1852 in einem Brief an J. Weydemeyer die Quintessenz des wissenschaftlichen Sozialismus formuliert hat:

„Was mich betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt: Was ich neu tat (und darauf käme es uns an, Anm. d. Verf.) war nachzuweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet."

Dazu käme der Satz aus dem Kommunistischen Manifest:

„Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, die auf der Ausbeutung der einen durch die anderen beruht.

In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen."

Übereinstimmung in diesen Punkten wäre uns eine ausreichende Bedingung für ein kommunistisches Wahlbündnis in der jetzigen Situation. Eine solche Übereinstimmung beinhaltet einen schroffen Gegensatz zur Bourgeoisie und zu aller bürgerlichen Ideologie, insbesondere zum modernen Revisionismus. Auf einer entsprechenden Plattform könnten sich alle proletarischen Kräfte zusammenschließen, um den Wahlkampf zu den bürgerlichen Parlamenten für den Klassenkampf zu nutzen. Für ein Wahlbündnis reichte das wirklich aus.

Darüber wird es vielleicht unterschiedliche Auffassungen geben. Aber die Sache hat so oder so einen Haken. Die westdeutsche Bourgeoisie ist eine durch und durch verfaulte Klasse. Aber wie ein steinalter Kapitalist ist sie voller Heimtücke und Raffinesse. Wahlbündnisse sind sowohl durch das „Bürgerschaftswahlgesetz Hamburg" als durch das niedersächsische Wahlgesetz ausgeschlossen. In § 22, Abs. 1 des Bürgerschaftswahlgesetzes heißt es ausdrücklich:

„Wahlvorschläge können von einzelnen Parteien und Wahlberechtigten, nicht aber von Parteiverbindungen eingereicht werden. Eine Verbindung von Wahlvorschlägen ist unzulässig. Unzulässig sind ferner Wahlvorschläge, die der Umgehung des Verbotes der Listenverbindung dienen."

Laut § 15 des niedersächsischen Wahlgesetzes werden Landeslisten „von den Parteien" eingebracht. Von sonst niemand.

Die Bourgeoisie hat ihre Wahlgesetze so eingerichtet, daß die bürgerlichen Parteien, Parteien der herrschenden Klasse, die immer schon da sind, gedeckt werden und daß der komplizierte Vereinheitlichungsprozeß der unterdrückten Klassen unterdrückt wird.

Die Partei des Proletariats kann nicht auf einen Schlag geschaffen werden. Nichts natürlicher, als daß die proletarischen Kräfte dafür sind, sich zusammenzuschließen, um den bürgerlichen Wahlkampf und das Parlament zu nutzen für die Propaganda der Revolution. Ein solcher Zusammenschluß ist genauso verboten, wie die Kommunistische Partei selber 1956 verboten worden ist.
1956 verboten worden ist.

Wir werden den Wahlkampf nutzen müssen, um die Partei des Proletariats aufzubauen und einen Schritt voranzukommen auf dem Weg zur Zerschlagung dieses Militärzuchthauses, in der die Bourgeoisie uns schon mit Federfuchserei und kleinlichen Schikanen ernstlich Schwierigkeiten bereiten kann. Mit Wahlbündnissen können wir uns nicht bescheiden, wir brauchen mehr: wir brauchen die Einheit der Marxisten-Leninisten, die Partei des Proletariats. Wir werden den Wahlkampf nutzen müssen, aus der schmachvollen Situation der Spaltung und Verhandlungen herauszukommen. Oder, Genossen von der KPD und von der KPD/ML, was meint ihr dazu?

Frankfurt/Main, 30. September 1977
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Ständiger Ausschuß

Presseerklärung

6 Monate für das Aussprechen einfacher Wahrheiten

„Zynisch" und „ungeheuer frech" sei, wenn gesagt wird: das Abschießen einzelner Bourgeois, Staatsanwälte und anderer Reaktionäre kann nicht zur Befreiung der Arbeiterklasse führen – nur durch den bewaffneten Aufstand als Aktion der Millionenmassen Proletarier kann sich die Arbeiterklasse von diesen Blutsaugern befreien. Wer stellt, daß das „zynisch" und „ungeheuer frech" sei, fest? Der Staatsanwalt. Was macht er? Er beantragt 8 Monate Gefängnis ohne Bewährung. Was macht das Gericht? Es gibt 6 Monate ohne Bewährung. So empfindlich ist die Bourgeoisie gegen einfache Wahrheiten, die jeder denkende Arbeiter dreimal am Tag ausspricht.

Es geht um die Verurteilung der Sekretärin des Bezirks Mittlerer Oberrhein / Nordschwarzwald des KBW durch ein Karlsruher Schöffengericht. Sie ist presserechtlich verantwortlich für die bezirklichen Publikationen des KBW im Bezirk Mittlerer Oberrhein / Nordschwarzwald und stand wegen Abdruck eines Kommentars der KVZ vor Gericht. Über den Fall ist heute ausführlich in der Presse berichtet worden. Es soll wohl gezeigt werden, wie es auch ohne Verbotsanträge gegen die Marxisten-Leninisten forsch zugehen kann.

Selten ist die Richtigkeit der Aussagen der Kommunisten so rasch und grundsätzlich durch die bürgerliche Justiz bestätigt worden: die Beseitigung eines Bubacks bringt es nicht. Nur die umfassende, gründliche Aktion des Proletariats kann diesem Unterdrückerpack durch Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums den Sumpfboden trockenlegen, auf dem es blüht. Wir nehmen das Karlsruher Urteil zum Anlaß, diese Wahrheit erneut auszusprechen.

Zentrales Komitee des KBW
gez. Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des ZK

Frankfurt, den 30.9.77

Landtagswahlen: Das Programm der bürgerlichen Parteien ist die verschärfte Reaktion

Auf „Differenzen" zwischen den bürgerlichen Parteien kann kein Revolutionär bauen

Die bürgerlichen Parteien haben mit der Vorbereitung der Landtagswahlen begonnen. Ponto, Schleyer usw. sind für die nur Gelegenheiten, ihre Positionen abzustecken und die Pläne, die die Bourgeoisie schon lange hegt, mit Inbrunst zu offenbaren. In den kommenden Wahlen will sich die Bourgeoisie die Zustimmung zur äußersten Reaktion und scharfen Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen verschaffen. Diesen Kurs gilt es jetzt in den verschiedenen Wahlprogrammen festzuhalten und zu propagieren.

Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht gehört zu denen, die seit einiger Zeit mit ihren Absichten nicht mehr hinter dem Berg halten können. Nach Grohnde ist es bereits aus ihm herausgeplatzt: „Diese Kriminellen müssen hinter Schloß und Riegel gebracht werden." Und: „Ich hoffe, daß unsere Gesetze das hergeben", hat er erklärt und verkündet, gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland und andere kommunistische Organisationen einen Verbotsantrag stellen zu wollen. Die Rolle des „strahlenden" Albrecht, der allerhand Manöver macht, um als Liberaler zu gelten, den „Dialog mit dem Bürger" führen will und sich scheinbar gegen die Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe sträubt, paßte sowieso nicht zu ihm. Die Linie der offenen, direkten Reaktion vertritt er.

Schon mit der SPD/FDP-Koalition hatte die niedersächsische Landesregierung damit begonnen, den staatlichen Gewaltapparat zielstrebig und zügig auszubauen. Beim Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz, das alle Behörden gegenüber dem Verfassungsschutz zur „Amtshilfe" und unaufgeforderter Unterrichtung verpflichtet, brauchten nur die Vorarbeiten der SPD/FDP-Koalition zu Ende geführt werden. Unter dem alten und neuen Polizeiminister Groß (FDP) hat die Landesregierung einen Entwurf für ein neues Polizeigesetz lange vor den übrigen Bundesländern herausgebracht. Eine Verstärkung der niedersächsischen Polizei um 300 Mann und über vier Millionen DM zusätzlich für verbesserte Ausrüstung wie Sprechfunkapparate und Tränengasgeräte wurden sogleich „nach den Erfahrungen von Grohnde" beschlossen.

Ohnehin läßt sich Groß nicht gern an den Karren fahren, Niedersachsen tue nicht genug für die „innere Sicherheit": Auf die Kritik des Bundeskriminalamtspräsidenten Herold an dem jetzt vollautomatisierten Polizeifernschreibnetz in Niedersachsen ließ er verärgert erklären, im Gegensatz zu dem vom BKA geplanten und noch unerprobten System sei das niedersächsische störsicher und ohne Risiken angelegt und lasse sich gut an das BKA-System anschließen. Mit Millionen sind in den letzten Jahren kommunale Datenverarbeitungszentralen gefördert worden. Passend dazu wurde jetzt der Entwurf eines Datenschutzgesetzes eingebracht, der die Weitergabe gespeicherter Daten an „Behörden und andere öffentliche Stellen" erlaubt, „wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der übermittelnden Stelle oder des Empfängers liegenden Aufgaben erforderlich ist" (§ 10).

„Für die Planung in Staat und Wirtschaft müssen eine Fülle von Einzeldaten erhoben und ausgewertet werden. In der öffentlichen Verwaltung zwingt die Entwicklung zum Leistungsstaat dazu, immer mehr Angaben über die Bürger zu erfassen und vorrätig zu halten", erklären Albrecht und Groß in der Begründung zum Datenschutzgesetz (Entwurf).

Während so das Innenministerium unter Groß dienstbeflissen lebhafte Tätigkeiten entwickelt, schlägt Albrecht die Propagandatrommel. Seine Rolle ist es, noch ganz andere Maßnahmen vorzubereiten. „Es gibt keine Entschuldigung dafür, daß wir nicht eine bessere Überwachung der Verteidigergespräche haben, in Fällen, wo wir wissen, daß die Verteidiger nichts anderes vorhaben, als ... Zwischenträger zu sein", zetert er, und weiter: „Warum sind wir so ungewöhnlich großzügig in Deutschland mit der Wiederfreilassung von Verdächtigen?" (Nordschau, 6.9.) Albrecht denkt an Vorbeugehaft. „Dann ist da die Frage des Strafmaßes ... im Zusammenhang mit der Tendenz unserer Gerichte, immer die Mindeststrafe zu verhängen und nicht die Höchststrafe."

„Das ist doch Krieg – wird denn das Strafgesetzbuch mit Krieg fertig?", fragt Albrecht und meint, daß Behandlung entsprechend dem Kriegsrecht für die Feinde der Bourgeoisie gerade richtig ist. Schließlich hat er sich in dieser Frage der Bourgeoisie schon empfohlen, als er über „Fälle, in denen der Staat dieses Recht (auf Freiheit von grausamer, unmenschlicher Behandlung und Folter) verletzen darf", räsonierte ..., sofern dies die einzige Möglichkeit wäre, ein namenloses Verbrechen zu verhindern", sei die Folter erlaubt – was für ein namenloseres Verbrechen könnte es für die Bourgeoisie geben, als sie zu stürzen? „Für mich ist das Entscheidende, daß wir jetzt *einen* Schritt vorankommen, ich sage nicht, daß damit alle Probleme gelöst sind", hat Albrecht im Zweiten Deutschen Fernsehen am 26.9. den geplanten Verbotsantrag begründet.

Albrechts Koalitionspartner, die FDP in Niedersachsen, hat davon gesprochen, daß sie von einer Absprache mit der CDU nichts wisse daß die „K-Gruppen" verboten werden sollen oder nicht. All dies war keine eindeutige Erklärung. Groß ist im Urlaub und hat sich noch nicht geäußert. Daß sich die bürgerlichen Parteien einig sind, beweist der Ausbau der Unterdrükkungsmaßnahmen.

Die „Hannoversche Allgemeine" kritisiert in der Samstagsausgabe noch einmal die eigenen Kräfte, die das Verbot mit rümpfender Nase behandeln. Bei den „Differenzen" zwischen den bürgerlichen Parteien muß es nach Ansicht der „HAZ" darum gehen, ob die Zeit im Moment günstig ist oder nicht. Darauf kann kein Arbeiter und Revolutionär bauen, sondern muß gegen die bürgerlichen Parteien, die die Interessen der herrschenden Klasse vertreten, kämpfen. – (N-Red.)

Der Zwang, mit den stahltypischen Zulagen rechnen zu müssen

Ruinierung von Gesundheit, Familie und Existenz durch einkalkulierte Nacht-, Schicht-, Überstunden- und Sonntagsarbeit

Peine. 1 498 DM betrug der Nettolohn eines Arbeiters, der im Vierschichtbetrieb arbeitet, im Blasstahlwerk Peine von Peine und Salzgitter im Juni 1977. 399,72 DM davon waren Schichtzulage, das sind 26,7 % des gesamten Nettolohnes. Keine 1 100 DM beträgt der ausgezahlte Lohn also ohne Schichtzulagen.

Durchschnittlich 20 % des Bruttolohnes bestehen in der Stahlindustrie nach Angaben eines Betriebsrates aus steuerfreien Schichtzulagen. 23 % bei Voll-Conti-Schicht, 24 % im Vier-Schichtsystem und 16 % im Drei-Schichtsystem. Dadurch, daß die Schichtzulagen in der Stahlindustrie steuerfrei gezahlt werden und jede Stundenlohnerhöhung auf Grund der Progression die Besteuerung des Stundenlohns weiter erhöht, ist der Prozentanteil der Schichtzulagen am Nettolohn bei jeder Lohnerhöhung in den letzten Jahren automatisch gestiegen. Der Zwang, mit den „stahltypischen Zuschlägen" zu rechnen, hervorgerufen durch den niedrigen und durch die sozialdemokratische Lohnraubpolitik real gesunkenen Lohn der Stahlarbeiter, wird so durch die sozialdemokratische Ausplünderungspolitik des bürgerlichen Staates vorangetrieben.

Ca. 65 % der Arbeiter im Werk Peine arbeiten in Schichtbetrieben. Rund 3 360 waren es 1975. Vom Sonntagabend bis Samstag früh läuft der Betrieb im Dreischichtsystem. Ein freies Wochenende in vier Wochen heißt das für die Vierschichtarbeiter und ein weiterer freier Sonntag in der Frühschichtwoche, an dem allerdings oft Reparaturschichten gefahren werden. Viele gehen da hin. Auf die 100 DM, die die Überschicht bringt, kann keiner verzichten. Ist die eine Nachtschichtperiode – Freitag, Samstag, Sonntag – am Montag früh um 6.00 Uhr beendet, fängt der Vierwochenrhythmus am Dienstag um 6.00 Uhr wieder mit der Frühschicht an. Der Montag zählt dabei als freier Tag. Viele können bei diesem Wechsel gar nicht schlafen. Einzelne Arbeiter schlafen die ganze Nachtschichtperiode nur zwei oder drei Stunden täglich. Unweigerlich ruft der ständige Wechsel Magen- und Verdauungsbeschwerden hervor.

In der Gießhalle des Blasstahlwerks müssen die Arbeiter mit Besen und Schaufel die Gußplatten reinigen, auf

Schaufel die Gußplatten reinigen, auf

denen die Kokillen zum Abgießen des Stahls in Brammen aufgebaut werden. Zum Teil glühen sie noch vom letzten Abstich, wenn die Arbeiter ran müssen. Die Arbeitsbedingungen sind hart. Das wird durch die Schichtarbeit potenziert. Auskühlen können die Platten wegen des ständigen Betriebes gar nicht, heiße, stickige und staubige Luft liegt ständig in der ganzen Halle, vermischt mit kleinsten Eisenoxydpartikeln und Feinkalkstaub, der sich sofort in Nase und Mund festsetzt. Im Sommer herrschen oft in den kühleren Ecken 30 Grad, geht man nur über die Laufgänge durch die Halle zu seinem Arbeitsplatz, ist man schon durchgeschwitzt. Stehen die Konverter und Gießkräne nur eine Schicht still, so macht sich das sofort erleichternd bemerkbar. Einzig und allein die Profitgier der Kapitalisten spricht dafür, daß die Maschinerie rund um die Uhr läuft.

Die Arbeiter, die 20 oder 25 Jahre in der Gießhalle in Schichten arbeiten sind fertig, Arbeiter, die gerade 45 Jahre alt sind, sehen aus, als ob sie kurz vor der Rente stünden. Über 50 Jahre müssen sich fast alle, die die nötigen zehn Jahre Betriebszugehörigkeit erreicht haben, um 100%ige Verdienstsicherung zu bekommen, aus gesundheitlichen Gründen umsetzen lassen. Mit völlig verschlissenen Arbeitern läßt sich die Arbeitshetze nicht so leicht steigern. Dem passen die Kapitalisten und Sozialdemokraten ihre Politik an. Vor einiger Zeit haben sie z.B. die Bestimmungen des Manteltarifs dahingehend ergänzt, daß bei 25jähriger Betriebszugehörigkeit schon ab 45 Jahren 100% Verdienstsicherung gezahlt werden, wenn der Betriebsarzt eine Umsetzung aus gesundheitlichen Gründen genehmigen muß. Lange machen danach nicht mehr viele. Von 341 1971 ist die Zahl der Sterbefälle von Mitgliedern und Rentnern der Betriebskrankenkasse der Salzgitter AG in Salzgitter kontinuierlich auf 464 1976 gestiegen. Kreislauferkrankungen, eine direkte Folge des ständigen Schichtwechsels, werden mit 36,9% als die häufigste Ursache genannt.

„Wenn irgendwo mal was ist, können wir sowieso nicht hin", sagen viele Arbeiter in den Schichtbetrieben. „So viel Urlaub, daß Du Dir immer freinehmen kannst, hast Du ja gar nicht." Die Familie wird völlig auseinandergerissen. Ein jüngerer Arbeiter im Blasstahlwerk, dessen Frau im Zweischichtbetrieb bei Pelikan arbeitet, mußte die Schichten extra so legen, daß in der Regel einer von beiden zu Hause ist, um auf die kleinen Kinder aufzupassen. Kommt er von der Nachtschicht, ist seine Frau gerade zur Frühschicht weg, hat er Frühschicht, ist sie auf Mittagsschicht usw. Selbst am Wochenende sehen sie sich praktisch nur alle vier Wochen länger.

Im Juni hat ein Konvertermann, der im Vierschichtbetrieb arbeitete, zu den Pfannenmaurern sich versetzen lassen, in Zweischichtbetrieb. Obwohl er dort fünf Punkte mehr hat (24 statt 19), das sind rund 50 Pfennig pro Stunde, will er sich jetzt wieder zurückversetzen lassen, weil es ohne die Nachtschichtzulage nicht geht. Neben dem Punktesystem ist die Schichtarbeit ein wesentliches Mittel der Spaltung der Arbeiter, ist jede einzelne Form eine weitere Hürde, die überwunden werden muß, wenn sich die Arbeiter zusammenschließen wollen. Grundlegend im Kampf für das Verbot der Schichtarbeit ist der Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag, die verschiedenen Spaltungslinien können nur durch das Verbot der Schichtarbeit überwunden werden. Die Sozialdemokraten wollen die Spaltung vertiefen. „Mehr Schichtzulage" oder „mehr Urlaub" für Schichtarbeiter, „weil die Schichtarbeiter an Geld sowieso schon soviel kriegen", sind die beiden wesentlichen Varianten ihrer Vorschläge zur „Verbesserung der Lage der Schichtarbeiter". Wie soll so die Einheit der ganzen Belegschaft hergestellt werden? Es werden nur neue Spaltungslinien gezogen. 220 DM mehr Lohn für alle jetzt brauchen die Stahlarbeiter, um im Kampf gegen die Schichtarbeit voranzukommen. – (Stadtzelle Peine)

Ergebnisse des IGM-Gewerkschaftstages – Einschätzung durch die Bourgeoispresse

Der Hauptvorstand der IGM unter Führung von Loderer hat auf dem Gewerkschaftstag verschiedene Abstimmungsniederlagen einstecken müssen. Mehrheitlich wurde von den Delegierten die Forderung nach der 35-Stundenwoche erhoben, wie die Änderung des Schlichtungsabkommens und die Aufhebung der Lohnschlüssel in den Lohntarifverträgen als Forderung aufgestellt. Ist die 35-Stundenwoche als Grundlage der gewerkschaftlichen Forderungen ein großer Fortschritt im Kampf der Arbeiterklasse, so ist die Kapitalistenklasse über die Behandlung dieser Forderungen durch den IGM-Vorstand hinsichtlich ihrer Durchsetzung beruhigt:

Süddeutsche Zeitung, 24.9.:

„Die Symptome deuten auf eine gesteigerte Kampfbereitschaft hin. Überraschend, weil zu Zeiten wirtschaftlicher Rezession die Sorge um den Arbeitsplatz die Streiklust eher hemmt als fördert. Mit Erstaunen wurde diese Neigung auch im Vorstand konstatiert, dessen taktisches Kalkül unter diesen Umständen nicht aufgehen konnte: nämlich in Beschlüssen flexibel zu bleiben und – sozusagen als Ausgleich – die allgemeine Unzufriedenheit durch Generalabrechnung mit den Unternehmern zu befriedigen."

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.9.:

„Die Abstimmungsniederlage nimmt Loderer daher auch nicht tragisch. Denn die von den Delegierten erteilten Aufträge lassen dem Vorstand Handlungsspielraum, setzen ihn nicht unter Druck oder unmittelbaren Zugzwang. (...) Aber sollte die IGM das bestehende Abkommen kündigen, wäre sicher, daß dann der Zustand da sei, vor dem Loderer warnte, daß es nämlich überhaupt kein Schlichtungsabkommen mehr gibt. (...) Gesamtmetall sieht in dem Fortfall der Friedenspflicht des Einlassungszwangs und im Ende der Friedenspflicht die Schlichtung überhaupt in Frage gestellt."

Schlichtung überhaupt in Frage gestellt."

Handelsblatt, 26.9.:

„Trotz einiger Beschlüsse, die gegen die Vorstandsempfehlung gefaßt worden sind, sei man beweglich geblieben, erläuterte der Vorstandsvorsitzende. So ist die 35-Stundenwoche klar als ein möglicher Weg zu der von allen angestrebten Arbeitszeitverkürzung definiert. „Sie hat jedoch keine Priorität."

Die Zeit, 30.9.:

„Und diese (die Delegierten, d. Red.) haben sehr klar die 35-Stundenwoche, Änderung des Schlichtungsabkommens und Beseitigung der Lohnschlüssel gefordert. Damit werden dem Vorstand Akzentverschiebungen abverlangt, die die bisherigen Konzepte der Tarifpolitik ins Wanken bringen könnten. Auch wenn die Abstimmung knapp ausfiel und eine Hintertür dadurch offenbleibt, daß ausdrücklich keine Priorität einer der zahlreichen Punkte zur Tarifpolitik beschlossen wurde, wird sich der Vorstand nicht gänzlich an diesem Beschluß vorbeimogeln können. Selbst wenn es nur pro forma ist, die 35-Stundenwoche muß den Arbeitgebern wenigstens als Zielvorstellung einmal auf den Tisch gelegt werden. (...) Zwar kam der Vorstand an einem Antrag vorbei (Schieds- und Schlichtungsabkommen, d. Red.) der ausdrücklich die Kündigung dieser Vereinbarung vorsah ... Dies wird wohl sein (IGM-Vorstand Mayr, d. Rd.) schwerster Gang sein, den er in den nächsten 3 Jahren anzutreten hat – wenn ihm nicht noch eine gute Ausrede einfällt. Immerhin Loderer und seinen Spitzengenossen bleiben einige Hintertürchen offen."

Frankfurter Allgemeine, 26.9.:

„Einen Aufstand gegen den Vorstand oder einen politischen Erdrutsch innerhalb der Organisation bedeuten diese Mehrheiten gegen die Vorstandslinie sicher nicht. Düsseldorf hat jedoch deutlich gemacht, daß es Loderer und seine Vorstandskollegen mit einer gegenüber bisher deutlichen Opposition zu tun haben. Wie stark diese ist und in wie weit sie die Politik Loderers zu beeinflussen mag, das kann erst die Zeit zeigen."

Gesetze zur „Inneren Sicherheit"

Mit großer Mehrheit vom Bundestag beschlossen und innerhalb weniger Tage verfertigt, hat die Bourgeoisie am Donnerstag das „Gesetz über die Kontaktsperre" beschlossen. Es regelt die vollständige Isolierung von Gefangenen. Jeglicher Außenkontakt mit Angehörigen oder ihren Verteidigern wird damit politischen Häftlingen versagt. Es zeigt dies die Absicht der Bourgeoisie, ihre Gefängnisse zu füllen und jetzt bereits sicherzustellen, daß die Isolierung funktioniert.

Gleichzeitig haben SPD und CDU eine Reihe von Gesetzesentwürfen vorgelegt, die sie zur Verabschiedung bringen lassen wollen. In allen wesentlichen Fragen herrscht Übereinstimmung. Die Bundesregierung ist vorantreibend in der Reaktion, sie regt noch zusätzlich den Ausbau des Polizeiapparates und des Bundesgrenzschutzes an sowie die Erweiterung der Befugnisse des Bundesgrenzschutzes zur „Sicherung von Verfassungsorganen". Was für Anstrengungen die Bourgeois unternehmen, um die proletarische Revolution zu verhindern! Die Verfassung sichert das Privateigentum, die Verfassungsorgane sichern die Verfassung, der Bundesgrenzschutz sichert die Verfassungsorgane.

Entwürfe und Anträge der SPD

An Gesetzesentwürfen liegen vor:

– ein bundeseinheitliches Polizeigesetz mit dafür erforderlicher Grundgesetzänderung, hilfsweise einer Bundespolizei.

– Verankerung von einheitlichen Kontrollstellen zur Identitätsfeststellung, Änderung des Bundesmeldegesetzes, Meldepflicht im Beherbergungsgewerbe. Politische Raumüberwachung für Banken. Einführung neuer Eingriffstatbestände zur Telefonüberwachung. Schaffung eines Kontrollorgans für Nachrichtendienste. Einführung eines fälschungssicheren Kraftfahrzeugkennzeichens.

– „Das Waffenrecht soll mit dem Kriegswaffenkontrollgesetz harmonisiert werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.9.) Es sieht vor, daß mit bis zu 5 Jahren bestraft wird, wer eine vollautomatische Selbstladewaffe (MP) herstellt, bearbeitet, instandsetzt, erwirbt oder vertreibt. Dasselbe gilt für Kriegswaffen.

Zur Organisation der inneren Sicherheit: Erweiterung der originären Zuständigkeiten des BKA (Bundeskriminalamt). Informationsverbund und Weisungsbefugnis des BKA gegenüber den Polizeien der Bundesländer, Zollgrenzdienst, Bahnpolizei, dem Grenzschutzeinzeldienst, der Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes GSG 9. Änderung der Vorschriften des Bundesgrenzschutzes. Seine Befugnisse zur Sicherung von Verfassungsorganen des Bundes und der Länder sollen ausgedehnt werden.

Das Versammlungsgesetz soll novelliert werden. „Der SPD-Arbeitskreis hat eine ziemlich positive Stellungnahme zu dem Antrag der CDU/CSU abgegeben." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.9.77)

Entwürfe und Anträge der CDU

Verwirklichung des Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz für den Bund.

– Der Polizei soll die Möglichkeit eingeräumt werden, im Rahmen der Fahndung an Kontrollstellen die dort angetroffenen Personen zu durchsuchen. Jeder soll künftig bei Übernachtungen im Hotel oder Campingplätzen den Paß oder Personalausweis mitführen müssen

– Der Vermieter soll zur Anmeldung des Mieters verpflichtet werden. Einführung der Hotelmeldepflicht mit der Pflicht zur Identifizierung des Gastes.

– Waffendiebstahl soll generell als schwerer Diebstahl klassifiziert werden (Strafe bis zu 10 Jahren Gefängnis).

– Das Grundrecht für Demonstrationen gelte nur für friedliche Demonstrationen. Deshalb soll das Mitbringen von Gegenständen verboten werden, ebenso von Masken und Schildern. Der Aufruf, sich an einer verbotenen Demonstration zu beteiligen, soll strafbar werden.

– „Verbot der Propaganda für verbotene Organisationen, auch wenn diese Propaganda in die Form der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschens und der Geschichte gekleidet ist." (Frankfurter Rundschau, 30.9.77) Verschärfung der Strafbestimmungen für die Propagierung von Gewalt. Ein neuer § 130 soll eingeführt werden, der Gewaltbefürwortung generell unter Strafe stellt, also auch „etwa die Befürwortung von Gewalt in fernen Ländern mit völlig anderen Verhältnissen als in der BRD". (Frankfurter Rundschau, 30.9.77) – (Z-Red.)

Wir sind die wirklichen Produzenten und müssen die Herren werden!

Arbeiter von Diag diskutieren über die Werkzeugmaschinenausstellung EMO

Westberlin. Die EMO (Europäische Werkzeugmaschinenausstellung) ist von vielen Arbeitern besucht worden. Einige Konzerne, zum Beispiel der DIAG-Konzern, haben für die Belegschaft die Fahrt von Westberlin nach Hannover finanziert. Die Kapitalisten versuchen, die Arbeiter für ihre Konkurrenzschlacht zu gewinnen. Man soll stolz sein auf „seine Firma". Die Arbeiter sind zum großen Teil gefahren, aber aus ganz anderen Gründen. Die Debatte unter den Arbeitern zeigt das.

Mit am interessantesten war auf der Messe die Halle 7. Hier wurden Sondermaschinen und NC-Bearbeitungszentren ausgestellt. Die Maschinen arbeiten teilweise mit Toleranzen mit 1/1000 mm. Dies ist an sich nicht erstaunlich, auch wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" das herausstreicht. Für jeden, der in der Werkzeugmaschinenbranche arbeitet, ist klar, welch enorme Leistung es ist, diese Maschinen zu produzieren mit einem Maschinenpark, dessen technischer Stand durchschnittlich 14 Jahre alt ist. Teilweise sind die Einzelteile für diese Maschinen, die in Hannover ausgestellt sind, auf uralten, sogenannten „ausgelutschten" Maschinen gefertigt worden mit „fantastischen Toleranzen"! Darüber haben die Arbeiter gesprochen als das wirklich „Erstaunliche". Viel ist debattiert worden über den „Preis" der ausgestellten Maschinen. Ein Bearbeitungszentrum mit 30 verschiedenen Werkzeugen ist unter einer Million nicht zu haben. Die Arbeiter scherzen über die angebliche „Erleichterung der Arbeit", die durch den Einsatz neuer Maschinen auftreten soll. Wir wissen nur zu gut, daß zum Beispiel der Einsatz an einer NC-Werkzeugmaschine für die Arbeiter bedeutet: Zweischicht-, wenn nicht gar Dreischichtbetrieb, Arbeit an mehreren Maschinen gleichzeitig, also Intensivierung des Arbeitstages, Verlängerung des Arbeitstages, verschärfte Ausbeutung. Nur so macht sich eine solche Maschine für den Kapitalisten bezahlt, wenn er sie nämlich einsetzen kann zur verschärften Ausbeutung der Arbeiter. Die Kapitalisten investieren nur für teure Maschinen, wenn entsprechende Profitaussicht vorhanden ist. Es ist schon interessant, wie die Kapitalisten sich gegenwärtig angreifen, daß sie zu wenig investieren würden. „Lange, nach Meinung der Maschinenbauer viel zu lange, haben die Automobilfabriken mit Investitionen gezögert " (FAZ vom 20.9.77). Das sagen die Maschinenbaukapitalisten, die selber auf Uraltmaschinen produzieren lassen.

Die westdeutschen Imperialisten versuchen, die Messe für ihre Werbung zu nutzen. Sie prahlen damit, daß die BRD der größte Werkzeugmaschinenhersteller der Welt ist. Die Ausfuhr der BRD hat inzwischen einen Anteil von 28,4 % am gesamten Werkzeugmaschinenexport der Welt erreicht. Die BRD-Imperialisten haben ihre Vormachtstellung auf Grundlage der Ausbeutung einer der in der industriellen Produktion geschultesten und erfahrensten Arbeiterklassen errungen. Viele Arbeiter haben gesägt, man könnte ganz andere Sachen bauen heutzutage. Der Kapitalismus hemmt die Entfaltung der Produktivkräfte. Die bürgerliche Presse schreibt viel über die „großartige Elektronik" als „Garant des Fortschritts". Tatsache ist, daß die Elektronik bei den sogenannten Standardmaschinen fast gar nicht angewandt wird. Das ist zu teuer, ist die Begründung.

Hamburg. Am Sonnabend, einem Tag vor der geplanten Erhöhung der Fahrpreise, faßte der KBW den Kampf gegen diese Ausplünderungsmaßnahme des Hamburger Senats in einer Kundgebung mit anschließender Demonstration durch den Hauptbahnhof zusammen.

Bei den Maschinenzentren besteht der ganze „Fortschritt" darin, die Zeit des Werkzeugwechsels zu verkürzen.

Immer wieder haben Arbeiter bei bestimmten Maschinen gestanden und diskutiert, wie man sie anders und besser bauen könnte. Der Verkaufsmanager der Firma Cincinnati war völlig ratlos, als mehrere Gruppen von Arbeitern sich über eine Cincinnati-Maschine amüsierten. Schnell hatte diese Maschine ihren „Namen" weg. Sie hieß „Kuckucksuhr" oder „Eierbechermaschine", weil der Werkzeugwechsel so funktionierte, daß eine Tür aufsprang (Kuckucksuhr) und das Werkzeug gewechselt wurde, während das ausgewechselte Werkzeug in einen Behälter gelangte, der einem Eierbecher glich. Das Ganze war schrecklich umständlich.

Es ist vollständig falsch anzunehmen, die Arbeiter würden mit der kapitalistischen Produktionsweise auch die Produktion schlechthin bekämpfen. Die Arbeiter haben ein großes Interesse an der Produktion, weil sie die eigentlichen Produzenten sind. Das ist eine wichtige Triebfeder für die Revolution. Man muß die Sache jedoch erstmal auf die Füße stellen. Man muß die Kapitalisten stürzen, die Produktionsmittel unter eigene Regie nehmen und als herrschende Arbeiterklasse die Produktion organisieren. – (Zelle Diag, Westberlin)

Wir stellen die Einheit für 60 Pfennig mehr her

Westberlin. Zur Vorbereitung der Betriebsversammlungen bei Orenstein & Koppel im Waggonbau und im Baggerbau sind ca. 80 Unterschriften unter die Forderung nach einer sofortigen Lohnerhöhung von 60 Pfennig gesammelt worden. Im Verlauf dieser Vorbereitung sollte ein Genosse der KBW-Betriebszelle aus dem Betrieb geschmissen werden. Das wurde verhindert.

Auf der Betriebsversammlung des Waggonbaus rief der Geschäftsführer Dr. Haverbeck die Arbeiter dazu auf, „die prekäre Terminsituation zu verbessern" und „die zur Verbesserung der Kostensituation laufenden Maßnahmen voll zu unterstützen". Schützenhilfe erhielt er von den Betriebsrats-Sozialdemokraten, die die Kostenbereinigungsmaßnahmen hochhielten. Mehrere Arbeiter erhoben die Forderung nach den 60 Pfennig. Viel Beifall gab es dafür.

Die Zelle veröffentlichte die Reden dieser Betriebsversammlung, so daß die Arbeiter aus dem Baggerbau sich auf ihre Betriebsversamlung gründlich vorbereiten konnten und eine Front gegen ein Auseinanderdividieren der beiden Belegschaftsteile errichtet wurde. Das hat die Kapitalisten und Sozialdemokraten schwer getroffen. Die Forderung nach den 60 Pfennig wurde erneut erhoben. Die Kapitalisten konnten dazu nicht mehr schweigen. Kunter von der Geschäftsleitung sagte: „Das kostet den ganzen Konzern 19 Millionen Mark und das treibt die Preise." Ein Arbeiter stellte richtig, daß ihnen das beim Konkurrenzkampf was kosten würde. Ein Genosse der Zelle stellte fest, daß die Arbeiter die Bagger und die Waggons bauen, daß diese Halle von Arbeitern gebaut sei, und wenn sie sich einig sind, sie das auch alles nicht machen könnte, dann würde O & K weich, weil Atlas und Fiat-Allis stark werden könnten. Er bekam viel Beifall. Der Aufforderung an den Betriebsrat, nun endlich abstimmen zu lassen, wurde nicht stattgegeben. Der anwesende IGM-Vertreter der Ortsverwaltung Krumpelt sagte zum Schluß: „Hier ist ja niemand gegen die 60 Pfennig, na bitte, wenn ihr dafür seid, dann streikt, die IGM wird das nicht mitmachen. Wenn ihr könnt, dann streikt."

Dazu sagen wir nur: Wir können das schaffen, wir stellen die Aktionseinheit zu der Forderung nach 60 Pfennig her, doch Haverbeck, Krumpels, ihr merkt auch, wie es bei uns immer besser geht, und daß es schon einige Kraft gibt, die das alles organisieren kann, zeigen die sieben vor dem Tor verkauften Programme.

Verbot der Akkordarbeit!

Osnabrück. Am Mittwoch ist bei Kromschröder Belegschaftsversammlung. Die Kapitalisten kürzen Akkordnebenzeiten (Reinigung, Einrichtung der Maschinen, usw.), um an die Akkordhauptzeiten heranzukommen. Der niedrige Lohn zwingt einen großen Teil der Belegschaft, jeden Samstag zu arbeiten. Der Krankenstand

Verbot der Akkordarbeit!

Osnabrück. Am Mittwoch ist bei Kromschröder Belegschaftsversammlung. Die Kapitalisten kürzen Akkordnebenzeiten (Reinigung, Einrichtung der Maschinen, usw.), um an die Akkordhauptzeiten heranzukommen. Der niedrige Lohn zwingt einen großen Teil der Belegschaft, jeden Samstag zu arbeiten. Der Krankenstand

ist erheblich gestiegen. Die Arbeiter beraten die Lage und haben begonnen, den Zusammenschluß für mehr Lohn und gegen die Akkordhetze herzustellen.

In der Revolverdreherei ist eine Resolution verabschiedet worden, die auf der Belegschaftsversammlung zur Abstimmung gestellt werden soll. Sie fordert das gesetzliche Verbot der Akkordarbeit und einen Garantielohn für alle Akkordarbeiter bei Kromschröder als Schritt im Kampf gegen das Akkordsystem. Sie macht klar, daß die Vorbereitung des Tariflohnkampfs jetzt notwendig ist und daß eine Forderung von 220 DM durchgesetzt werden muß. Die Arbeiter der Revolverdreherei sind mit der Resolution in die anderen Betriebe gegangen, um die Auseinandersetzung mit allen Arbeitern zu führen, um den Zusammenschluß unter diese Resolution herzustellen.

Forderung nach Höhergruppierung

Braunschweig. Nachdem der Lohnraub immer spürbarer wird, entwickelt sich eine spontane Bewegung, individuell eine höhere Lohngruppe zu verlangen. Insbesondere bei den Arbeitern in den unteren Lohngruppen und bei denen, die zu niederem Lohn neu eingestellt werden (Lohngruppe 2 ist gleich 6,28 DM/Stunde), findet das die Unterstützung aller Arbeiter.

Es wird diskutiert, was für eine Forderung im Tarifkampf aufgestellt werden soll. Festgeld muß es sein, das ist von vornherein klar, auch in den höheren Facharbeiterlohngruppen. Und wieviel? „Das hängt davon ab, was wir auf die Beine stellen", sagen die Arbeiter, „mit vier Wochen Generalstreik kann man sogar die Regierung stürzen."

Die Sozialdemokraten stützen sich auf die Spaltung, die die vergangenen Lohnabschlüsse gebracht haben, und sagen, einen Streik kriegste hier sicher nie hin, gerade hier bei Siemens, die vielen Angestellten und Frauen machen da doch nicht mit. Außerdem steht Siemens so gut da, die halten einen Streik über Wochen aus. Die AfA-Betriebszeitung schreibt „Spürbare Entlastung durch Erhöhung des Weihnachtsgeldfreibetrages" und versucht sorum die Spaltung.

Subventionen zum Ausbau und Zentralisation der Kriegsproduktion

Die Bundesregierung hat „Hilfe" zugesagt. Hilfe für wen? Hilfe für die Kapitalisten, ihre Rationalisierungspläne durchzusetzen, um den Höchstprofit abzusichern. Sanierungsmaßnahmen sind die Voraussetzung für die Gewährung der „Hilfe".

Dafür sollen die Arbeiter gestreikt haben? Dafür haben sie die Sozialdemokraten in den Streik geschickt, das waren aber nicht die Triebkräfte. Triebkräfte sind die Unsicherheit der Existenz, der Elendslohn, die Verschärfung der Ausbeutung. MBB hat schon angekündigt, daß nach der Fusion die innerbetrieblichen Zulagen gestrichen werden. Für die meisten sind das 86 DM bis 138 DM. Für einige mehr.

Allein bei VFW-Bremen haben jeweils 1500 Arbeiter an vier Tagen acht Stunden lang gestreikt. Organisiert wurden die Streiks „gegen die Entlassungen und ‚ihr wißt ja schon'". Zweck dieser „Kampf"aktionen ist die völlige Unterwerfung unter die Interessen des Finanzkapitals, weil damit die Kampfmittel der Arbeiterklasse als untauglich erklärt werden und so „belegt" werden soll, daß sowieso nichts zu erreichen ist.

Am 28.9. wollten die Sozialdemokraten um 10 Uhr einen Streik in allen VFW-Werken anzetteln, um die Geschäftsleitung zu „zwingen", endlich die von der Regierung geforderten Rationalisierungspläne auf den Tisch zu legen. Die Arbeiter im Bremer Werk haben da nicht mitgemacht. Sie haben nachmittags gestreikt, als der Betriebsratsvorsitzende ins Werk zurückkam, ohne klares Ziel.

Unruhe und Spannung herrscht unter den Arbeitern. Die sozialdemokratischen Aktionen haben nichts gebracht, und ohne Kampf wird es nicht gehen. Gezeigt hat sich das in Speyer, wo die Werksschließung zurückgeschlagen wurde.

Der Kampf muß geführt werden gegen die kapitalistische Rationalisierung und deren Folgen, sonst kann er nicht gewonnen werden.

Pressezusammenstellung

Unter der Verantwortung der westdeutschen Imperialisten soll in neue Märkte vorgestoßen werden.

„Die Verantwortung für den internationalen Verkauf des ersten deutschen Düsenverkehrsflugzeugs, der VFW 614, ist von sofort an in deutsche Hände übergegangen. (...) Bei VFW-Fokker in Bremen ist man nunmehr der Ansicht, daß die Übernahme der Verantwortung für den Verkauf dem Bestreben förderlich sein wird, einen internationalen Markt auch dort zu erzeugen, wo er noch nicht vorhanden ist. Dies, so meint man, sei sicherlich ein Ziel, an dem die Bundesregierung mitarbeiten könne." (FAZ, 8.9.1977)

„Als potentielle Käufer nannte Kosegarten (Geschäftsführer der VFW-Fokker Betriebsgesellschaft Bremen, Red.) Ägypten, die Türkei und die USA. " (Weserkurier, 21.9.1977)

Das Finanzkapital zwingt VFW in die Knie durch Kürzung von Krediten

„In den Kassen des Luft- und Raumfahrtunternehmens VFW-Fokker herrscht nach Ansicht des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden des Unternehmens, Erwin Hilbrink, Ebbe. Im laufenden Monat werden man zwar noch die Gehälter und Löhne zahlen können, doch was für den Oktober zu erwarten ist, wisse keiner." (Hannoversche Allgemeine, 17./18.9.1977)

„Bei der deutschen Betriebsgesellschaft von VFW-Fokker habe es nie eine Liquiditätslücke gegeben. ‚Wir sind liquide, und die Banken, mit denen wir arbeiten, haben unsere Kredite nie in Frage gestellt', erklärte die Geschäftsleitung der deutschen Gesellschaft in Bremen. (...) Die Beschäftigungslage von VFW-Fokker leidet freilich nicht allein durch die Absatzschwierigkeiten. Eine Rolle spielt auch, daß der Konzern 1976 entgegen seinem Wunsch unter massivem Druck aus den verschiedensten Richtungen auf die Stillegung des Werkes Speyer verzichten mußte – eine Lösung, ‚die nur unter sozialen Gesichtspunkten sympathisch ist'. (...) Um schließlich das Maß vollzumachen, sind nach Klapwijks Angaben die Banken nervös geworden und haben auf all das ‚Gequatsche' über VFW-Fokker hin die Kreditlinien auf ein Drittel des ursprünglich Vereinbarten gekürzt. In der Zwischenzeit sind sie allerdings wieder auf die Hälfte des Ausgangswertes aufgestockt worden. (...)

Für den Krieg muß die gesamte nationale Kriegsproduktion direkt dem Finanzkapital unterworfen sein

Darüber hinaus, daran wird in MBB-Kreisen kein Zweifel gelassen, muß im Hinblick auf die künftige Auftragsvergabe durch die öffentlichen Hände auch mit dem letzten großen Familienunternehmen dieser Branche, der Dornier GmbH, gesprochen werden. (...)

Dabei legen die Münchner offensichtlich Wert darauf, nicht nur mit dem deutschen Teil des Unternehmens ‚ins Geschäft zu kommen'." (Die Welt, 28.9.1977)

Die Sozialdemokraten setzen den Plan des Finanzkapitals gegenüber den Arbeitern durch

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort einen Neuordnungsausschuß einzusetzen, dessen Arbeitsergebnisse ‚unverzüglich' durchzusetzen seien. (...) Auf dem Gebiet der Wehrtechnik geht der Gesamtbetriebsrat davon aus, daß der bisherige Anteil von 30 Prozent auf mindestens 50 Prozent erhöht werden muß. (...) Der Kurzstrecken-Jet VFW 614 (soll) unbefristet weiter gebaut werden, um eine Verunsicherung der Kunden zu vermeiden ... Erhöhung des Bürgschaftsvolumens um 140 Millionen durch die Bundesregierung ... Bei der Vermarktung der Maschine im Ausland wird die ‚aktive Mitarbeit' des Bundes ... verlangt." (FAZ, 29.9.1977)

Gewerkschaftssozialdemokraten bei vergeblichen Versuchen, die Forderung nach 7-Stundentag abzubiegen

IG Druck: Verhandlungen über einen „Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen an OCR-Maschinen" gescheitert

Letzte Woche erklärte die Tarifkommission der IG Druck die Verhandlungen über einen „Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen an OCR-Maschinen" für gescheitert.

Die letzte Ausstellung der Druckindustrie war geprägt von neuen Lichtsetzmaschinen, die jetzt in vielen kleinen Druckbetrieben eingeführt werden, Druckereien, die hoffen, sich so gegen die großen Druckereien und Verlage behaupten zu können. In den Setzereien wurde mit der Einführung der Lichtsetzmaschinen die Arbeitshetze mittels Drohung mit Entlassung unerträglich verschärft. Bereits im Herbst 1975, vor zwei Jahren, hat die IG Druck und Papier einen Entwurf

den, Druckereien, die hoffen, sich so gegen die großen Druckereien und Verlage behaupten zu können. In den Setzereien wurde mit der Einführung der Lichtsetzmaschinen die Arbeitshetze mittels Drohung mit Entlassung unerträglich verschärft. Bereits im Herbst 1975, vor zwei Jahren, hat die IG Druck und Papier einen Entwurf

für einen Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen an den OCR-Maschinen vorgelegt. Gefordert wurde: Bezahlung der Arbeiter an den Bildschirmgeräten nach Maschinensetzertarif. Beschränkung der Arbeitzeit an den Bildschirmgeräten auf vier Stunden am Tag bzw. zwanzig Minuten Pause pro Stunde. Am 1. Januar wurden die Spartenanhänge zum Manteltarifvertrag in der Druckindustrie gekündigt. Darin sind alle Fragen enthalten, um die es beim Tarifvertrag über OCR-Geräte geht. Auf vielen Ortsvereinsversammlungen der IG Druck und Papier wurde als wichtigste Forderung, um der steigenden Ausbeutung Schranken zu setzen, die Forderung verabschiedet nach der 35-Stunden-Woche an fünf Arbeitstagen und bei vollem Lohnausgleich. So in München, Mannheim, Stuttgart und Konstanz. Der sozialdemokratische IG-Druck-Vorstand hat versucht, diese Forderungen abzubiegen: Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde nur für Schichtarbeiter hat er als Forderung aufgestellt.

Der Bezirkstag der IG Druck Stuttgart, zu dem acht Ortsvereine Delegierte schickten, bekräftigte die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten. Inzwischen wurde von den Landesbezirken Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen und Westberlin diese Forderung aufgestellt. Angesichts der Verschärfung der Ausbeutung durch die Druckkapitalisten und den gebieterisch erhobenen Forderungen der Drucker konnte der sozialdemokratische Vorstand nicht mehr hoffen, diese Forderungen unter den Tisch fallen lassen zu können. Gerade recht war es ihm, als die Kapitalisten nicht über den Manteltarifanhang verhandeln wollten. Stattdessen wurde der Tarifvertrag über die Einführung von OCR-Geräten aus der Schublade geholt und eine hektische Verhandlungstätigkeit entfaltet.

In einer Lage, wo unter der Forderung nach dem Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich für alle Druckarbeiter nichts mehr geht, sollen die Arbeiter der Satzherstellung allein ins Feuer geschickt werden. Die Kapitalisten sind entsprechend frech. Sie haben jetzt alle Forderungen nach: Übertragung aller Gestaltungsarbeiten an den Bildschirmen an Schriftsetzer, Vereinbarung des Maschinensetzerlohns für elektronische Texteingabe und Textgestaltung und vier Stunden Bildschirmarbeit pro Tag abgelehnt und bieten einen Sozialplan für Entlassungen an.

Im Oktober ist der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier. In Stuttgart wurde bekannt, daß nach dem

Vereinbarung des Maschinensetzerlohns für elektronische Texteingabe und Textgestaltung und vier Stunden Bildschirmarbeit pro Tag abgelehnt und bieten einen Sozialplan für Entlassungen an.

Im Oktober ist der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier. In Stuttgart wurde bekannt, daß nach dem

Gewerkschaftstag noch im Oktober die Verhandlungen um die Manteltarifanhänge beginnen sollen.

Schon vorletzte Woche schickten 114 Beschäftigte des Süddeutschen Verlages einen Brief an die Tarifkommission, in dem es heißt: „Uns kommt es darauf an, daß die Betriebe gezwungen werden, bei Einführung neuer Techniken alle Arbeiter und Angestellten zu übernehmen und ohne Lohnverlust weiterzubeschäftigen. Die Bezahlung der am Bildschirm Beschäftigten in der Höhe des Maschinensetzerlohns, Verbot von Leistungskontrollen und Leistungslohnsystemen! Eine allgemeine Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden an fünf Wochentagen."

Diese Forderungen wurden letzten Donnerstag von der Ortsvereinsversammlung Stuttgart ebenfalls bekräftigt und als Initiativantrag an den IG-Druck-Gewerkschaftstag verabschiedet. In Mannheim forderten 40 Teilnehmer der Ortsvereinsversammlung: Keine Entlassung durch Einführung neuer Techniken, kein Lohnabbau, 35-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohnausgleich! Die Delegierten für den Gewerkschaftstag, die diese Forderungen ebenfalls unterstützen, wurden beauftragt, auf einen entsprechenden Beschluß des Gewerkschaftstages hinzuarbeiten. – (Bezirk Mittlerer Neckar / Bezirk Unterer Neckar)

Techniken alle Arbeiter und Angestellten zu übernehmen und ohne Lohnverlust weiterzubeschäftigen. Die Bezahlung der am Bildschirm Beschäftigten in der Höhe des Maschinensetzerlohns, Verbot von Leistungskontrollen und Leistungslohnsystemen! Eine allgemeine Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden an fünf

neuer Techniken, kein Lohnabbau, 35-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohnausgleich! Die Delegierten für den Gewerkschaftstag, die diese Forderungen ebenfalls unterstützen, wurden beauftragt, auf einen entsprechenden Beschluß des Gewerkschaftstages hinzuarbeiten. – (Bezirk Mittlerer Neckar / Bezirk Unterer Neckar)

Die Kämpfe der westeuropäischen Drucker

In allen westeuropäischen imperialistischen Ländern stellen die Druckereibetriebe auf Lichtsatz um, wird rationalisiert, werden Verlage zusammengelegt. Entlassungen der Drucker und Facharbeiter, Einstellung billigerer Arbeitskräfte, Verschärfung der Arbeitshetze, Senkung des Lohns haben die Kapitalisten vorangetrieben. Die Druckarbeiter haben vielfache Kämpfe gegen die verschärften Ausbeutermethoden geführt. Die Arbeiter der französischen Zeitung «Parisien Libéré» haben bis jetzt seit 30 Monaten den Kampf gegen die Schließung des Verlages geführt. Auf die Entlassungen hin hatten sie den Verlag besetzt und die Zeitung selbständig herausgegeben. Ende letzten Jahres ließen die Kapitalisten von der Polizei das Verlagsgebäude stürmen, Bulldozer rammten die Türen ein, die Besetzung wurde so beendet. (Bild) Die Arbeiter der größten französischen Tageszeitungen traten daraufhin in den Streik, um diese Maßnahme der Regierung zurückzuschlagen.



Jetzt, nach 30 Monaten des Kampfes, haben die Revisionisten in der Gewerkschaftsführung mit den Kapitalisten des «Parisien Libéré» einen Vertrag ausgehandelt, nach dem die Arbeiter eine Entschädigung erhalten sollen, einige werden von einem anderen Betrieb übernommen, einige frühzeitig in Rente geschickt. Solch ein Ergebnis hatten die Revisionisten während des Kampfes ständig angestrebt.

Viereinhalb Monate, von März bis Juni, streikten die Arbeiter des Konzerns „Berlingske Tidende" in Dänemark. Ausgangspunkt des Kampfes war das Scheitern der Tarifverhandlungen, in denen die Kapitalisten ganze 2 Prozent Lohnerhöhungen angeboten hatten. Gleichzeitig wurde Lichtsatz eingeführt und rationalisiert. Die Arbeiter wehrten sich gegen die Hetze, indem sie in der Zeitung einfach die Stellen weiß ließen, die sie nicht mehr geschafft hatten. Auf das unverschämte Angebot der Kapitalisten hin sind sie in den Streik getreten. Die Kapitalisten reagierten darauf mit der Entlassung von über 1000 Arbeitern, womit sie aber den Kampf nicht unterdrücken konnten. Die Versuche der Kapitalisten, die Zeitung in anderen Ländern drucken zu lassen, scheiterten meist an der Solidarität der Arbeiter. So auch der Versuch, den Streik durch Druck der Zeitung in Darmstadt zu unterlaufen. Die Darmstädter Arbeiter von Habra weigerten sich, die Zeitung zu drucken.

Im Juni streikten die Bremer Arbeiter vom „Weser Kurier" drei Wochen lang gegen geplante Kürzungen von Zulagen und forderten eine Anhebung der übertariflichen Zulagen.

In England streikten vor einigen Wochen die Arbeiter der "Financial Times", so daß die Kapitalisten einige Tage ohne ihr Börsen- und Spekulationsblatt dastanden. Vor zwei Wochen wurden die Zeitungen „Daily Express" und „Evening Standard" des Beaverbrook-Verlages bestreikt. – (Z-Red.)

Lohnsenkung und verschärfte Auspressung von Mehrarbeit

Das Beispiel Gesamtschule

Hamburg. Die Gesamtschulen sind ein Herzstück der imperialistischen Bildungsreform. Hier wird die Vorsortierung der Jugendlichen für den Arbeitsmarkt und die Produktion in großem Maßstab unter der Parole „mehr Chancengleichheit für alle" organisiert.

Die Lehrer sollen das durchsetzen. Für sie selbst bedeuten aber diese verschärfte Auslese und Unterdrückung der Schüler Mehrarbeit und mehr Druck von der Schulaufsicht.

Konferenzen, „Didaktische Leiter" und „Kurshefte"

Die Flut von Lehrerkonferenzen an den Gesamtschulen ist schon sprichwörtlich. Weil auf bestimmten Jahrgangsstufen oder in bestimmten Parallel-Kursen wegen der „Chancengleichheit" überall die gleichen Unterrichtsthemen behandelt und entsprechend die gleichen Tests und Klassenarbeiten geschrieben werden sollen, muß das zwischen den Lehrern abgestimmt werden. Stundenlang wird dann um den „Notenschlüssel" gerungen, wird also festgelegt, wieviele gute und schlechte Schüler es in einem Kurs zu geben hat. Der von der Behörde eingesetzte „Didaktische Leiter" (Bruttogehalt 3700 DM, 34 Jahre) paßt darauf auf, daß die Lehrer auf diesen Konferenzen nicht von den staatlichen Richtlinien und Verordnungen abweichen.

Lange dauern diese Konferenzen. Manchmal bis abends, wenn Lehrer aus anderen Schulen schon mehrere Stunden zu Hause sind.

Der Lehrer D. von der Gesamtschule Mümmelmannsberg unterrichtet Chemie und Sport und ist in zehn verschiedenen Lerngruppen eingesetzt, d.h. zehn mal verschiedene Unterrichtsvorbereitung. Wöchentlich hat er 28 Pflichtstunden zu unterrichten, wovon ihm zwei zur Koordination mit anderen Lehrern zur Verfügung stehen. Tatsächlich sind aber vier Stunden für Koordination festgelegt. Außerdem findet jeden Mittwoch eine zweistündige Lehrerkonferenz statt. Dadurch kommt er auf 32 Pflichtstunden, also vier Stunden Mehrarbeit pro Woche.

Hinzu kommt, daß der Lehrer D. an vier Tagen in der Woche von 8 Uhr bis 16.30 Uhr in der Schule bleiben muß, weil es sich für ihn nicht lohnt, in „Freistunden" nach Hause zu fahren. Also ist er insgesamt 34 Stunden in der Schule.

In den letzten Wochen vor den Zeugnissen müssen die Lehrer von einer Konferenz zur anderen hetzen, weil sie an jeder Konferenz teilnehmen müssen, wo auch nur einer von „ihren" Schülern verhackstückt wird. Der Nervenverschleiß ist enorm: Nach jedem Zeugnistermin steigt sprunghaft die Zahl der krankgemeldeten Gesamtschullehrer.

Seit August 1976 müssen in Hamburg Klassenbücher und Kurshefte geführt werden. Das Thema jeder Stunde, Hausaufgaben, besonders Versäumnisse und „Arbeits- und Sozialverhalten" der Schüler müssen die Lehrer regelmäßig eintragen. Das bedeutet: Unterdrückung der Schüler, Mehrarbeit für die Lehrer und ihre Kontrolle durch die Schulleiter.

Um den riesigen Sortier- und Unterdrückungsapparat Gesamtschule funktionsfähig zu halten, braucht der Staat eine stattliche Truppe von Antreibern für Lehrer und Schüler. Nicht nur Schulleiter und Stellvertreter, wie an „normalen" Schulen, sondern mehrere Abteilungsleiter und zusätzlich noch einen „Didaktischen Leiter". Ihre Aufgabe z.B. während des Schulstreiks im letzten Frühjahr: Bespitzelung der Lehrer, damit diese wiederum bei ihnen streikende Schüler anschwärzen. Nachdem durch das Haushaltsstrukturgesetz die Regelbeförderung für Lehrer gestrichen wurde, haben es die Herren der Dienstaufsicht in der Hand, z.B. mit einem schlechten Bericht über einen „Kollegen" sein Aufrücken in höhere Besoldungsstufen zu verhindern.

Die Dienstaufsicht wird für dieses Geschäft vom Dienstherren gehörig geschmiert: Ein Schulleiter (45 Jahre alt, verheiratet, ein Kind) geht mit 5000 DM brutto nach Hause. Im letzten Tarifabschluß hat er rund 260 DM brutto eingesteckt, gegenüber der Masse der Lehrer, die mit rund 150 DM brutto abgespeist wurden. Durch diesen Lohnraubabschluß, von dem real nichts mehr übriggeblieben ist, beginnen die Lehrer die Lohnsenkung zu spüren.

Der Kampf gegen die Besoldungsrückstufungen wird fortgesetzt

Der Staat will die Gehälter der Lehrer durch Besoldungsrückstufungen noch stärker senken. Durch das 6. Besoldungserhöhungsgesetz wird den Referendaren ihr Lohn von rund 1200 auf 1000 DM gekürzt. Stufenlehrer in Hamburg und Bremen sollen brutto 300 DM weniger verdienen. Gegen diese Lohnraubpläne wollten die Lehrer in Hamburg einen Warnstreik organisieren: In einer Urabstimmung sprachen sich 80% der in der GEW organisierten Lehrer dafür aus. Den Sozialdemokraten in der GEW-Führung und im Hamburger Senat gelang es, den Streik vor den Sommerferien zu verhindern, obwohl das Streikziel „Keine Besoldungsrückstufungen" noch nicht erreicht war. Sie hofften so, die starke spontane Bewegung der Lehrer in Hamburg zu zersetzen. Nach den Ferien wurde von ihnen nur noch am Rande von den drohenden Besoldungsrückstufungen gesprochen. Sie setzten einen „neuen Schwerpunkt": Kampf für die Arbeitszeitverkürzung und für den Ausbau der Gesamtschulen. Dagegen wurde auf der GEW-Schulkreiskonferenz Innenstadt letzte Woche die Einberufung einer neuen Vertrauensleutekonferenz gefordert, um die Lage im Kampf gegen die Besoldungsrückstufungen erneut zu beraten. Scharf angegriffen wurde der sozialdemokratische Vorstand auf der Schulkreiskonferenz 52 mit einem von 17 Vertrauensleuten einstimmig gefaßten Beschluß, in dem es u.a. heißt:

„Wir sind der Meinung, daß die isolierte Mobilisierung für die Verbesserung der Arbeitszeit der Lehrer nicht zum Alibi dafür werden darf, die Kürzung der Referendarsgehälter und die nach wie vor drohende Besoldungsverschlechterung unter den Tisch fallen zu lassen. Diese Politik würde die nächste Niederlage bereits programmieren. Nötig ist unseres Erachtens, die Forderung nach mehr Planstellen gegen die Lehrerarbeitslosigkeit zusammen mit unseren Arbeitszeitforderungen und Besoldungsforderungen zu erheben. Gleichzeitig sollte die GEW für eine Festgeldforderung für den gesamten öffentlichen Dienst eintreten, damit eine breite Kampffront aufgebaut werden kann. Das wird auch die Kämpfe an allen anderen Fronten nur stärken, während eine Prozentforderung jetzt die Beschäftigten weiter aufsplittern würde." – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

unseren Arbeitszeitforderungen und Besoldungsforderungen zu erheben. Gleichzeitig sollte die GEW für eine Festgeldforderung für den gesamten öffentlichen Dienst eintreten, damit eine breite Kampffront aufgebaut werden kann. Das wird auch die Kämpfe an allen anderen Fronten nur stärken, während eine Prozentforderung jetzt die Beschäftigten weiter aufsplittern würde." – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Sozialdemokratische Chefrationalisierer

Anträge zum GEW-Gewerkschaftstag

A4 Teilzeitarbeit/Antragsteller Landesverband Bremen: „Der Hauptvorstand wird aufgefordert, in Verhandlungen mit den zuständigen Bundesbehörden darauf hinzuwirken, daß Lehrerinnen und Lehrern auch über § 78a hinaus die Möglichkeit gegeben wird, auf Antrag Stundenermäßigung zu erhalten." Die Antragskommission empfiehlt Annahme in folgender Neufassung: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem DGB weiterhin auf eine Änderung des § 45a des Beamtenrechtsrahmengesetzes hinzuwirken, um durch die Erweiterung der Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst die Einstellung zusätzlicher Bewerber zu erreichen."

Der Dienstherr unternimmt alle Anstrengungen, den Lohn der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu drücken und die kapitalistische Rationalisierung voranzutreiben. Erich Frister und die Schulratsriege in der GEW wollen das oberste Gremium dieser Gewerkschaft zwingen, dabei selbst Hand anzulegen.

Das Ganze unter dem Motto: Die „Last" auf alle Schultern verteilen. Die Sozialdemokraten glauben, unter dem Druck der Arbeitslosigkeit, nach den schweren Kämpfen gegen die reaktionäre Bundessatzung, welche die Lehrermassen verloren haben und wo der Ausschluß der GEW Westberlin nicht zurückgeschlagen werden konnte, die Lehrer fesseln zu können. Dreist stoßen sie nach: „Die enormen, im doppelten Sinne des Wortes nicht vertretbaren Unterrichtsausfälle durch Krankheiten, Schwangerschaften und Lehrgänge verlangen gebieterisch die Einrichtung von Planstellen für eine Lehrerreserve bei den Schulen und bei den Schulämtern ... darüberhinaus müssen genügend Haushaltsmittel bereitgestellt werden, um kurzfristige Vertretungen durch stundenweise beschäftigte Lehrkräfte durchführen zu lassen." (Schleswig-Holstein F4/Antragskommission befürwortet Annahme)

Nicht der bürgerliche Staat trägt die Verantwortung für das Chaos, die Unterdrückung an den Schulen, nein, die Lehrer selbst haben das zu verantworten. Erfrechen sie sich doch, krank oder schwanger zu werden. Westberlins Schulsenator Rasch wird jubeln. Sieht er doch sein Vorhaben „Lehrerfeuerwehr" vor der Verwirklichung. Glänzende Möglichkeiten der weiteren Spaltung bieten sich da.

Zum Punkt Tarifpolitik wird folgendes zur Annahme empfohlen: „Der Hauptvorstand der GEW soll bei künftigen Tarifgesprächen mit der ÖTV die Forderung nach Tariferhöhung auf Grundlage eines gleichen Festbetrages für alle unter den jeweiligen Tarifvertrag fallenden Arbeitnehmer stellen." (Niedersachsen A32) „Auf Grundlage eines Festbetrages", das stinkt. Nach dem Spaltereinstieg Fristers im letzten Tarifkampf, dem Kampf gegen seine Spalterei und verschiedene Forderungen nach Festgeld für 1978 jetzt ein Manöver. Sockel und Prozente, möglichst niedrig, dahin soll's laufen.

Dem Gewerkschaftstag liegen Anträge gegen die Kürzung der Praktikantenbezüge, für Verweigerung der Überstunden, gegen Zeitverträge und für Arbeitszeitsenkung bei vollem Lohnausgleich vor. Die gemeinsame Tarifkommission mit der ÖTV wird gefordert. Auf diesen Forderungen können sich die Lehrer zusammenschließen mit allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die IG Metall fordert den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, die Lehrer können die Verbindung mit der Arbeiterklasse festigen. – (N-Red.)

erreichen."

Der Dienstherr unternimmt alle Anstrengungen, den Lohn der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu drücken und die kapitalistische Rationalisierung voranzutreiben. Erich Frister und die Schulratsriege in der GEW wollen das oberste Gremium dieser Gewerkschaft zwingen, dabei selbst Hand anzulegen.

Das Ganze unter dem Motto: Die „Last" auf alle Schultern verteilen. Die Sozialdemokraten glauben, unter dem

kräfte durchführen zu lassen." (Schleswig-Holstein F4/Antragskommission befürwortet Annahme)

Nicht der bürgerliche Staat trägt die Verantwortung für das Chaos, die Unterdrückung an den Schulen, nein, die Lehrer selbst haben das zu verantworten. Erfrechen sie sich doch, krank oder schwanger zu werden. Westberlins Schulsenator Rasch wird jubeln. Sieht er doch sein Vorhaben „Lehrerfeuerwehr" vor der Verwirklichung. Glänzende Möglichkeiten der weiteren Spaltung bieten sich da.

gegen die Kürzung der Praktikantenbezüge, für Verweigerung der Überstunden, gegen Zeitverträge und für Arbeitszeitsenkung bei vollem Lohnausgleich vor. Die gemeinsame Tarifkommission mit der ÖTV wird gefordert. Auf diesen Forderungen können sich die Lehrer zusammenschließen mit allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die IG Metall fordert den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, die Lehrer können die Verbindung mit der Arbeiterklasse festigen. – (N-Red.)

„Vorfeldarbeit" mit Schutz- und Jugendpolizei

Die Propaganda der Bourgeoisie gegen den Jugendalkoholismus

Hannover. „Hauptkommissar Westphal und seine Kollegen vom Dezernat für vorbeugende Verbrechensbekämpfung haben die Akten sehr genau studiert ...: Hauptschuldiger bei nahezu allen gefährlichen Körperverletzungen ist der Alkohol." (HAZ, 1.9.77) Die „genauere Analyse" ergab weiter, daß die Hälfte der so ermittelten „12 004 Tatverdächtigen" unter 25 Jahre alt war, empört sich die bürgerliche Lumpenjournaille in der „HAZ" über die der „Trunksucht" verfallene, verrottete und verrohte Arbeiterjugend.

„Jeder sieht es und keiner tut was ... 20% aller Jugendlichen zwischen 14 und 19 trinken täglich oder mehrmals die Woche, 20% greifen häufig zu härteren Getränken ..." (NHP, 30.8.) Des „Schutzes" durch den bürgerlichen Staat bedürfen diese Jugendlichen. Die Eltern saufen ja selber. „Wie notwendig das ist, zeigt die hohe Zahl von Kindesmißhandlungen." (HAZ)

Der „Schutz" besteht in der zuchthausmäßigen Unterdrückung der Jugend in Kinderheimen, Entziehungsanstalten, in planmäßigen Polizeiüberfällen auf die arbeitslosen Jugendlichen in den Straßen der Arbeiterviertel, in der Bespitzelung der Arbeiterfamilien durch das Jugendamt.

1971 hat die Bundesregierung zu diesem Zweck ein „Großmodell" zur Errichtung eines Netzes von Erziehungs- und Drogenberatungsstellen geschaffen. „Hast du Schwierigkeiten mit der Schule, den Eltern oder der Freundin, komm zu uns, wir helfen dir." Mit solchen Sprüchen sollte der Jugend Vertrauen in diese Spitzelstellen eingebleut werden.

Den selbständigen Kampf der Arbeiterjugend hat die Bourgeoisie damit nicht unterdrücken können. Zwei unabhängige Jugendzentren hat sie sich in Hannover erkämpft. In Hildesheim und Alfeld führen die Jugendlichen den Kampf unter der Forderung nach Selbstverwaltung.

Die unabhängigen Jugendzentren werden zum Zusammenschluß für die Interessen der Arbeiterjugend genutzt. Nur mit der Drohung, die Gelder zu streichen, konnte der Stadtrat in Hannover die Einladung des Soldaten- und Reservistenkomitees unterdrükken. Im UJZ Kornstraße organisieren die Jugendlichen den Kampf gegen das Kernkraftwerk Grohnde.

Die Arbeiterjugend und die Jugend des Volkes wollen sich von der Ausbeutung und Unterdrückung für den Profit der Finanzbourgeoisie befreien. Die Kraft, die sie dabei entwickeln, läßt den Bourgeois die nackte Angst hochkommen. Sie werden hektisch. Immer häufiger überfallen Polizeitrupps „in Dutzendstärke"(HAZ) die Jugendzentren. Begründung: „Alkohol".

Im Auftrag der Bundesregierung haben die „Drogenbeauftragten des Bundes und der Länder" einen „Vorgabekatalog" für ein „anders gelagertes Anschlußprogramm" an das bisherige Modellberatungsstellenprogramm vorgelegt. „Abweichend vom bisherigen Programm steht nunmehr die Vorfeldarbeit zur ‚frühestmöglichen Früherkennung' im Vordergrund." (Staatssekretär Zander auf Anfrage der SPD im Bundestag, 15.9.)

Die „frühestmögliche Früherkennung" besteht in einer Horde von Spitzeln und Polizeihunden, die gegen die Jugend von der Kette gelassen werden sollen: „Diese Form der Früherkennung erfordert Einrichtungen neuer Art, bei denen die Außenarbeit, die ‚Fährtensuche' den Schwerpunkt bilden muß. Voraussetzung dafür wiederum ist eine gute Zusammenarbeit mit Erziehungsberatungsstellen, Gesundheits- und Sozialämtern, Rechtsberatungsstellen, der Telefonseelsorge, den niedergelassenen Ärzten und Psychologen in freier Praxis, den Krankenhäusern und Strafvollzugsanstalten, der Bewährungshilfe, aber auch mit den Jugendorganisationen, mit Jugendhäusern und Freizeitstätten, nicht zuletzt mit Schulen und Werkstätten für Auszubildende." (auf eine Anfrage der CDU/CSU im Bundestag, 21.9.)

Sieht der Meister dich morgens Bier trinken, steht am Abend das Jugendamt zu Hause in der Tür. „180 Mitarbeiter sollen zusätzlich eingestellt werden (Stadtverwaltung Hannover), fast ausschließlich in der Sozial- und Gesundheitsfürsorge ..." (HAZ, 8.9.) Allein 35 davon unmittelbar in der Jugendpflege und Freizeitheimen. Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sollen jetzt zusätzlich zu den Schulen auch in den Berufsschulen eingesetzt werden, auf Grund „guter Erfahrungen" im raschen Aufspüren von „Problemfällen". Zielstrebig wird der Unterdrückungsapparat ausgebaut in dieser Richtung, während im Tiefbau- und Gartenamt durch Zwangsarbeit für arbeitslose Arbeiter und in der allgemeinen Verwaltungsarbeit rationalisiert wird.

„Im Bereich der Polizei" erledigt die „Vorfeldarbeit" der „Jugendbeamte", „da auf diesem Wege gefährliche Situationen und Entwicklungen frühzeitig erkannt und Bedingungen für ein rechtzeitiges Eingreifen geschaffen werden können." (Anfrage, s.o.)

Im Landkreis Oldenburg ist jetzt zu diesem Zweck ein „Verwahrraum" für „aufgegriffene Jugendliche" eingerichtet worden, der „in seiner Beschaffenheit mehr einer Zelle gleicht" (Anfrage der SPD im Niedersächsischen Landtag, 14.9.). Der angemessene Schutz der Jugend der unterdrückten Klassen ist für die Bourgeoisie schon immer die „Schutzhaft" gewesen. Vor der Jugend und der ganzen Arbeiterklasse wird da geschützt. Geschützt wird das Privateigentum und die Ausbeutung.

Für die Arbeiterklasse ist übermäßiges Alkoholtrinken kein Problem. Mit dem Sturz der Ausbeuterordnung wird das Elend beseitigt, in das die Kapitalisten Teile der Arbeiterklasse gedrückt haben. „Entzogen" werden wird der Bourgeoisie das Privateigentum. Der Zusammenschluß dafür entwickelt sich rasch. – (KHG Hannover)

Festgeldbeschlüsse zum Lohnkampf im öffentlichen Dienst

Braunschweig. Die **Mehrheit einer Dienststelle an der PH Braunschweig** fordert mindestens 200 DM Festgeld. Die Beschäftigten haben einen Brief an das ÖTV-Magazin geschrieben und ausgehängt, in dem es heißt: „Die Prozentforderung hat nicht uns, sondern der Dienstaufsicht etwas gebracht: Der Stadtbaurat bekommt zum Beispiel 7000 DM im Monat und mit 51 Jahren eine Rente von jährlich 65000 DM (Braunschweiger Zeitung, 3.8.77) als Belohnung für erfolgreich durchgeführte Rationalisierungen. 5,3% von 7000 DM sind 371 DM, so wollen wir diese Leute nicht belohnen. (...) Die weitere Wirtschaftsentwicklung abzuwarten, wird uns nichts nützen. (...) Zögern wir jetzt bei der Beratung und der Aufstellung der Forderung, können sich die Bedingungen für uns nur noch verschlechtern."

Die **Auszubildenden der Stadtverwaltung** haben auf einer Versammlung Festgeld von 100 bis 120 DM beschlossen und Anhebung aller Auszubildendenvergütungen auf das dritte Lehrjahr vor der Kürzung. Einstimmig verabschiedet wurde ein Beschluß gegen den Einsatz als billige Arbeitskräfte auf Arbeitsplätzen, die nach Rationalisierungen nicht mehr besetzt wurden. Zwei Tage nach dem Beschluß hat die Stadtverwaltung den Sondereinsatz im Einwohnermeldeamt abgesetzt, bei dem ein Auszubildender einen vollen Arbeitsplatz besetzt hatte. Gleichzeitig wurde für die Vorbereitung der Abschlußprüfung ein zusätzlicher Prüfungsurlaub von vier Tagen durchgesetzt.

Podiumsdiskussion mit Beratungsoffizier und SRK an der Berufsschule

Braunschweig. In der Woche vom 26.9.- 30.9.77 war ein Beratungsoffizier der Bundeswehr, Steinbacher, gleichzeitig Ratsherr der Stadt Braunschweig, in der Berufsschule Inselwall, um für die imperialistische Armee der westdeutschen Monopolbourgeoisie die Werbetrommel zu rühren. Die elende Lage der Arbeiterjugend nutzend, erhoffen sich die Imperialisten Möglichkeiten, diese Arbeiterjugend in die Armee zu locken. Mit großartigen Versprechungen, was man alles in der Armee werden könne, und über Begeisterung für die Technik soll der Charakter dieser Armee verwischt werden und so die Jugend für die imperialistischen Ziele der Kapitalistenklasse gewonnen werden. Die Schülervertretung der Berufsschule Inselwall hat dazu beschlossen, in der Woche nach den Herbstferien jeden Tag in der 5. und 6. Stunde Schülervollversammlungen zu machen, auf die der Beratungsoffizier, Vertreter des Soldaten- und Reservistenkomitees Braunschweig und Vertreter des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer eingeladen werden sollen, um eine Podiumsdiskussion zu veranstalten.

Die Reeder fürchten den Streik der Seeleute

Hamburg. Auch die vierte Verhandlung über den Manteltarif für die rund 33000 Beschäftigten der deutschen Seeschiffahrt ist wiederum gescheitert. Die Reeder lehnen die berechtigten Forderungen der ÖTV ab. Sie wollen im Konkurrenzkampf mit den ausländischen Reedern einen Schritt voran in der Auspressung der Seeleute machen. Die Bezahlung der Sicherheitswachen wollen sie

Die Reeder fürchten den Streik der Seeleute

Hamburg. Auch die vierte Verhandlung über den Manteltarif für die rund 33000 Beschäftigten der deutschen Seeschiffahrt ist wiederum gescheitert. Die Reeder lehnen die berechtigten Forderungen der ÖTV ab. Sie wollen im Konkurrenzkampf mit den ausländischen Reedern einen Schritt voran in der Auspressung der Seeleute machen. Die Bezahlung der Sicherheitswachen wollen sie
streichen, die Abschaffung der Auslands- und weiterer Zulagen, die Kapitäne sollen auf Schiffen bis zu 1600 Bruttoregistertonnen Wache gehen (bisher 500 BRT).

Die Seeleute schließen sich dagegen zusammen. Die bürgerliche Presse mußte von Streikvorbereitungen berichten „Die Zeichen stehen auf Sturm". (Bild, 29.9.). „Die ÖTV hat bereits mit einer Streikdrohung reagiert: Wir sind bereit für unsere Rechte zu kämpfen" (Bild, 29.9.).

„Bild" mußte Enthüllungen der Seeleute über die Ausbeutung in der Seeschiffahrt abdrucken und über die Streikbereitschaft der Seeleute. So berichtete ein 34jähriger Matrose: „Ich fahre seit 18 Jahren zur See und verdiene 1300 DM brutto. Wenn ich viel arbeite, bekomme ich mit Überstunden 2000 DM – da kann man nur noch streiken."

Ein Lagerleiter: „Für 40 Stunden streike ich auch. Seit fünf Jahren fahre ich zur See, und ich weiß, die Grundheuer ist viel zu niedrig ..."

Hanomag-Arbeiter fordern: Lohnfortzahlung für Soldaten und Kündigungsrecht

Bremen. Sieben Arbeiter der Frühschicht aus der Endmontage bei Hanomag haben die folgende Resolution unterschrieben:

„Die bürgerliche Klasse in der BRD bereitet den Krieg vor. Erst in den Fabriken für die Profite der Kapitalisten schuften und dann auf dem Schlachtfeld für ihre Profitinteressen sterben, das ist nicht unser Interesse. Wir wollen frei von Unterdrückung und Ausbeutung in Freundschaft mit den anderen Völkern leben. Um den Krieg zu verhindern, muß die bürgerliche Klasse gestürzt werden. Wichtige Voraussetzung dazu ist, daß die Arbeiter, Bauern und Soldaten sich zusammenschließen, gemeinsame Rechte fordern, die Raum schaffen für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes.

Lohnfortzahlung für die Soldaten! Kündigungsrecht! Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Armee und Polizei!"

Programmvorschau Freitag, 7. Oktober, 20.15 Uhr ARD:

„Ich kämpfe niemals wieder“ – Die Kapitulation der Indianer

Schon der Titel des Films ist eine Lüge. Es soll sich dabei um ein Zitat von Heimot Tooyalaket, bekannt als Chief Joseph vom Stamm der Nez Percés handeln, als er 1877 vor US-General Howard kapituliert. Allein die Jahreszahl ist richtig. Die Nez Percés – sie lebten im Nordwesten der USA, dem heutigen Idaho – haben aber nie vor General Howard kapituliert. Dieser war zwar beauftragt, die Nez Percés aus ihrem Land zu vertreiben und in die Reservation zu bringen, mußte aber bei diesem Versuch trotz der großen Überzahl seiner Truppen immer wieder Niederlagen durch die Indianer einstecken. Erst als die ganze US-Armee des Nordwestens auf die Nez Percés angesetzt wurde und einer zigfachen Übermacht es nun gelang, die 250 Krieger und 450 Frauen und Kinder der Nez Percés zu umzingeln, ergaben sich die Indianer. Chief Joseph übergab nach monatelangem, heldenhaftem Kampf sein Gewehr an General Miles und sagte: „Von dortan, wo die Sonne jetzt steht, höre ich auf zu kämpfen.“ Chief Joseph kapitulierte nach einer verlorengegangenen Schlacht; daß er „niemals mehr kämpfen wollte“, ist eine Erfindung der Fernsehautoren bzw. der nordamerikanischen Geschichtsschreiber. Die Niederlage dieses Indianerstamms war wie viele zuvor erkauft durch Verrat und falsche Hoffnungen, die bei einer Waffenniederlegung versprochen wurden – so stellte später Chief Joseph fest: „General Miles hat uns versprochen, daß wir in unser eigenes Land zurückkehren können. Ich habe General Miles geglaubt – sonst hätte ich mich nie ergeben.“

Die Niederlage und die Kapitulation der Indianer will dieser Fernsehfilm zeigen, wie es auch im Untertitel heißt. Dafür dreht man auch die Wahrheit herum. Dies ist notwendig für die herrschende Klasse in den USA, denn dieser „längste Krieg der amerikanischen Geschichte“ nimmt seit etwa 10 Jahren wieder einen verstärkten Aufschwung. Die verschiedenen indianischen Stämme und Völker schließen sich im gemeinsamen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus immer enger zusammen. Begonnen mit der Besetzung der ehemaligen Gefängnisinsel Alcatraz durch eine gemeinschaftliche Aktion verschiedener Stämme 1969, reißen die Widerstandsaktionen der Indianer nicht mehr ab. Nicht mehr benutzte Gebiete des Staates werden auf der Grundlage des Laramie-Vertrages von 1868 von den Indianern besetzt und für ihr Eigentum erklärt, mit militanten Aktionen werden Fischereirechte verteidigt und die Ausplünderung der Bodenschätze auf Indianergebiet verhindert. Einen Höhepunkt fanden diese Kämpfe mit der Besetzung der historischen Indianerstätte Wounded Knee im Jahre 1973, wo 1890 das letzte große Indianermassaker stattfand, als 280 von 350 Hunkpapa Sioux niedergemetzelt wurden.

Das Ziel der Kämpfe der Indianer ist die Selbstverwaltung und Unabhängigkeit ihrer eigenen Territorien, die Einhaltung der geschlossenen Verträge. Sie kämpfen gegen den weiteren Landraub durch die großen Konzerne, die riesige Bodenschätze auf Indianergebiet entdeckt haben, und gegen die staatliche Willkür und Unterdrückung gegenüber den Indianern. Dabei wird heute oft noch nach dem Leitsatz des Bürgerkriegsgenerals Sheridan gehandelt, daß „nur ein toter Indianer ein guter Indianer“ ist. So wurden allein in den drei Jahren nach der Besetzung von Wonded Knee über 50 Indianer ermordet oder Indianerfrauen wurden zwangsweise und ohne ihr Wissen sterilisiert. Seit die Indianer dieser Ausrottungspolitik Widerstand entgegensetzten, ist wieder verstärkt „Jagdzeit für Waschbären, Füchse und Indianer“, wie ein altes Kolonialistensprichwort lautet. Weder mit der brutalen Unterdrückung noch durch ideologischen Schmus von der „Kapitulation der Indianer“, wie er in dem Fernsehfilm und Western durch Lügen und Verdrehungen den Volksmassen beigebracht werden soll, läßt sich der gemeinsame Kampf der Indianer unterdrücken. Dies zeigen die vielfältigen Aktionen, die ständig zunehmen, und drückt Vernon Bellecourt, einer der Führer des American Indian Movement, in einer Rede zum 200. Jahrestag der USA aus: „Die verschiedenen Präsidentenanwärter hatten in diesem Jahr ihre Präsidentschaftskandidatur in dem Geist angekündigt, mit dem der Westen gewonnen worden sei. Wir Indianer finden, daß dieser Geist ein Geist des Diebstahls, des Verrates, der gebrochenen Verträge und Lügen, des Mordens, ja des Völkermords war. Die Geschichte dieses Geistes umfaßt ganz Amerika, vom Yukon bis zur Südspitze Südamerikas ... Heute sagen wir, daß die Zustände geändert werden müssen, damit wir als Indianer überleben können. Die Verträge mit unserem Volk müssen eingehalten werden. In der ganzen Welt geht der Kolonialismus seinem Ende entgegen ... Der schwarze Mann steht auf und sagt, daß er seine eigenen Angelegenheiten selbst regeln kann. Der rote Mann ist dabei, sich zu erheben ... Man kann die Wahrheit nicht in eine Gefängniszelle einsperren. Niemand kann die Wahrheit aufhalten. Man kann Führer ausschalten, wie es heute mit uns getan wird, doch die Jugend wird den Kampf fortführen.“ – (B., Bezirk Frankfurt/Main)

„Entschädigungen“ für Manöverschäden treiben die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern voran

50 Pfennig pro Quadratmeter zerstörtem Rübenacker/Wartezeit auf's Geld von einem Vierteljahr/„Mit Treckern haben wir den Weg versperrt“

Hannover. Vor kurzem fanden in Niedersachsen die NATO-Herbstmanöver „Red Fox“ und „Blue Fox“ statt. Allein bei „Red Fox“ waren 25 000 Soldaten mit 9 000 Fahrzeugen, darunter 1 600 Kettenfahrzeugen eingesetzt. Geübt wurde der imperialistische Eroberungskrieg um Europa. Dementsprechend sieht es jetzt auf den Feldern der Bauern im „Manövergebiet“ aus. Das Offizierspack hat die Einheiten ohne Rücksicht auf Verluste über die Felder gejagt.



In der Nähe von Rheden bei Alfeld wurde mit Panzern ein ganzes Weizenfeld niedergewalzt. Auf die Brücke in Copengrave sind sie so gedonnert, daß sie einbrach und jetzt neu gebaut werden muß. Den Bauern, die gerade Tag und Nacht mit der Zuckerrübenernte beschäftigt sind, haben sie in der Umgebung von Duingen über ein Meter tiefe Furchen in die Zuckerrübenfelder gewalzt. Überall in den Dörfern haben sie die Bordsteine zerstört und den Arbeitern und Bauern nachts den Schlaf geraubt. Allein drei Unfälle sind uns bekannt, bei denen Tankzüge bzw. mit Diesel beladene LKWs umstürzten. Bei Ihlde liefen 5 000 Liter Diesel aus und verseuchten mindestens 700 Quadratmeter Ackerland. In Lampspringe mußten vor der Kläranlage Ölsperren errichtet werden, weil das Öl in die Kanalisation gelaufen war. Einem Bauern in Cellersen sind gleich mehrere Felder zerstört worden.

Die angerichteten Schäden überstiegen weit den Verlust der Ernte, denn der Boden wird bis zu 1,80 m tief von den Panzern aufgewühlt. So kann einerseits die anstehende Ernte nicht eingebracht werden und andererseits wird weitgehend die Herbst- und Wintereinsaat für die Bauern unmöglich.

Um die einfachen Soldaten, die junge Arbeiter und Bauern sind, von den Bauern zu spalten, läßt das Offizierspack in den Kasernen verbreiten, daß sich die Bauern die Hände reiben, wenn ein Panzer übers Feld donnert, weil es dann eine fette Entschädigung gibt. „Die stehen schon neben den Feldern und warten nur darauf, daß wir kommen“, wird den Soldaten erzählt. In Wirklichkeit ist das Entschädigungsverfahren ein niederträchtiger Schwindel und Betrug, bei dem die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern ungeheuer beschleunigt wird. Obendrein ist es mit Schikanen gespickt. Daß die Bauern neben ihren Feldern stehen müssen, und das möglichst Tag und Nacht, kommt von den Anweisungen der Gerichte: „ ... sollen nach Möglichkeit die Schäden verursachende Einheit, die Fahrzeuge oder sonstige Anhaltspunkte ermittelt werden. In die Listen sind ferner einzutragen: Tag und Stunde des Schadenseintritts, Ort und Umfang des entstandenen Schadens ...“ „Ansprüche sind möglichst innerhalb einer Woche nach Beendigung des Manövers geltend zu machen.“ Schäden bis zu 1 000 DM werden als Bagatellschäden eingeordnet.

Diese „Bagatellfälle“ werden vom Gemeindedirektor gesammelt, dem Ordnungsamt gemeldet und an das Amt für Verteidigungslasten weitergegeben. Daß möglichst viele Schäden als „Bagatelle“ festgesetzt werden, dafür sorgen eigens Gutachter vom Verteidigungslastenamt, die auf den Feldern rumschnüffeln und die Schadensmeldungen der Bauern kontrollieren und runterstufen. Sie verfahren dabei folgendermaßen: Bei einem Kettenfahrzeug wird eine durchschnittliche Breite von 1,50 m angenommen, multipliziert mit der Strecke, die das Fahrzeug verwüstet hat, ergibt die Quadratmeterzahl der verwüsteten Äcker und Felder. Für einen Quadratmeter zerstörtes Zuckerrübenfeld ist ein Entschädigungspreis von 50 Pf. festgesetzt. Die Bourgeoisie hat dieses Jahr dafür gesorgt, daß in Niedersachsen 90% der Schäden als „Bagatellschäden“ eingestuft worden sind. Bei allen Schäden, die 1000 DM übersteigen, müssen vom Bauern komplizierte Einzelanträge gestellt werden. Die Schäden im vorigen Jahr in Salzhemmendorf machen insgesamt 100 000 DM aus. Die Verwüstungen sind Ausdruck der Tatsache, daß die Bundeswehr eine Armee gegen die Arbeiter und Bauern ist, daß sie eine Armee des westdeutschen Finanzkapitals ist.

Genauso steht die Sache mit den Organisationen, die die Bourgeoisie gern als „Hilfs- und Schutzverbände“ hinstellt wie Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, Samariterbund usw. So hat die Feuerwehr des Landkreises Hildesheim, die samt den anderen Organisationen im „Katastrophenfall“ unter Befehl des Oberkreisdirektors steht, eine Übung veranstaltet, bei der Kampfflugzeuge der Bundeswehr auf ein großes Gehöft Brandbomben warfen. In einer anderen Übung wurde die Lage so angegeben, daß „Terroristen Brände gelegt haben, um Polizeikräfte zu binden“. Übungen für den imperialistischen Krieg und zur Niederschlagung der Revolution sind das. Mit „Hilfe und Schutz“ ist da nichts. Bei den großen Heidebränden konnten nach Auskunft eines Feuerwehrmannes der Feuerwehr des Landkreises Hildesheim die Brände überhaupt nur dadurch letztenendes erfolgreich bekämpft werden, daß die Bauern den Feuerwehrmännern Hinweise gaben, z.B. wo der Brand fünf Meter unter der Erdoberfläche im Moor schwelt und dadurch, daß sich die Feuerwehrmänner „oft nicht an Befehle von oben gehalten“ haben.

Die Bauern setzen sich gegen die Unterdrückung und Ruinierung durch den bürgerlichen Staat zur Wehr. Eine Bäuerin aus Sack bei Alfeld berichtete uns folgendes: „Vor zwei Jahren waren die Manöverschäden hier bei uns besonders hoch. Richtig mutwillig sind sie über unsere Felder gefahren. Wir haben uns damals zusammengetan und die Trecker aufgefahren, so daß sie nicht mehr auf die Felder raufkamen. Dieses Jahr haben wir einen Schaden von mindestens 2000 DM. Wir müssen bürokratische Formulare ausfüllen und in Hildesheim einreichen. Ungefähr ein Vierteljahr müssen wir auf die Entschädigung warten. Wenn wir Glück haben, bekommen wir gerade 80% der Schadenssumme“. Ihr jüngerer Sohn wird bald zur Bundeswehr eingezogen. Sie ist empört darüber, weil sie aus der Erfahrung mit dem älteren Sohn weiß, daß die Soldaten mit dem Hungersold gedrückt werden und gezwungen werden, die Felder zu zerstören. „Wenn wir ihn bei der Ernte brauchten, hat es immer Schwierigkeiten gegeben.“ Die Forderung nach Lohnfortzahlung in der Armee findet sie richtig. – (Bezirk Hannover)

Niedersächsisches Katastrophenschutzgesetz – Vorbereitung auf den Krieg

§ 1. Katastrophe im Sinne dieses Gesetzes ist ein öffentlicher Notstand, bei dem Leben, Gesundheit, erhebliche Sachwerte oder die lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung in einem solchen Maße gefährdet oder beeinträchtigt sind, daß zur Bekämpfung die zuständigen Behörden mit den Katastrophenschutzorganisationen und den sonstigen zur Hilfeleistung Herangezogenen unter zentraler Leitung zusammenwirken müssen, heißt es in dem „Entwurf eines Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (NKatSG)“ vom 15.4.1977.

Die Bourgeoisie hat ihre „Erfahrungen“ mit den großen Waldbränden im Sommer 1976 verarbeitet, wo es ihr nicht gelungen war, die „zur Hilfeleistung Herangezogenen“ ihrem einheitlichen Kommando zu unterstellen. Die Volksmassen umfassend zu kontrollieren und zu unterdrücken, und das bei Strafandrohung, ist notwendig, denn bei der Katastrophenbekämpfung geht es um Schutz der Interessen der Ausbeuter.

Zentralisierung: *§ 3. Die Regierungspräsidenten/Präsidenten der Verwaltungsbezirke führen die Fachaufsicht über die Katastrophenschutzbehörden. Die oberste Fachaufsicht führt der Minister des Innern.*

Unterdrückung und Kontrolle: *§ 8. Die Katastrophenschutzbehörde erfaßt die in ihrem Bezirk für die Katastrophenbekämpfung vorhandenen Einsatzkräfte und -mittel. § 29. Jedermann ist verpflichtet, bei der Katastrophenbekämpfung Hilfe zu leisten ... § 35. Die Grundrechte der Freiheit der Person, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt. (...) Mit bis zu 10000 DM kann bestraft werden, wer nach § 30 eine angeforderte Sachleistung nicht, nicht vollständig, nicht ordnungsgemäß oder nicht rechtzeitig erbringt oder einer ihm auferlegten Duldungs- oder Unterlassungspflicht zuwiderhandelt.* Das gilt auch, wenn die Volksmassen die zum Sperrgebiet erklärten Gebiete nicht verlassen wollen.

Einsatz bewaffneter Formationen: *§ 25. Der Minister des Innern kann Einheiten der Bereitschaftspolizei, die nicht zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben benötigt werden, den Weisungen der Katastrophenschutzbehörde unterstellen. § 26. Hilfeleistung der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes.* – (N-Red)

EG-Ministerratskonferenz

Gezerre um imperialistische Marktordnungen / Milch-Erzeugerabgabe/ Obst- und Gemüsepreise / Internationale Zuckerverhandlungen

Am Montag und Dienstag sind in der vergangenen Woche die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel zusammengetroffen. Die Tagesordnung des Ministertreffens wurde als umfangreich und mit Sorge annonciert. Es ging um lauter Fragen, über die sich die Vertreter der europäischen imperialistischen Mächte seit Monaten nicht einigen können und die mit jeder Konferenz anwachsen:

– Der „Milchpfennig“ – als „Erzeugerabgabe“ von 1,5% des Milchpreises seit Mitte des Monats erhoben – soll den Imperialisten im laufenden Milchwirtschaftsjahr rund eine Drittelmilliarde DM in die Kasse bringen. Dies Geld soll verwendet werden für Milchverkäufe aus den von der EG zu garantierten Preisen angekauften „Marktüberschüssen“, für Export-Prämien und für „Strukturmaßnahmen“ wie die gleichzeitig eingeführte „Schlachtprämie“ für Rinder. Die deutschen Imperialisten, die nach Frankreich den höchsten Bestand an Kühen im Lande haben mit über 5 Millionen Tieren, gehören zu den Exportländern und wollen mit Hilfe der Erlöse aus der „Erzeugerabgabe“ ihre Profite noch über das durch die EG-Marktordnung geschützte hohe Preisniveau hinaus vermehren. Gleichzeitig rechnen sie auf die Beschleunigung des Ruins der kleinen Bauern durch die Abgabe in allen Ländern Europas, „EG-gefördert“ durch die „Schlachtprämie“.

Italien, dessen Landwirtschaft den eigenen Milchbedarf nicht decken kann, sondern mit rund 1 Million Tonnen Milch fast 5% der jährlichen Produktion der BRD-Imperialisten einführen muß, fing sich Mahnungen der BRD-Imperialisten ein, „weil ihm der nötige Verwaltungsunterbau noch fehle“, um die ausgemachte „Erzeugerabgabe“ von den kleinen Bauern einzutreiben.

– Die italienischen Imperialisten im Verein mit den Franzosen traten im Gegenzug mit der Forderung auf, auch für Obst und Gemüse Preisgarantien festzusetzen und damit einen Mindestpreis zu schaffen, unter den der Marktpreis nicht mehr fallen kann, weil die EG zu diesem Preis aufkaufen muß. Gleichzeitig versuchen sich die italienischen und französischen Imperialisten dadurch abzusichern gegenüber den auf das hochgehaltene EG-Preisniveau drückenden und in Beitrittsverhandlungen stehenden Mittelmeerländern Griechenland, Spanien und Portugal.

Die deutschen Imperialisten traten dagegen „grundsätzlich“ auf. Sie hißten flugs die Fahne „Gegen Staatsinterventionismus“. Das schaffe nur neue „Butterberge“, die sie nicht wollen, wo es auf Kosten ihrer Profite aus der landwirtschaftlichen Produktion geht. Stattdessen verlangten sie „Strukturmaßnahmen“ gegen die „Überproduktion“ von Obst und Gemüse in den betreffenden Ländern.

„Strukturmaßnahmen“ in der Landwirtschaft, das heißt für die Imperialisten Ruinierung der kleinen Bauern, Kapitalisierung, Konzentration des Besitzes und Monopolisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Da ist Italien mit 15,4%, Frankreich mit 11,3% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft rückständig gegenüber den BRD-Imperialisten, die es inzwischen auf etwa 6% Erwerbstätige in der Landwirtschaft gebracht haben. „Freie Bahn für deutschen Kapitalexport nach Italien und in den Mittelmeerraum“ steht hinter der Forderung der BRD-Imperialisten nach „Strukturmaßnahmen“.

– Untereinander in heftigem Streite über die Verteilung der Heringsfangquoten in den EG-Gewässern, mußten die Agrarminister der westeuropäischen Imperialisten mitten in ihrer Konferenz eine Erpressung der Sozialimperialisten im Kampf und Krieg um die Fischereigründe einstecken: Die Sozialimperialisten zwangen einen britischen und einen französischen Trawler, die zu den fischreichsten Fanggründen gehörenden und von den Sozialimperialisten beanspruchten Teile der Barentssee zu verlassen. Damit geht es den Sozialimperialisten um höhere Fangquoten in den EG-Zonen.

Seit der Begrenzung der Fangquoten in den EG-Gewässern dürfen die Sozialimperialisten nur mehr 22000 Tonnen Fisch in den EG-Zonen der Nordsee fischen gegenüber 600000 Tonnen zuvor.

In ihrer gegenseitigen Konkurrenz hatten die EG-Imperialisten Mühe, sich selbst noch auf die Verlängerung der gegenwärtig bereits provisorischen Quoten um einen Monat festzulegen. Die einzige „Einheit“, die die Imperialisten zustandebrachten, richtet sich gegen die Forderungen der Länder der Dritten Welt: Die EG ist entschlossen, die Verhandlungen über das jetzt auslaufende Zuckerabkommen platzen zu lassen. Mit steigendem Zuckerrübenanbau wächst das Interesse der EG-Imperialisten am Export von Zucker und an der Verhinderung der Festlegung von Exportquoten, mit deren Hilfe die Hauptexporteure von Zucker – u.a. Brasilien und Kuba – die Marktpreise zu stabilisieren versuchen und damit den Erlös für ihre Produktion.

Um gut ein Drittel liegt der EG-Zuckerpreis über dem Verkaufspreis der zuckererzeugenden Länder in der Dritten Welt. Um ihren inneren Markt zu schützen, „schöpfen“ die EG-Imperialisten diese Differenz bei den Importen als Zoll ab. Sie selber lassen sich als Exporteure die Differenz zum Weltmarktpreis erstatten. Die BRD-Imperialisten mit einem „Selbstversorgungsgrad“ an Zucker von im vergangenen Jahr 110% gehören zu den treibenden Kräften bei diesem Erpresser-Komplott.

In Vorbereitung der Aufnahme Griechenlands und Spaniens in die EG war der Streit um jeden einzelnen Punkt heftig, weil jeder einzelne der EG-Imperialisten sich möglichst gute Bedingungen schaffen wollte, die neuen Märkte zu erobern und gleichzeitig Festlegungen zu treffen, die die Konkurrenz durch die zusätzlichen Produkte Spaniens und Griechenlands eindämmen.

Der westdeutsche EG-Kommissar Brunner redet neuerdings von dem „Nord-Süd-Konflikt“ *in* der EG als „Problem Nr. 1“: Die westdeutschen Imperialisten sind schon mitten in der Lösung dieses Problems begriffen. – (Z-Red.)

Antje Huber rechnet: Rentner für die Kriegskassen

„Irgendwann ist die Kostenexplosion des Medizinbetriebes verlorengegangen. Und niemand weiß wieso", resümiert die „Welt" vom 29.9.77 über die Ergebnisse der Jahresberichte der Ortskrankenkassen, die jetzt veröffentlicht wurden. Nachdem die Vorstände der Krankenkassen in den letzten Wochen und Monaten öffentlich darüber nachgedacht haben, ob nicht Beitragserhöhungen notwendig sind, heißt es jetzt: „Erfolgreiche Kostendämpfung bei der AOK: Krankenversicherung wird dieses Jahr nicht teurer." „Die Trendwende kam bestimmt nicht erst in diesem Halbjahr mit seinen sensationellen Ergebnissen. ... 1971 gab es eine Kostenerhöhung um 20,6 Prozent, 1975 noch um 19,7 Prozent, dann 1976, den plötzlichen Sturz auf 8,1 Prozent. Und von Januar bis Juli dieses Jahres, jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrszeitraum, auf 3,8 Prozent." (Die Welt) Und das alles ganz ohne das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, auf Grundlage der „freiwilligen Unterschreitung der Grenzen, die erst später ins Gesetz hineingeschrieben wurden?"

Zum Zwecke des Betrugs dient diese Art des „Verwunderung". Handfest waren die Absichten der Bourgeoisie, als sie zum Beispiel am 29.6.77 das „Bundesgesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze – Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) beschlossen. Am 1. 1.74 trat die Bundespflegesatzverordnung in Kraft. Krankenhäuser sind seitdem geschlossen worden, Tausende von Betten gestrichen, Tausende von Pflegetagen weggekürzt, Tausende von Schwestern und Pfleger bei immer unzureichenderem Lohn zu Tausenden von inzwischen auch schon unbezahlten Überstunden gezwungen, Tausende von ihnen wegrationalisiert.

Schwungvoll hat sich die Lage für die Bourgeoisie nach den Lohnraubabschlüssen entwickelt.

Tausende von Arbeitern, in den Fabriken nicht nur täglich vernutzt, sondern täglich um Jahre ihrer Lebenskraft betrogen und beraubt, und somit frühzeitig unverwendbar für die Profitproduktion, das ist das „Problem", das die Bourgeoisie mit Hilfe des sauberen Herrn Ehrenberg zu lösen bedurfte. Die „Berliner Morgenpost" nimmt da dann auch kein Blatt vor den Mund: „Die AOK ist gesund ... Ohne die Belastung des neuen Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes wäre alles in Ordnung. Die verringerten Beiträge der Rentenversicherung für die Rentner führen aber zu erheblichen Aufwendungen ... Die Leistungsausgaben der AOK je Mitglied stiegen von 1975 zu 1976 nur um 8,14 Prozent, in der Krankenversicherung der Rentner um 8,4 Prozent" ... Aber: „Bei der Krankenhauspflege für Rentner ergab sich ein um 102 Prozent höherer Aufwand als für andere Versicherte und bei den Arzneien sogar um 153 Prozent über den allgemeinen Ausgaben." Die „Belastung" also ist nicht das Gesetz, sondern die Belastung sind die alten und invaliden Arbeiter. Gesundheitsministerin Antje Huber hat ausgerechnet, daß es sich lohnt, werden sie umgebracht.

„Die Ministerin weist darauf hin , daß bei einer stationären Pflege die Kosten meistens höher sind, als die Rente; dies hat sich auch nach der Rentenerhöhung nicht geändert. Als Pflegesätze werden in den Altenpflegeheimen gegenwärtig Beträge zwischen 1000 und 2500 Mark monatlich benötigt. Bei einer Intensivpflege können sie bis 4600 Mark steigen.." (FAZ, 28.9.77)

„Ein paar Tage nach dem Tod eines Rentners im Städtischen Krankenhaus Braunschweig, stellt seine Krankenkasse eine schriftliche Anfrage an den Stationsarzt, ob die Krankenhausbehandlung überhaupt nötig gewesen sei. Schließlich hätte der alte Mann doch keine ärztliche Einweisung ins Krankenhaus erhalten, sondern sich freiwillig der stationären Behandlung unterzogen." Das ist die tägliche Praxis. Als Ehrenberg auf der Betriebsversammlung VW-Braunschweig als Schreibtischmörder bezeichnet wurde, wagten die Sozialdemokraten keinen Mucks. Offen verteidigen könne sie dieses Gesetz nicht. Doch einige Tage später hatten sie sich besser vorbereitet, um zu verhindern, daß das Programm der Regierung entlarvt wird. Auf der Betriebsversammlung bei VW-Wolfsburg hatten sie sich eigens ein Pfeifkonzert mit Trillerpfeifen ausgedacht.

Ein Verbrechen ist das Ehrenbergprogramm und schrill, wie die Pfeifen der Sozialdemokraten. Wir wollen es zu Fall bringen. –(N-Red.)

Säuglingssterblichkeit – das Märchen, daß die Frauen selber schuld sind

Nicht „unnötige Reisen, stundenlange Fernsehhockerei und gefährliche Benzinabgase", sondern Verkürzung der Liegezeiten, zu wenig Hebammen, mörderische Arbeitsbedingungen

Bremen. In der „Bild am Sonntag" vom 25.9. benennt der Stuttgarter Soziologe Dr. Kurt-Joachim Fischer die Ursachen für die „alarmierende Tatsache", daß die Säuglingssterblichkeit in der BRD höher liegt als in den meisten Nachbarländern. Schon aus der Überschrift „Mütter sind mitschuldig am Baby-Tod – Bei uns sterben mehr Babys als in jeder anderen Industrienation Mitteleuropas" wird deutlich, was dieser von der Bourgeoisie gutbezahlte Lump vorhat: Die Wirklichkeit auf den Kopf zu stellen, indem er den Frauen der Arbeiterklasse und des Volkes die Schuld für die wachsende Zahl nichtgeborener (abgetriebener, tot oder früh geborener und früh gestorbener) Säuglinge in die Schuhe schieben will.

Die elenden sozialen Verhältnisse, die maßlose Steigerung der Schweißauspressung in der kapitalistischen Produktion für den Profit der Kapitalisten, die die Gesundheit und Lebenskraft immer mehr ruiniert, wie der wachsende Krankenstand eindeutig belegt und die auch verantwortlich sind für die hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit – diese Tatsachen müssen vertuscht und verdreht werden. Und so erfährt man dann in dem Artikel: „Sie (die Mütter) glauben, noch mit dem werdenden Kind im Mutterleib Bäume umreißen zu können und halten deshalb die Vorsorge für nebensächlich. Sie riskieren stundehlange Autofahrten und setzen auf diese Weise sich selbst und das Baby erheblichem Streß und zudem noch den gefährlichen Benzinabgasen aus. Dazu kommen unnötig viele Reisen, dazu kommt eine ebenfalls für das werdende Kind ungesunde allabendliche Fernsehhockerei, stundenlang, bis zum Sendeschluß."

Man bekommt den Eindruck, als hätte er all diese Frechheiten mit Ehrenberg abgesprochen, um dem Teil des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes, der eine ungeheuere Verschärfung der Kontrolle und Bespitzelung der schwangeren Frau vorsieht, auch noch aus soziologischer Sicht zu untermauern. 16 566 Säuglinge sind in der BRD 1974 im ersten Lebensjahr gestorben. Bremen hat unter den Bundesländern die höchste Säuglingssterblichkeit zu verzeichnen. Hier sind von 1 000 Kleinkindern 32 im ersten Lebensjahr gestorben. Gesundheitssenator Herbert Brückner zu den Ursachen: „Soviel steht fest, im Krankenhausbereich kann die Ursache für die hohe Babysterblichkeit nicht liegen. Die Versorgung ist optimal."

Brückner, der getreu seinem großen Vorbild Ehrenberg das Vernichtungsprogramm der Bourgeoisie in Bremen umsetzt, hat die Liegezeiten für entbundene Frauen von sieben auf fünf Tage gekürzt. „Optimal" ist ihm auch die Rationalisierung bei den Hebammen gelungen, und zwar von 98 1965 auf 65 1975. Das hatte zum Ergebnis, daß die Arbeitsintensität bei den Hebammen ungeheuer gesteigert wurde. 1965 kamen 104 Geburten auf eine Hebamme, 1975 schon 136.

Im Zentralkrankenhaus St. Jürgen-Straße haben die Arbeiterfrauen dann auch die Folgen dieser Rationalisierung zu spüren. Hier ereignete sich folgendes: Bei einer Patientin setzten die Wehen ein. Sie wurde sofort in den Kreißsaal verlegt. Nachdem der Arzt festgestellt hatte, daß es wohl noch einige Stunden dauern würde bis zur Geburt, ließ er sie alleine liegen. Es war keiner da, der sich um die Frau kümmerte. Die Hebammen, für die sowieso nur noch 11 Planstellen vorgesehen sind, waren vollständig überlastet, da zwei im Urlaub waren und zwei überstundenfrei hatten. So bemerkte auch keiner die einsetzende Geburt des Kindes. Nachdem der Kopf des Kindes durch den Gebärmutterhals gekommen ist, muß diese Öffnung durch mechanische Hilfe offengehalten werden, da sie sich sonst am Hals des Kindes wieder zusammenschließt, und das Kind erstickt. Das Kind ist erstickt. Daß dies mit Sicherheit nur ein Beispiel von vielen ist, wird deutlich, wenn man sieht, wie der bürgerliche Staatsapparat in der gesamten BRD die Rationalisierungen gerade bei den Hebammen forciert hat: Von 10 743 1965 auf 5 850 1975. Dementsprechend haben sich auch die Geburten pro Hebamme von 76 1965 auf 102 1975 erhöht.

Brückner will das vertuschen. Er unterstellt den Frauen mangelnde Sorgfalt, weil sie nicht zur Vorsorgeuntersuchung gehen. „Wenn überhaupt nichts mehr zieht, müssen wir vielleicht wie in Frankreich mit staatlichem Zwang nachhelfen – dort wird in solchen Fällen eine Kürzung des Kindergeldes vorgenommen." Die Kontrolle, Bespitzelung und Unterdrückung der Frauen zu verschärfen, das ist der Zweck hierbei.

Die wirklichen Ursachen sind andere. Zunehmend mehr Frauen mit Kleinkindern sind gezwungen zu arbeiten, weil der Lohn des Mannes zum Leben nicht reicht, und sich den übelsten Ausbeutungsbedingungen zu unterwerfen. Eine Arbeiterin von Nordmende, die im St. Jürgen-Krankenhaus ihr Kond bekommen hat, berichtete, daß si vor fünf Jahren das letzte Mal in Urlaub gefahren ist, und jetzt, wo das zweite Kind da ist, muß der Urlaub für die nächsten Jahre auch gestrichen werden, weil das Geld sonst hinten und vorne nicht reicht.

Deutlich wird, daß mit unnötigen Reisen und langer Fernsehhockerei nur das schmarotzende Dasein der Bourgeois und ihrer Frauen gemeint sein kann. – (Zelle St. Jürgen-Krankenhaus, Bezirk Bremen/Unterweser)

Säuglingssterblichkeit nach Geburtsgewicht und Alter 1973

Von 1000 Lebendgeborenen* starben in vorstehendem Alter

Alter	mit einem Geburtsgewicht von ... bis unter ... Gramm						insgesamt
	unter 1000	1000 – 1500	1500 – 2000	2000 – 2500	unter 2500	2500 u. mehr	
unter 24 Stunden	798	356	107	22	116	2	9
0–6 Tage	949	576	202	49	181	4	14
0–27 Tage	985	644	231	57	201	5	17
28 Tage bis unter 1 Jahr	15	29	26	16	20	6	6
unter 1 Jahr	1000	673	257	73	221	11	23

* Lebendgeborene und gestorbene Säuglinge, bei denen keine Angabe über das Geburtsgewicht vorliegt, wurden proportional auf jene verteilt, bei denen das Geburtsgewicht angegeben war; diese Verteilung wurde bei den gestorbenen Säuglingen unter Berücksichtigung des Sterbealters vorgenommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Wirtschaft und Statistik 1/76

Die Säuglingssterblichkeit geht à conto Kapitalistenklasse und bürgerlicher Staat

„Obwohl die Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren erkennbar zurückgegangen ist, bleibt dennoch die grundsätzliche Auffassung bestehen, daß in der Bundesrepublik Deutschland noch immer nicht der Stand erreicht ist, der erreicht werden könnte." So redete die Bundesregierung am 2.9.77 in der Antwort auf eine kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 8/874) um den Kern der Sache herum. Der Kern ist die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Tatsache, daß immer mehr Frauen direkt in den Fabriken dieser Ausbeutung unterworfen werden. Ihr Anteil an den Lohnabhängigen stieg von 30% 1950 auf 35,1% 1974 (Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitshefte Nr. 5, S. 11). So weit haben die Kapitalisten den Lohn bereits gedrückt, daß trotz Mitverdienst der Frau die Lebenshaltung des Arbeiterhaushalts zunehmend eingeschränkt wird. Nicht zuviel Alkohol, Zigaretten oder die angebliche „Faulheit der Frauen, zur Vorsorgeuntersuchung zu gehen" – die im übrigen keine Fortschritte in der Lebenslage, wohl aber in der Überwachung der Volksmassen bringt –, wie die „Bild"-Zeitung mindestens einmal die Woche gegen die Arbeiterklasse hetzt, sind die Ursachen.

Es ist der sinkende Milchverbrauch und die zunehmende Länge des Arbeitstages, die die westdeutschen Imperialisten erzwungen haben und auf deren Grundlage sie ihre Vormachtstellung in Europa festigen und ihren expansiven Kurs beschleunigen. In der Folge nahm die Zahl der Frühgeburten zu, alleine von 1972 auf 1973 von 5,7% auf 5,9% der Lebendgeborenen. Diese untergewichtigen Neugeborenen stellen etwa 60% der Sterbefälle im Säuglingsalter. – (Z-Red.)

Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 12 Wochen vor und nach der Niederkunft! Fortzahlung des vollen Lohns!

Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mütter (Mutterschutzgesetz)

§ 3: „Werdende Mütter dürfen nicht beschäftigt werden, soweit ... Leben oder Gesundheit von Mutter oder Kind bei Fortdauer der Beschäftigung gefährdet ist. Werdende Mütter dürfen in den letzten sechs Wochen nicht beschäftigt werden, *es sei denn, daß sie sich zur Arbeitsleistung ausdrücklich bereiterklären.*"

§ 4: Weitere Beschäftigungsverbote: „Werdende Mütter dürfen nicht mit schweren körperlichen Arbeiten und nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, bei denen sie schädlichen Einwirkungen von gesundheitsgefährdenden Stoffen oder Strahlen, von Staub, Gasen oder Dämpfen, von Hitze, Kälte oder Nässe, von Erschütterungen oder Lärm ausgesetzt sind ...

Sie dürfen insbesondere nicht beschäftigt werden ...
– mit Arbeiten, bei denen regelmäßig Lasten von mehr als 5 kg oder gelegentlich Lasten von mehr als 10 kg Gewicht befördert werden müssen,
– mit dem Schälen von Holz
– mit Arbeiten, bei denen Berufskrankheiten entstehen können ..., mit Arbeiten, bei denen sie erhöhten Unfallgefahren ausgesetzt sind ...
– mit Akkordarbeit ..., Fließbandarbeit mit vorgeschriebenem Arbeitstempo ...

Absatz 2: Die Aufsichtsbehörde kann *Ausnahmen bewilligen,* wenn die Art der Arbeit und das Arbeitstempo eine Beeinträchtigung der Gesundheit von Mutter und Kind nicht befürchten lassen. Die Aufsichtsbehörde kann die Beschäftigung für alle werdenden Mütter eines Betriebes ... bewilligen, wenn die Voraussetzungen ... für alle im Betrieb ... beschäftigten Frauen gegeben sind.

§ 7 Stillzeit: Stillenden Müttern ist auf ihr Verlangen die zum Stillen erforderliche Zeit, mindestens aber zweimal täglich eine halbe Stunde oder einmal täglich eine Stunde freizugeben.

§ 8 Mehrarbeit, Nacht- und Sonntagsarbeit: Werdende Mütter und stillende Mütter dürfen nicht mit Mehrarbeit, nicht in der Nacht zwischen 20 und 6 Uhr und nicht an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden. Das Verbot ... *gilt nicht* für werdende Mütter, die mit hauswirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt werden.

Absatz 3: *Abweichend vom Nachtarbeitsverbot* dürfen werdende Mütter in den ersten vier Monaten der Schwangerschaft und stillende Mütter beschäftigt werden
– in Gast- und Schankwirtschaften bis 22 Uhr
– in der Landwirtschaft mit dem Melken von Vieh ab 5 Uhr."

„Christliches Verständnis von Maß und Zucht" als Grundlage einer „neuen Missionsepoche"

Während die Deutsche Bischofskonferenz vom letzten Monat Erklärungen „Zum Terrorismus" und „Zur Grundwertdiskussion" abgab, hat Papst Paul eine Botschaft weitergegeben zum „Sonntag der Weltmission am 23. Oktober". Die „heilsbringenden Sendungen" des Oberhirten und der deutschen Hirten ergänzen sich nahtlos in der ideologischen religiösen Untermauerung der Absichten der Imperialisten.

„Das christliche Verständnis von Maß und Zucht verlange, daß der Mensch nicht zulasse, daß sein Habenwollen und sein Genießenwollen zerstörerisch und wesenswidrig wird", heißt es in der Erklärung der Bischöfe. So ähnlich hat sich auch der Vorsitzende der Westdeutschen Landesbank Poullain geäußert und mit ihm die Wirtschaftsinstitute bei der Begründung, daß die Lohnforderungen der Arbeiter unter 5 Prozent bleiben müßten, weil jede Forderung darüber den Interessen der Kapitalisten „wesenswidrig" ist.

Als Ausgleich zur weiteren geplanten Lohnsenkung empfiehlt die Bischofskonferenz das Beten und Büßen: „Bestürzt wäre heute der Sozialreformer und Mainzer Bischof Emanuel von Ketteler über den Einbruch materialistischen Denkens in die Gesellschaft." Um die Abkehr von „materialistischem Denken" zu untermauern, hat die Bischofskonferenz neue Richtlinien über richtiges Büßen im Kindesalter beschlossen. Während die Deutsche Bischofskonferenz „im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes" Verschärfung der Ausbeutung und Lohnsenkung predigt, verkündet der Papst als göttliche Botschaft die imperialistische Expansion:

„Stehen wir vor einer neuen Missionsepoche?" fragt er scheinheilig, um sich und seiner Gemeinde gleich die Antwort zu geben: natürlich, man darf „am Vorabend des dritten Jahrtausends des Christentums ... einen neuen Abschnitt erwarten". „Es geht nicht nur darum, immer weitere Landstriche oder immer größere Volksgruppen durch die Predigt des Evangeliums zu erfassen, sondern zu erreichen, daß durch die Kraft des Evangeliums die Urteilskriterien, die bestimmten Werte, die Interessen, die Denkgewohnheiten, die Quellen der Inspiration und die Lebensmodelle der Menschheit, die zum Wort Gottes und zum Heilsplan in Gegensatz stehen, umgewandelt werden."



Im Gegensatz zum „Heilsplan und zum Wort Gottes" steht zum Beispiel der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe, dessen Denkweise umgewandelt werden soll. Im Bistum Limburg wird gegenwärtig eine Sammlung durchgeführt für die Missionstätigkeit in Rhodesien: „Zur Zeit tun unsere Missionare in Rhodesien ihre Arbeit in Gefahr für Leib und Leben ... Wie lange Zeit sie dazu noch haben werden, weiß Gott allein. Wir aber müssen die uns verbleibende Zeit nutzen, alle Kräfte mobilisieren, damit wir eine gefestigte Kirche zurücklassen."

Je mehr die Imperialisten in Zimbabwe in die Enge getrieben werden, um so mehr verstärken sie ihre Anstrengungen und Manöver, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, folglich auch die Kirche.

Und sie folgt auch den Imperialisten in den Versuchen, die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt im eigenen Land zu unterdrükken: „Mehr als früher sehen wir heute, daß es eifrige Apostel braucht, die sich nicht in unnützen Diskussionen oder sterilen Fragen verlieren ..." Die Botschaften des Papstes ähneln den Botschaften des US-Präsidenten Carter. – (Z-Red.)

Beschlüsse zur Streikvorbereitung

Göttingen. Der Fachschaftsrat Medizin hat den Beschluß der VDS-Mitgliederversammlung abgelehnt. Er ruft in einem Flugblatt auf zur Vorbereitung des Streiks für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag, wozu am Montag eine Versammlung durchgeführt wird.

Westberlin. Der Fachschaftsrat Chemie an der TU hat beschlossen, für Streik im Wintersemester für 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger und Koalitionsrecht einzutreten. Er bereitet auf dieser Grundlage eine Vollversammlung zum Anfang des Semesters vor. Ähnliche Beschlüsse faßten der Fachschaftsrat an der FH/SS, Germanistik und Psychologie an der TU, ebenso der Arbeitskreis zum Praktischen Jahr.

Westberlin. Die Selbstverwaltung des Amilcar-Cabral-Studentenwohnheims hat eine Mitgliederversammlung beschlossen gegen die Mieterhöhung um 5 bis 16% und zur Durchsetzung des Streiks für Koalitionsrecht und Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten.

Erklärung von Conti-Arbeitern zu Examensarbeit

Hannover. An der TU ist eine Examensarbeit über die „Geschichte der TU" vom stellvertretenden Vorsitzenden des niedersächsischen Prüfungsamtes Prof. Tietz für „unwissenschaftlich" erklärt worden, die Note „2" soll rückgängig gemacht werden. In der Examensarbeit wird nachgewiesen, daß die TU stets den Zielen der Imperialisten gedient hat. 1927 führte die Hochschule zum Beispiel einen Hochschultag Kautschukindustrie durch, auf dem der Conti-Generaldirektor sagte: „Die Rohstoffgrundlage der deutschen Industrie liegt fernab in fremden Zonen", und die waren unter die französischen und englischen Imperialisten verteilt. 1929/30 führte die TU deshalb Überseewochen über die „Anforderungen und Schwierigkeiten einer Überseetätigkeit" durch.

Zehn Conti-Arbeiter haben erklärt: „Wir wissen, daß die Geschichte der Conti die Geschichte von Ausbeutung ist, daß die Kapitalisten in ihrer Gier nach Profit die Expansion nach außen betreiben und andere Völker unterjochen – und dafür selbst Kriege vom Zaun brechen. ...

Wenn sich die Studenten gegen diese Wissenschaft im Dienste der Kapitalistenklasse zur Wehr setzen und in ihrer Examensarbeit die Wirklichkeit dieser Gesellschaft aufzeigen, unterstützen wir das. Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, daß diese Arbeit anerkannt wird."

Die Studentenvertretungen Germanistik und Geschichte haben erklärt, daß sie es begrüßen, wenn die imperialistische Tradition der TU enthüllt und angegriffen wird. Sie fordern gemeinsam mit dem Fachschaftsrat Sozialwissenschaften, daß die Zensur bleibt wie sie ist.

rungen und Schwierigkeiten einer Überseetätigkeit" durch.

Zehn Conti-Arbeiter haben erklärt: „Wir wissen, daß die Geschichte der Conti die Geschichte von Ausbeutung ist, daß die Kapitalisten in ihrer Gier nach Profit die Expansion nach außen betreiben und andere Völker unterjochen – und dafür selbst Kriege vom Zaun brechen. ...

Wenn sich die Studenten gegen diese Wissenschaft im Dienste der Kapitalistenklasse zur Wehr setzen und in ihrer Examensarbeit die Wirklichkeit dieser Gesellschaft aufzeigen, unterstützen wir das. Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, daß diese Arbeit anerkannt wird."

Die Studentenvertretungen Germanistik und Geschichte haben erklärt, daß sie es begrüßen, wenn die imperialistische Tradition der TU enthüllt und angegriffen wird. Sie fordern gemeinsam mit dem Fachschaftsrat Sozialwissenschaften, daß die Zensur bleibt wie sie ist.

Kampf für BAFöG-Auszahlung jetzt vor Gericht gezerrt

Göttingen. Am Dienstag fand ein Prozeß wegen „Freiheitsberaubung und Landfriedensbruch" gegen zwölf Studenten statt. Sie hatten sich an der Besetzung des BAFöG-Amtes im letzten Jahr beteiligt, um die Auszahlung vorenthaltener Gelder zu erzwingen. Dabei war der Amtsleiter in seinem Büro eingesperrt worden. Dieser ist nun zusammen mit dem Geschäftsführer des Studentenwerks Zeuge der Anklage. Er sagte aus: „Die Studenten forderten uns auf, den Abschlagszahlungen zuzustimmen, damit sie überhaupt leben können; wir zeigten unsererseits dazu keine Bereitschaft, weil das mit den bestehenden Gesetzen unvereinbar ist."

Nach zehnstündiger Verhandlung mußte der Prozeß vertagt werden. Die Fachschaftsräteversammlung vom 29.9. fordert die sofortige Einstellung des Prozesses. Sie ruft auf, zum nächsten Prozeßtermin am Dienstag dies durchzusetzen.

„Praxisorientierte Ausbildung" zum Bourgeois

Die Industrie- und Handelskammern Bochum, Dortmund, Essem, Hagen und Münster züchten gemeinsam mit der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk seit 1975 Bourgeoisnachwuchs in einer „Spezial-Ausbildung für Abiturienten". „Ausgangspunkt ... die Forderung der Wirtschaft nach einer praxisorientierten Ausbildung für ihren Manager-Nachwuchs." Zwei Tage in der Woche hören die Zöglinge „speziell für sie vorgesehene Lehrveranstaltungen". Den Rest der Woche verbringen sie in den Manageretagen als Praktikanten. Diese „Spezial-Ausbildung" ist bisher „auf die Industrie beschränkt gewesen", „in der Zwischenzeit jedoch auf den Großhandel ausgedehnt worden" und soll jetzt „in den übrigen Wirtschaftszweigen übernommen werden". (Die Welt, 27.9.77)

Die Bourgeoisie muß ihr Funktionärskorps besser schulen, um die Betrugsideologien zur Rechtfertigung ihrer Ausbeuterherrschaft noch an den Mann bringen zu können, je mehr die Arbeiterklasse an Bewußtheit im Klassenkampf gewinnt.

Die Professorenreaktion muß in den Seminaren geschlagen werden

Osnabrück. Sommersemester 1977 an der Universität Osnabrück. Ein Erlaß von Pestel, dem Wissenschaftsminister, verlangt als Eingangsvoraussetzung in den „dritten Studienabschnitt" „170 Stunden Ausbildungsunterricht" und „drei Gutachten" von den Studenten der einphasigen Lehrerausbildung. Semesterlang ist der Kampf geführt worden gegen die Erhöhung der Praxisstunden von 320 auf 440 und für ausreichende Praxisstellen an den Schulen, für eine ausreichende Zahl von Kontaktlehrern, die die Studenten „betreuen". Zwei Warnstreiks hat es gegeben. Wesentlich geändert hat sich nichts. Im Sommersemester stehen zum ersten Mal Studenten zur Übernahme in den dritten Studienabschnitt an. Der Pestel-Erlaß bedeutet für einige Studienabbruch. Sie haben die 170 Stunden nicht. Die allgemeine Studentenvollversammlung beschließt Urabstimmung für unbefristeten Streik. „Weg mit den Eingangsvoraussetzungen!" „Für die Übernahme aller Studenten in den dritten Studienabschnitt!"

Es gelingt der Professorenreaktion, eine nicht unerhebliche Anzahl von Studenten zu spalten. Sie will den Studenten „individuell helfen", d.h. mittels Beziehungen und zahlreicher Verflechtungen zur staatlichen Schulaufsicht „privat" Praxisplätze zu besorgen. Ein Streik gegen die 170 Stunden als Eingangsvoraussetzung schade den Studenten, denn ihre Qualifikation müsse vergleichbar sein mit der in der zweiphasigen Ausbildung.

Um welche Qualifikation handelt es sich? Ein Beispiel: Musikunterricht. Hauptschule mit Orientierungsstufe – Unterrichtseinheit: Wir tanzen eine Polonaise. Unter der Regie des Erzreaktionärs Professor Christian Salzmann. Salzmann: „Wir stellen fest, daß unsere Arbeit bewußt nicht marxistisch-politisch begründet ist, daß sie sich von auf Gesellschaftsveränderung gerichteter Praxis grundlegend unterscheidet." In der Tat. Mit geschrittenen Tänzen im Dreivierteltakt, die die feudale Ausbeuterklasse als Einleitung ihrer Bälle durchgeführt hat, kann nur reaktionäres Zeug herauskommen. Die „Neue Osnabrücker Zeitung" hat dem denn auch gleich eine ganze Seite gewidmet. Dennoch. 49% der Studenten stimmen für Streik, über 70% beteiligen sich an der Urabstimmung. Der RCDS erwirkt eine gerichtliche Verfügung gegen den Streik, die ihn

Um welche Qualifikation handelt es sich? Ein Beispiel: Musikunterricht. Hauptschule mit Orientierungsstufe – Unterrichtseinheit: Wir tanzen eine Polonaise. Unter der Regie des Erzreaktionärs Professor Christian Salzmann. Salzmann: „Wir stellen fest, daß unsere Arbeit bewußt nicht marxistisch-politisch begründet ist, daß sie sich von auf Gesellschaftsveränderung gerichteter Praxis grundlegend unterscheidet." In der Tat. Mit geschrittenen Tänzen im Dreivierteltakt, die die feudale Ausbeuterklasse als Einleitung ihrer Bälle durchgeführt hat, kann nur reaktionäres Zeug herauskommen. Die „Neue Osnabrücker Zeitung" hat dem denn auch gleich eine ganze Seite gewidmet. Dennoch. 49% der Studenten stimmen für Streik, über 70% beteiligen sich an der Urabstimmung. Der RCDS erwirkt eine gerichtliche Verfügung gegen den Streik, die ihn

für illegal erklärt. Die Vollversammlung beschließt, es wird gestreikt. In allen Gebäuden werden Streikketten gebildet. Kleine Trupps von Studenten unter Führung des RCDS und der Professorenreaktion versuchen durchzubrechen. Es gelingt ihnen nicht. Der Reaktionär Niederstrasser holt Polizei an die Universität. Der Rektor schlichtet, er hätte das Hausrecht. Die Reaktionäre starten eine Hetzkampagne in der örtlichen Bourgeoispresse. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung" schreibt Professor Salzmann: „Zentrales Problem dieser Tage ist die Frage nach der Anwendung physischer Gewalt ... Kettenbildung ist aber ebenfalls eine Form der Anwendung physischer Gewalt und begründet den Tatbestand der Nötigung. Beim Versuch, die Streikketten zu durchbrechen, wurde ich durch etwa fünf ‚Streikposten' eingeschlossen und durch Anwendung körperlicher Gewalt zur Seite gedrängt." Theologieprofesser Balkenohl beklagte sich öffentlich, daß sein Seminar durch ein „radikales Rollkommando" gesprengt worden sei. „Es handelt sich um rechtswidrige Boykottmaßnahmen einer radikalen studentischen Minderheit." Professor Trapp, stellvertretender Rektor, ging noch einen Schritt weiter. Er drohte Streikposten mit Strafverfahren und ließ eine Anwesenheitsliste anfertigen, denn „das könne interessant fürs BAFöG werden".

Worum geht es? Bereits bei Ende des Semesters haben Albrecht und Pestel angekündigt, daß der Streik im nächsten Semester mittels Polizei zerschlagen werden soll. Es ist klar, daß es dann auch Strafverfahren gegen die streikenden Studenten hagelt. Bei alledem muß sich die Bourgeoisie auf die reaktionären Professoren stützen. Sie sollen eine öffentliche Meinung für die Zerschlagung der Studentenbewegung herstellen und nutzen dabei die örtliche Bourgeoispresse. Sie sollen den Polizeieinsatz fordern und als Ankläger zur Verfügung stehen. Sie sollen vor allem ihren ideologischen Einfluß auf Teile der Studentenschaft zur Spaltung benutzen. Warum gelingt ihnen das noch immer? Sie fangen die Studenten damit, daß sie vor allem solche Seminare anbieten, die besonders intensiv in die „Schulpraxis" einführen. „Politisch mag er ja stehen, wo er will, aber als Pädagoge ist er gut", ist eine weitverbreitete Meinung. Viele Studenten kennen die Verhältnisse an den Schulen, meinen aber, daß man durch „gute Lehrer" etwas ändern kann.

Bei diesem Geschäft haben die revolutionären und fortschrittlichen Studenten der Professorenreaktion lange Raum gelassen. Man muß das jetzt ändern. Die Fachbereichsgruppen diskutieren gegenwärtig ein Programm, das sich den Aufbau von Seminarkollektiven zur Aufgabe stellt. Sie haben sich vorgenommen, den Professor Gerhard Hartung bei der Propagierung von „Modellen zur Differenzierung der Schüler" zu stören. Hartung hat als Vorsitzender der gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung führend an der Umsetzung sämtlicher Erlasse des Ministeriums mitgewirkt, gleichzeitig ist er Vorsitzender des Kreiselternrates. Nur so kann man Reaktionäre isolieren und schlagen. – (KSB Osnabrück)

75% haben weniger als 600 DM

Braunschweig. Der KSB hat eine Untersuchungsaktion in der Mensa über die Reproduktionsbedingungen der Braunschweiger Studenten durchgeführt. Ein Fragebogen wurde auf den Tischen der Mensa ausgelegt und an den Eingängen verteilt. 383 Studenten haben ihn ausgefüllt.

Herausgekommen ist, daß 75% der Studenten weniger als 600 DM im Monat zum Leben haben. 58% kriegen keinen Pfennig vom bürgerlichen Staat für den Verbrauch ihrer Arbeitskraft an der Hochschule. So müssen dann auch fast die Hälfte (47%) in den Ferien jobben, durchschnittlich 5,2 Wochen lang. 1618,24 DM fließen pro Student über diese Ferienarbeit in die Reproduktion ein. Würde man das auf die 12 000 Braunschweiger Studenten umrechnen (ausgehend von 47%, die in den Ferien arbeiten), so sind das 9,1 Mio. DM, die der Staat darüber den Studenten vorenthält.

Die Bourgeoisie nutzt diese Lage aber auch, um die Studenten als Lohndrücker gegen die Arbeiter einzusetzen: Nach der Untersuchung erhalten 15,3 % der Studenten, die Ferienarbeit machen, weniger als 6 DM Stundenlohn. 2,5 % werden zur kostenlosen Arbeit gezwungen, was sich „Praktikum" nennt.

Unter diesen Bedingungen ist auch nicht viel vorhanden, womit die Studentenmassen Nahrung, Kleidung und Wohnung bezahlen können. Zum Beispiel fürs Essen haben 80% der befragten Studenten nicht mal 200 DM im Monat zur Verfügung. Das ist auch der Grund dafür, warum soviele Studenten in der Mensa essen (70% fünf mal und öfter die Woche). Denn auf die Frage, was sie von dem Essen halten, gab es Antworten wie: „War beim Bund, vertrage manches", oder „Noch kein Magendurchbruch", und daß man Magenbeschwerden und Sodbrennen bekommt.

Nutzen kann diese Untersuchung für den Kampf gegen die Mensapreiserhöhungen, für besseres Essen und zur Vorbereitung des Streiks im Wintersemester für 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger.

75% haben weniger als 600 DM

Braunschweig. Der KSB hat eine Untersuchungsaktion in der Mensa über die Reproduktionsbedingungen der Braunschweiger Studenten durchgeführt. Ein Fragebogen wurde auf den Tischen der Mensa ausgelegt und an den Eingängen verteilt. 383 Studenten haben ihn ausgefüllt.

Herausgekommen ist, daß 75% der Studenten weniger als 600 DM im Monat zum Leben haben. 58% kriegen keinen Pfennig vom bürgerlichen Staat für den Verbrauch ihrer Arbeitskraft an der Hochschule. So müssen dann auch fast die Hälfte (47%) in den Ferien jobben, durchschnittlich 5,2 Wochen lang. 1618,24 DM fließen pro Student über diese Ferienarbeit in die Reproduktion ein. Würde man das auf die 12 000 Braunschweiger Studenten umrechnen (ausge-

Untersuchung erhalten 15,3 % der Studenten, die Ferienarbeit machen, weniger als 6 DM Stundenlohn. 2,5 % werden zur kostenlosen Arbeit gezwungen, was sich „Praktikum" nennt.

Unter diesen Bedingungen ist auch nicht viel vorhanden, womit die Studentenmassen Nahrung, Kleidung und Wohnung bezahlen können. Zum Beispiel fürs Essen haben 80% der befragten Studenten nicht mal 200 DM im Monat zur Verfügung. Das ist auch der Grund dafür, warum soviele Studenten in der Mensa essen (70% fünf mal und öfter die Woche). Denn auf die Frage, was sie von dem Essen halten, gab es Antworten wie: „War beim Bund, vertrage manches", oder „Noch kein Magendurchbruch", und daß man Magenbeschwerden und Sodbrennen bekommt.

Ergebnisse der 2. a.o. Mitgliederversammlung der VDS vom 23. bis 25.9.1977

Gießen. Mit 405 Stimmen gegen 338 Enthaltungen ist auf der 2. a.o. Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) vom 23. bis 25.9. in Gießen der Antrag der Jusos, unterstützt von MSB-Spartakus und SHB verabschiedet worden, worin festgelegt wurde:

„Die a.o. VDS-MV in Gießen bekräftigt die Notwendigkeit, im Wintersemester einen bundesweiten Streik gegen das Hochschulrahmengesetz und seine Umsetzung in Landeshochschulgesetze aller BRD-Studenten zu organisieren. Sie bekräftigt die Aussagen, die im Zentralratsbeschluß vom 13.7.77 zur Durchführen des Streiks getroffen wurden."

In diesem Zentralratsbeschluß heißt es: „Ziel des Streiks ist es, sowohl kurzfristig Gegenmacht gegen die Studienverschärfungen zu organisieren und vor allem an den Fachbereichen Teilerfolge abzusichern und Studienalternativen gegen das HRG zu entwickeln, als auch längerfristig die Bewegung gegen Reglementierungen und Repression an den Hochschulen zu verbreitern und zu stabilisieren und den politischen Druck in Richtung auf die Rücknahme des HRG oder seine Neufassung entsprechend den Forderungen des DGB und der Studentenschaft zu verstärken."

Als Streikdauer haben die Sozialdemokraten in den VDS 14 Tage festgelegt, ab 28.11. Diese 14 Tage seien „anzustreben", „örtliche Modifikationen" schließe das nicht aus. Gleich im nächsten Abschnitt haben sie festgelegt, daß dieser Streik keiner sein soll: „Die VDS gehen davon aus, daß der bundesweite Streik an den Hochschulen als aktiver Streik durchgeführt wird ... Sie schlagen deshalb vor, daß offizielle Lehrveranstaltungen umfunktioniert werden und unter entsprechender Fragestellung während des Streiks fortgeführt werden."

Damit haben die bürgerlichen Nachwuchspolitiker im Vorstand dieses Verbandes erneut bestätigt, was bereits im Beschluß des Zentralrats festgelegt wurde: Unterwerfung unter die Professorenreaktion. „Aufgabe bei der Vorbereitung, Nachbereitung und Durchführung des bundesweiten Streiks ist es, die Lehrenden und Dienstleister in die Bewegung gegen die Hochschulreform mit einzubeziehen. Gemeinsame Erarbeitung von Alternativveranstaltungen, Diskussion über gemeinsame Betroffenheit durch die anstehende Hochschulgesetzgebung sind Anknüpfungspunkte, um auch gemeinsame Protestaktionen zu organisieren."

Nachdem dieser Beschluß auf Unterwerfung unter die erklärten Absichten der Reaktion gegenüber den Studentenmassen verabschiedet war, haben die Jungsozialisten gleich nachgesetzt und eine weitere Ergebenheitsadresse an ihre politischen Ziehväter in der Regierung verabschieden und die Erklärung von Schmidt zur „Inneren Sicherheit" begrüßen lassen unter dem Titel „Stellungnahme gegen den Terrorismus": „Die VDS lehnen die Strategien der Gewalt der menschenverachtenden Akte der Terroristen entschieden und grundsätzlich ab." Auf der Mitgliederversammlung hat ein schwarz-rot-goldener Wimpel, gemeinsam erstellt von Basisgruppen und Jungdemokraten, die Richtung gezeigt, auf die die gesamte Studentenbewegung eingeschworen werden soll.

Die Bourgeoisie findet an diesem Kniefall der Opportunisten keine Freude: aus der großen „Versöhnungsfeier unter der Bundesfahne" ist nichts geworden. Kaum waren die Beschlüsse gefaßt, waren die Bourgeoispolitiker bereits damit beschäftigt, sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben und ihre Spuren zu verwischen. Die CDU fordert jetzt „rechtliche Schritte" gegen die VDS, der RCDS versucht die organisatorische Spaltung des Verbandes.

Die Reaktion betrachtet nach dieser Kapitulationserklärung sozialdemokratischer Politiker in den VDS die bevorstehenden Auseinandersetzungen im Semester keineswegs für erledigt. Die Studentenbewegung hat dazu ebensowenig Grund.

Ein Versuch, Flagge zu zeigen ...

Als Symbol des Kampfes für das rechte Ansehen des *deutschen* Studenten und auch zur besseren Kenntlichmachung für die Burschenschaften beschloß man im VDS-Vorstand mit nachträglicher Billigung auch des Zentralrats, eine Wimpel-Tisch-Standarte mit den Bundesfarben schwarz-rot-gold auszugeben.

Jedoch, die Flagge brachte eine ganz unerwartete und unerwünschte Klarstellung ...



Damit nicht genug. Anstatt in einem Meer von schwarz-rot-goldenen Wimpeln zur Begrüßung fanden sich die Vertreter des Juso-Bundesvorstandes plötzlich auf den Bundesfarben selber wieder. Anstelle der Fußabtreter auf dem Wege zum Vorstandstisch ...



Der bisherige Vorstandsreferent der VDS, seit seiner Einleitung der „BAFöG-Postkarten-Aktion" für das Bundespostverdienstkreuz kandidierende und dem MSB Spartakus angehörende A. Möhlich versucht es leichtfüßig und ohne Hinterlassung von Spuren, sich auf Vorstandsposten durchzuschlagen ...



Der bisherige Vorstandsreferent der VDS, seit seiner Einleitung der „BAFöG-Postkarten-Aktion" für das Bundespostverdienstkreuz kandidierende und dem MSB Spartakus angehörende A. Möhlich versucht es leichtfüßig und ohne Hinterlassung von Spuren, sich auf Vorstandsposten durchzuschlagen ...



Der Versuch, Flagge zu zeigen, hat den erhofften Gelderzufluß nicht gebracht. Die kleinen Häkchen haben sich einen unerwarteten Tritt gefangen auf dem Wege zum Haken. Ob sie daraus lernen werden, anstatt sich als Tanzbär von Genschers jungen Leuten der Bourgeoisie vorführen zu lassen?



Einsatz der Polizei gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse nach 1945

Nur gewaltsam kann die Kapitalistenklasse ihr Privateigentum an Produktionsmitteln und damit die Ausbeutung der Arbeiter aufrechterhalten. Der bürgerliche Staatsapparat, bestehend aus verschiedenen Abteilungen, führt diese Unterdrückung durch. Die Polizei und Armee sind Kernstücke des bürgerlichen Staatsapparates, Parlamente, Gerichte, Verwaltungen weitere Bestandteile. Die Polizei ist Werkzeug der Bourgeoisie gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Sie dient der Aufrechterhaltung der Ausbeuterherrschaft gegen die proletarische Revolution, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen in diesen Kämpfen vorbereiten.

Eine der ersten Taten – die Polizei

Eine der ersten Tätigkeiten der imperialistischen Besatzungsmächte nach der Niederlage des Hitlerfaschismus war deshalb, Polizeitruppen aufzubauen und ihre eigenen Polizeitruppen instand zu setzen, den Kampf der Arbeiterklasse zu unterdrücken und die Wiederherstellung der Herrschaft der deutschen imperialistischen Bourgeoisie im westlichen Teil Deutschlands so zu sichern. Bereits im August 1945 wurde durch einen Befehl der amerikanischen Militärregierung eine „Rural Police" aufgestellt, was übersetzt eigentlich „Landpolizei" heißt, von den deutschen Bourgeoispolitikern, die diese Aufstellung vornahmen, aber mit „Landespolizei" übersetzt wurde. Ende 1945 wurde das Verhältnis Bevölkerung – Polizei von der amerikanischen Militärregierung mit 1 : 800 angegeben. Dabei ist sie nur Ergänzung der Polizei der Besatzungsarmeen und dieser Armeen selbst. Die ursprünglich entwaffnete deutsche Polizei wurde wieder bewaffnet, zunächst mit Revolver, Pistole und Gummiknüppel. Ähnliche Entwicklungen gab es in der französischen und britischen Besatzungszone. Eingesetzt wurden Militärpolizei und Polizei gegen die Volksmassen. Demonstrationen, Streiks, Plünderungen gegen die Lebensmittelnot usw. waren die Ziele des Einsatzes.

Über einen Streik in Braunschweig im Rahmen der Streikwelle im Frühjahr 1947, der sich gegen die menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen richtete, heißt es:

„Dabei kam es zu Ausschreitungen, so daß britische Militärpolizei gegen die Demonstranten eingesetzt werden mußte. Eine Reihe von Jugendlichen hatte Fensterscheiben britischer Dienststellen eingeschlagen, Fahrzeuge angehalten, umgeworfen, beschädigt oder in Brand gesteckt. Verschiedene britische Motorradfahrer und deutsche Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe verletzt. Gegen einen anrückenden Wagen der deutschen Feuerwehr nahm die Menge eine bedrohliche Haltung ein. Die Ruhe wurde wieder hergestellt, als gegen 17 Uhr gepanzerte Fahrzeuge gegen die Demonstranten eingesetzt wurden. 30000 Streikende forderten mit Transparenten den Rücktritt Schlange-Schöningens, mehr Brot, mehr Kohlen und Tod allen Schiebern." (Frankfurter Rundschau, 3.4.1947)

Mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 durch die westdeutsche Bourgeoisie unter Weisung der imperialistischen Besatzungsmächte wurde der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen zum dringenden Bedürfnis der Bourgeoisie. Die Polizei wurde durch eine kasernierte *Bereitschaftspolizei* ergänzt. Am 12. Mai 1949 wurde das Grundgesetz beschlossen. Am 24. Mai, keine 2 Wochen später, beraten die Innenminister der 11 Länder den Aufbau einer Bereitschaftspolizei von 10000 Mann, die auch für „überregionalen Einsatz" zur Verfügung stehen soll. Nach den Forderungen der Bundesregierung wird schließlich 1950 von den imperialistischen Besatzungsmächten beschlossen, die Aufstellung einer 30000 Mann starken Polizeitruppe zu genehmigen. 10000 davon werden als Länderbereitschaftspolizei, 20000 als Bundesgrenzschutz aufgestellt. Für das Vorhaben des Wiedererstarkens des westdeutschen Imperialismus war eine starke Polizei nötig. Nur aufgrund verschärfter Ausbeutung und politischer Entrechtung der Arbeiterklasse konnte das durchgesetzt werden. So wurde der Polizeiapparat eingesetzt, das reaktionäre Programm der Finanzbourgeoisie durchzusetzen:

– Mit Polizeiunterdrückung wurde versucht, den Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu brechen. Die Volksbefragung gegen die Militarisierung sollte unterdrückt werden. Über 9 Millionen hatten sich in Befragungsaktionen gegen die Wiederbewaffnung ausgesprochen. Die Polizei wurde zur blutigen Unterdrückung in Marsch gesetzt, um ihren Anteil an der Unterdrückung der Bewegung zu tun. Am 1. Mai 1952 wurde auf eine Kundgebung von 30000, vor allem jugendlichen Arbeitern, in Essen auf die Teilnehmer geschossen und der Arbeiter Philipp Müller umgebracht.

– Mit Hilfe des ausgebauten Polizeiapparates wurde das Verbot der Partei der Arbeiterklasse, der KPD, und zuvor ihrer Jugendorganisation, der FDJ, durchgesetzt. Versammlungen der KPD wurden regelmäßig überfallen, Durchsuchungen waren auf der Tagesordnung.

– Streiks wurden angegriffen durch die Polizei und so die Angriffe des bürgerlichen Staatsapparates auf das Streikrecht, wie sie im Betriebsverfassungsgesetz (11.10.52) und in Urteilen des Bundesarbeitsgerichts enthalten waren, durch die bewaffneten Polizeitruppen durchgesetzt.

1954 wurden beispielsweise gegen den Streik der bayerischen Metallarbeiter über 9000 Polizisten eingesetzt. Es gelang ihnen nicht, die Verordnung der Landesregierung, wonach nur 20 Streikposten am Tor stehen sollten, durchzusetzen, es gelang ihnen nicht, das *Ziel* – den Streik durch Einschleusen von Streikbrechern zu zerschlagen – durchzusetzen.

Schließlich wurde der Streik, der unter der Forderung nach 12 Pfennigen pro Stunde auf den Grundlohn begonnen hatte, mit einem „Kompromiß" der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, ausgehandelt mit den Kapitalisten, abgebrochen. 10 Pfennig für Facharbeiter im Zeitlohn, 8 Pfennig für Akkordlöhner wurden gezahlt.

Natürlich waren die Polizeieinsätze nicht die Ursachen der Niederlagen der Arbeiterklasse in diesen Kämpfen. Deren Ursache war die politische Spaltung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokraten und die beginnende revisionistische Entartung der KPD, die dazu führte, daß die KPD nicht in der Lage war, erfolgreich die Einheit der Arbeiterklasse für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen herzustellen. Die Polizeieinsätze waren Mittel, mit dem die Bourgeoisie das Ergebnis der Spaltung und Zersetzung durch ihre Agenten besiegelte, nämlich die Niederlage dann tatsächlich herbeizuführen.

Die Kapitalistenklasse ließ die Polizei bei weitaus mehr Gelegenheiten eingreifen, als wir hier aufzählen können. Bei jedem Streik war (und ist) die Polizei da, um „das Recht zu schützen". Worin das Recht besteht, das die Polizei beim Streik der Arbeiter gegen die Kapitalisten schützt, entnehmen wir dem Standardwerk für Polizeioffiziere, wenn sie sich mit der Niederschlagung von Streiks beschäftigen. Professor Carl Hermann Ule hat es geschrieben unter dem Titel „Streik und Polizei". Verboten ist zum Beispiel

„daß sich Streikposten vor den Betriebseingängen zusammenrotten, eine drohende Haltung einnehmen, regelrechte Postenketten bilden und sogar Barrikaden errichten. Teilweise werden Arbeitswillige fotografiert und deren Namen notiert. Als intensivste Form der Einwirkung kommt vor, daß die Einstellung der Arbeit am Arbeitsplatz erzwungen wird. Strafrechtlich sind diese Erscheinungen unter den Gesichtspunkten der Beleidigung, der Körperverletzung, der Freiheitsberaubung, der Nötigung und der Bedrohung mit allen qualifizierten und erschwerten Begehungsformen relevant." (Seite 33)

Verboten ist auch zu „verhindern, daß Rohstoffe und Waren an- und abtransportiert werden" (Nötigung des Kapitalisten). (39) Verboten sind auch „Hetze und Beschimpfungen", weil „Angriffshandlungen zur Beeinträchtigung der Menschenwürde".

Unter der Überschrift „Die Pflicht der Polizei", gegen strafbare Handlungen einzuschreiten, erklärt Ule dann weiter, gegen all diese „strafbaren Handlungen" *müsse* von der Polizei eingeschritten werden. Der Streik selbst braucht gar nicht illegal nach den Gesetzen der Bourgeoisie zu sein (er ist es schon, wenn politische Ziele verfolgt werden oder ein Streik ohne Gewerkschaft durchgeführt wird), *jeder* Streik fordert polizeiliches Eingreifen, wenn zum Beispiel Streikende Streikbrecher daran hindern, in das Werk zu kommen, oder verhindern, daß der Kapitalist weiter ausliefert.

Natürlich handelt es sich um Wunschträume der Kapitalisten. Und die Stärke der Arbeiterbewegung sorgte dafür, daß sie diese Wunschträume nicht in die Tat umsetzen können. Sie wollen es. Dazu wird die Polizei aufgerüstet.

Nach der Restauration ihrer Herrschaft, zu der die Bourgeoisie wilde Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen und den Aufbau eines dementsprechenden Polizeiapparates brauchte, muß die imperialistische Expansion, die die westdeutsche Finanzbourgeoisie anstrebt und durchführt, eine neue Welle der Unterdrückung begleiten. Und damit entsprechender Ausbau und Einsatz des Polizeiapparates.

In den Streiks 1973 wurden unter anderem bei Ford in Köln, Pierburg Neuss, Hella Lippstadt und bei den Rheinstahlwerken Bielefeld massive Polizeieinsätze durchgeführt. Trotz dieser Einsätze setzten sich die Belegschaften von Hella und Pierburg durch. Der Polizeieinsatz bei Ford in Köln, bei dem mit Hilfe des Werkschutzes und sozialdemokratischer Betriebsratsmitglieder 80 Arbeiter krankenhausreif geschlagen wurden, bedeutete die Niederlage des Streiks.

Im Lohnkampf der Druckarbeiter 1976 haben die Kapitalisten versucht, die Auslieferung von Notzeitungen zu erzwingen durch Polizeischlägerbanden. Nachträglich wurde ermittelt gegen Setzer, die Hetzartikel gegen den Lohnkampf nicht gesetzt hatten. Überhaupt nimmt die Ermittlung gegen „Rädelsführer" nach den Kämpfen einen Teil der Polizeitätigkeit des bürgerlichen Staatsapparates gegen die Arbeiterbewegung ein.

Der Kapitalistenklasse geht es bei dem Ausbau des Polizeiapparates wie des ganzen bürgerlichen Staatsapparates, bei der Erweiterung der gesetzlichen Möglichkeiten der Reaktion und ihrer Durchführung um einen Zweck: den Höchstprofit. Der Auspressung des Höchstprofits dienen die Einsätze gegen die Kämpfe der Arbeiter. Der Erreichung von Höchstprofit dient der Einsatz gegen die demokratische und revolutionäre Massenbewegung, wie sie sich gegen das imperialistische Energieprogramm wendet, gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat, gegen die Schulunterdrückung zur Erzeugung der dem Kapitalisten passenden Arbeitskraft. Die Arbeiterklasse bereitet sich und die Volksmassen in diesen Kämpfen auf den Sturz der Ausbeuterherrschaft vor. Der Aufrechterhaltung des Höchstprofits dient es, daß die Kapitalistenklasse ihre Polizei, wie auch ihre Armee, gegen die proletarische Revolution bewaffnet. Die Bourgeoisie fürchtet um ihre Herrschaft. – (Z-Red.)

Aus: Lenin, Über Streiks

„Ein Streik öffnet aber den Arbeitern die Augen nicht nur über die Kapitalisten, sondern auch über die Regierung und über die Gesetze. Genauso, wie die Fabrikanten sich als Wohltäter der Arbeiter hinzustellen suchen, möchten die Beamten und ihre Handlanger den Arbeitern weismachen, der Zar und die Zarenregierung sorgten für Fabrikanten und für Arbeiter in gleicher Weise nach Recht und Gerechtigkeit. Die Gesetze kennt der Arbeiter nicht, mit den Beamten, besonders den höheren, hat er nichts zu tun, und deshalb schenkt er alledem häufig Glauben. Dann aber bricht ein Streik aus. In der Fabrik erscheinen der Staatsanwalt, der Fabrikinspektor, die Polizei, häufig auch Militär. Die Arbeiter erfahren, daß sie das Gesetz verletzt haben. (...)

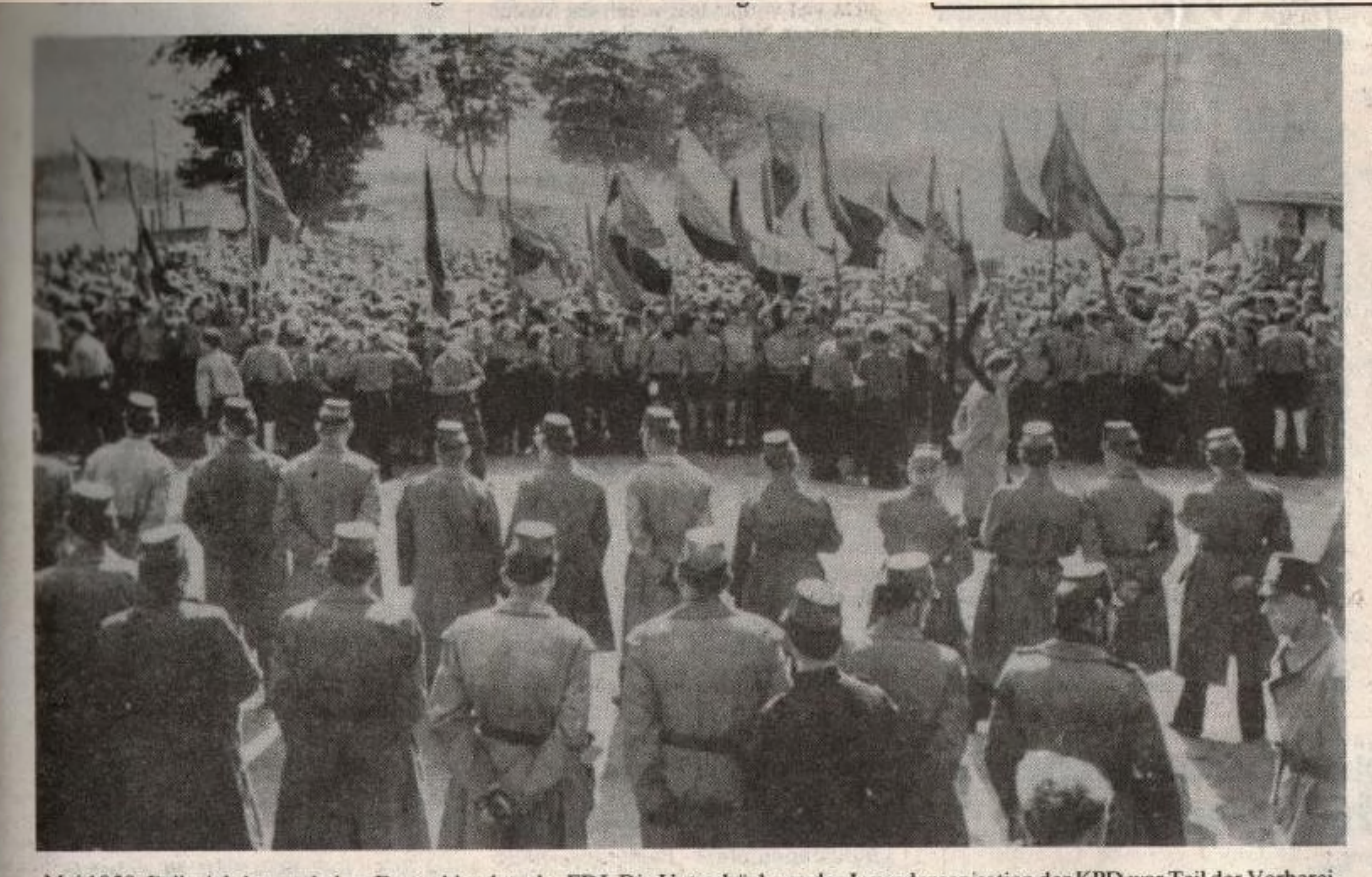
Es wird jedem Arbeiter klar, daß die Zarenregierung sein schlimmster Feind ist, daß sie die Kapitalisten schützt und die Arbeiter an Händen und Füßen fesselt. Der Arbeiter beginnt zu begreifen, daß die Gesetze nur im Interesse der Reichen erlassen werden, daß auch die Beamten deren Interessen verteidigen, daß man dem arbeitenden Volk den Mund stopft. (...)

Auch die Regierung begreift sehr wohl, daß Streiks den Arbeitern die Augen öffnen, und deshalb hat sie solche Angst vor Streiks, ist sie bemüht, sie um jeden Preis so schnell wie möglich abzuwürgen. Nicht umsonst erklärte einmal ein deutscher Innenminister, der besonders dafür berüchtigt ist, Sozialisten und klassenbewußte Arbeiter mit allen Kräften verfolgt zu haben, vor den Volksvertretern: ‚Hinter jedem Streik lauert die Hydra' (das Ungeheuer) ‚der Revolution'; mit jedem Streik erstarkt und entwickelt sich in den Arbeitern die Erkenntnis, daß die Regierung ihr Feind ist, daß sich die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Regierung, zum Kampf für die Rechte des Volkes rüsten muß. (...)

Das ist der Grund, weshalb die Sozialisten die Streiks eine ‚Schule des Krieges' nennen, eine Schule, in der die Arbeiter es lernen, Krieg zu führen gegen ihre Feinde und für die Befreiung des ganzen Volks, für die Befreiung aller Werktätigen vom Joch der Beamten und vom Joch des Kapitals. Aber eine ‚Schule des Krieges' ist noch nicht der Krieg selbst."

„Die Arbeiter können und müssen von einzelnen Streiks zum Kampf der ganzen Arbeiterklasse für die Befreiung aller Werktätigen übergehen, und sie tun das auch wirklich in allen Ländern."

Geschrieben 1899. Nach: Schulungsbuch des KBW „Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus", Mannheim 1975, Seite 125/6 und 128



Mai 1950: Polizeiaktion nach dem Deutschlandtag der FDJ. Die Unterdrückung der Jugendorganisation der KPD war Teil der Vorbereitungen des Verbots der Partei der Arbeiterklasse.

Die Furcht der Kapitalistenklasse vor der Kraft der Arbeiterklasse

(Alle folgenden Zitate entstammen der Zeitschrift „Die Polizei. Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen. Mit Beiträgen aus der Polizeiführungsakademie" Nr. 2/1977 vom 8. Februar. Die Zeitschrift ist für Polizeioffiziere bestimmt.)

„In den letzten Monaten mehren sich die Anzeichen, wonach die Zeit des ungestörten Arbeitsfriedens nun auch in der Bundesrepublik zu Ende geht. Die Spannungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft weisen auf ein in dieser Hinsicht unfriedliches neues Jahr hin, und die Polizei hat allen Anlaß, sich rechtzeitig auf eine derartige Entwicklung mit all ihren verhängnisvollen Folgen einzustellen." (Seite 52)

„Aufgaben des Polizeivollzugsdienstes. Bei Arbeitskämpfen hat die Polizei die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Daraus ergibt sich die Aufgabenstellung der Polizei, und zwar ist dies insbesondere:

– Schutz des Staates und seiner Grundordnung sowie seiner demokratischen Einrichtungen.
– Schutz der Bevölkerung vor schädigenden Handlungen der Streikenden.
– Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs.
– Schutz der Arbeitswilligen auf dem Weg von und zur Arbeitsstelle, auf der Arbeitsstelle und deren Angehörigen in ihren Wohnungen.
– Schutz der Betriebe und der Inbetriebhaltung.
– Schutz der Betriebsleitung und deren Angehörigen auch außerhalb des Betriebes.
– Schutz einzelner Persönlichkeiten." (Seite 44)

„*Streikbeginn und Streikverlauf.*
1. Wegen des Ausmaßes und der besonderen psychologischen Gegebenheit bei Arbeitskämpfen sind *Aufklärung und Erkundung* verstärkt weiterzuführen, um rechtzeitig auf Lageänderungen reagieren zu können. (...)

5. Auf die Verwendungsmöglichkeiten und den Einsatzwert von Diensthunden, Dienstpferden und Wasserwerfern will ich nicht näher eingehen. Jedoch sei an die Feststellung *Müllers* erinnert, daß Wasserwerfer „auch eine stark abkühlende und entspannende Wirkung" haben.

7. Beim *Schutz der Arbeitswilligen* ist zu unterscheiden zwischen
a) ihrem Schutz auf den Wegen von und zur Arbeitsstelle und
b) in ihren Wohngebieten.

Zu a) In Betracht kamen die Begleitung und der Schutz der Arbeitswilligen in öffentlichen Verkehrsmitteln, von deren Haltestellen zum Betrieb, die Zusammenstellung eines Konvois privater Kraftfahrzeuge und als optimale Lösung, auf die meines Erachtens immer hinzuwirken wäre, der konzentrierte Transport Arbeitswilliger in durch die Werksleitung anzumietenden Bussen.

Die letzte Möglichkeit erleichtert den Geleitschutz und erlaubt die getarnte Anfahrt zu Neben- und Schlupftoren. Insbesondere kommt diese Lösung dann in Betracht, wenn die Arbeitswilligen ohnehin geschlossen untergebracht sind, wie etwa in Ausländerwohnheimen.

8. Müssen *Werkseingänge* für Arbeitswillige *offengehalten* werden, sind vor dem Tor starke Kräfte zur Öffnung breiter Durchlaßstellen, die nicht eingedrückt werden können, einzusetzen. Hinter dem Tor sind Reservekräfte bereitzuhalten.

9. Die *Sperrung eines Tores* geschieht durch den Einsatz schwacher Kräfte vor dem Tor und Bereithalten starker Reserven hinter diesem.

10. *Radikale Streikende* werden in ihrer Wirkung beschnitten, wenn es gelingt, die Rädelsführer festzunehmen. Hierzu schlägt *Müller* den überraschenden Einsatz von Greiftrupps durch schnell zu bildende Gassen vor. Theoretisch mag dieses Konzept überzeugen, wenngleich seine Praktizierung außerordentlich schwierig sein wird, denn hier treffen die Polizeikräfte nicht auf krakeelende Schüler und Studenten, sondern auf den körperlich hart arbeitenden Teil der Bevölkerung.

Festgenommene sind sofort und gesichert zur Festgenommenensammelstelle oder zur Vernehmungsstelle zu transportieren, wobei der Gefahr der Gefangenenbefreiung zu begegnen ist.

11. Das Durcheinander bei Streiklagen und die häufige zahlenmäßige Überlegenheit der Streikenden verhindern trotz gravierender Rechtsverstöße gelegentlich ein sofortiges Eingreifen der Polizei.

Daher ist durch eine ausreichende Bild- und Tondokumentation für eine spätere *beweissichere Strafverfolgung* zu sorgen. Die Einsatzkräfte müssen ihre Feststellungen unverzüglich auf vorbereitete Formulare niederschreiben, damit ihre Zeugenaussage vor Gericht Gewicht erhält. (...)

13. Die Polizei überwacht ambulante Streikposten, fängt Rollkommandos ab und unterbindet Hausbesuche Streikender bei Arbeitswilligen, mit denen letztere zur Teilnahme am Streik genötigt werden sollen.

14. Besondere Bedeutung hat in den meist ungeklärten Arbeitskampflagen die *Bereithaltung starker und schnell beweglicher Reserven.* Nur mit ihnen lassen sich unvorhergesehene Zwischenfälle und Eskalationen bereinigen. Ob die Reserve verdeckt bereitgehalten oder offen gezeigt werden soll, ist wiederum von der Lage abhängig." (Seite 49, 50)

„Antirepressionskongreß“ in Bologna

Zehntausende haben sich am vorletzten Wochenende in Bologna/Italien zu einem „Kongreß gegen die Repression“ versammelt. Viele davon werden revolutionär gesinnte Jugendliche und Studenten gewesen sein, die an den Massenkämpfen der letzten Monate teilgenommen haben. Sie werden sich größere Klarheit über die Fortführung des Kampfes erhofft haben von diesem Kongreß.

Kampf gegen die Bourgeoisie war die Absicht der Initiatoren freilich nicht. Einige französische Intellektuelle mit dem unvermeidlichen existenzialistischen Philosophen Sartre vornweg haben diesen Kongreß ausgeheckt. Anläßlich der Belgrader „Folgekonferenz“ der Imperialistenhäupter hatten sie vor einigen Monaten vorgeschlagen, die Konferenz, auf der bekanntlich von „Entspannung“ und „Menschenrechten“ viel und von den wirklichen Absichten der Imperialisten wenig geredet werden wird, solle sich auch der „Repression“ in Italien annehmen.

Scheinheilig prangern diese wohlbestallten Hochschulbeamten die Unterdrückung in anderen imperialistischen Staaten an und schmieden ihrer Bourgeoisie ideologische Waffen zum Kampf des „aufgeklärten und zivilisierten Frankreich“ um die Hegemonie in Europa.

Die italienischen Opportunisten wollten nicht nachstehen bei dem Vorhaben, mit einem „Kongreß“ die Jugend- und Studentenbewegung unter Professorenfuchtel zu bringen. So riefen sie alle auf.

Um dem ganzen den richtigen revolutionären Anstrich zu geben, posaunte die bürgerliche Presse aus vollen Backen, wilde Schießereien ständen ins Haus, in Bologna würde für ein Wochenende der bewaffnete Aufstand geprobt. Tausende von Mitgliedern der KPI, die die Stadt seit Jahrzehnten regiert, verbarrikadierten sich in öffentlichen Gebäuden und Parteibüros, um „die Stadt“ und „die demokratische Ordnung“ zu schützen.

Mit der Ankündigung eines „Sturms auf Bologna“ versuchten die bürgerlichen Politiker, einen tiefen Keil zwischen die Studentenbewegung und die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu treiben, gerade in der Gegend von Bologna, wo die Landarbeiter der großen Obstplantagen eine große revolutionäre Tradition haben. So sollte der Boden bereitet werden für das Zersetzungswerk der Opportunisten, die die Massenbewegung dem bürgerlichen Staatsapparat unterwerfen wollen, alles natürlich unter dem Schlachtruf: „Die Bewegung muß sich mit den Arbeitern verbinden.“

Gleichzeitig wurde Zucker ausgelegt. Quartiere und Versammlungssäle gab's von der Stadt, billiges Essen von den revisionistisch beherrschten Genossenschaften, verbilligte Sammelkarten für den Bus von der revisionistischen Stadtverwaltung.

Standesgemäß eröffneten die Pariser Professoren den Kongreß mit „Weißbüchern“ und „Pressekonferenz“. In den Versammlungen bliesen die vereinten Opportunisten zum Angriff auf die „Autonomen“, wilde Spontaneisten, die sich einbilden, mit ein paar Revolverschüssen sich selbst an der Stelle des Proletariats zur revolutionären Klasse ernennen zu können. Und *wie* wurde ihnen entgegengetreten? „Es kann keinen Berührungspunkt geben zwischen denen, die die Hypothese des Aufbaus einer Massenopposition, die eine gewisse Beziehung zum Staat und seinen Strukturen hat, praktizieren, und denen, die Theorien über einen bewaffneten Zusammenstoß verbreiten...“ (Quotidiano dei lavatori, 25./26.9.) Die ganze Würze liegt in der „gewissen Beziehung zum Staat“, in die diese „Linken“ die revolutionären Jugendlichen und Studenten verwickeln wollen.

Solche „Revolutionäre“ sind natürlich hübsch ordentlich. Pünktlich für die Eucharistiefeier des Kardinals Poma räumte der Kongreß den Hauptplatz und zog am Gefängnis vorbei, wo noch immer die Verhafteten der Kämpfe des Frühjahrs sitzen, zum – Straßentheater.

Unter der Überschrift „Anarchisten und Clowns“ kommt der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen“ schließlich zum Ergebnis: „In Bologna hat die Vernunft gesiegt.“ (27.9.) Auf solche Weise die Massenbewegung in ganz Italien zur Raison zu bringen, geloben die Opportunisten jetzt allenthalben. Auf der „ganz neuen Basis“ von Bologna soll „die revolutionäre Linke neugegründet werden“.

Vielleicht wird für die Halunken, die diesen Zirkus eingefädelt haben, bald ein Plätzchen im „Club of Rome“ frei. Sie müssen sich ranhalten, um nicht schon vorher von der siegreichen Arbeiterklasse der europäischen Länder produktiver Arbeit zugeführt zu werden. – (N-Red.)

Griechenland in der Zange der Imperialisten

„Einen anderen Feind als die Türken, die vor mehr als einem halben Jahrhundert 1,6 Millionen Griechen aus Kleinasien verjagten, kann sich das griechische Volk nicht ausmalen“ – so kommentiert „Die Welt“ die jüngsten Herbstmanöver der griechischen Armee. „Sie zeigte in die einzige Richtung, in die sich das Sicherheitsbedürfnis der neun Millionen Griechen orientiert – nach Osten, wo der türkische Erbfeind steht, der zugleich NATO-Verbündeter und – zumindest in der Theorie – Partner Griechenlands bei der Verteidigung der Südostflanke der westlichen Allianz ist.“ (Die Welt, 28.9.77) So hätten es die Imperialisten gern. Des Übels Wurzel liegt in den Erbanlagen des griechischen Volkes, das nach Krieg gegen die Türken verlangt, und die Imperialisten selber sind aus dem Schneider. Dieses Bild der Lage in Griechenland läßt die Bourgeoisie über ihre Zeitungen verbreiten, um selber im Trüben fischen zu können und den proletarischen Internationalismus der Arbeiterklasse zu lähmen, weil ihre eigenen Einmischungsversuche und Aggressionen als Friedensstiftung erscheinen. Das griechische Volk dagegen habe Kriegslüsternheit im Blut. Das griechische Volk kennt seine Feinde aber ganz genau.

Es ist das Ringen der Supermächte um die Weltherrschaft, das im östlichen Mittelmeer eine äußerst komplizierte Lage geschaffen hat, wo jede Supermacht darauf lauert, die durch ihre Einmischung geschaffene Lage dahingehend auszunutzen, selber als Ordnungsmacht massiv und direkt einzugreifen, wie sie es in Zypern schon lange versuchen. Die ökonomische Abhängigkeit Griechenlands ist dabei ein wichtiges Mittel ihrer Aggressionsbestrebungen.

Ruinierung der griechischen Bauern

Griechenland ist praktisch ein Entwicklungsland. Den Hauptteil des gesellschaftlichen Reichtums schaffen die Arbeiter und Bauern in der Landwirtschaft. Über 40% der Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft, und zwar überwiegend in kleinen Landwirtschaften von weniger als 5 Hektar. Die Ruinierung dieser Kleinbauern ist ein unaufhaltsamer Prozeß. Das Industriekapital ist in großem Umfang in der Hand amerikanischer Monopole und in zunehmendem Umfang auch in der Hand der Monopole der EG-Staaten. Dementsprechend hoch ist die Auslandsverschuldung Griechenlands. Ende 1974 betrug die Schuldenlast 2733 Millionen US-Dollar, Ende 1975 schon 2973 Millionen US-Dollar. Von Jahr zu Jahr wächst die Schuldknechtschaft, und da die Handelsbilanz ebenfalls von Jahr zu Jahr sich verschlechtert, wird der Griff der imperialistischen Gläubiger um den Hals Griechenlands immer enger. Bisher hat Griechenland mehrere Millionen US-Dollar Zinsen ans internationale Finanzkapital fronen müssen. Mit dem Druckmittel dieser Schuldenlast treiben die Imperialisten die Kapitalisierung der Landwirtschaft voran und schaffen so mit den ruinierten Kleinbauern ein riesiges Arbeitskräftepotential für ihren Kapitalexport. Dabei liegen sie untereinander in heftiger Fehde. Jede imperialistische Macht, allen voran die beiden Supermächte, versucht mehr als die andere aus den griechischen Arbeitern und Bauern herauszuholen.

Die Sowjetunion hat die Einfuhren aus Griechenland von Waren im Wert von 20,4 Millionen US-Dollar im Jahr 1971 auf 87,5 Millionen US-Dollar im Jahr 1975 mehr als vervierfacht. Die Einfuhren Griechenlands aus der Sowjetunion beliefen sich dagegen im Jahr 1971 auf 25 Millionen US-Dollar, im Jahr 1975 aber nur auf 50 Millionen US-Dollar. Die Politik der Sowjetunion läuft also auf schlichten Raub hinaus, genauso wie sie sich die besten Produkte der COMECON-Länder einverleibt. Gegenüber den anderen imperialistischen Ländern ist das Verhältnis Griechenlands von Einfuhr zu Ausfuhr genau umgekehrt. Gegenüber der EG und den USA hat Griechenland eine wachsende negative Handelsbilanz. Insgesamt hat sich das Handelsdefizit Griechenlands von 1971 bis 1975 von 1,4 auf 3 Milliarden US-Dollar verdoppelt. Der negativen Geldbilanz entspricht ein einseitiger stofflicher Handel. Griechenland liefert in diese Länder im wesentlichen landwirtschaftliche Produkte, Baumwolle, Tabak, Obst, Südfrüchte sowie Erdöldestillationserzeugnisse und Textilien und muß von diesen Ländern vor allem Maschinen, Eisen und Stahl, Fahrzeuge und Erdöl kaufen. Obwohl Griechenland hauptsächlich ein Agrarland ist, gehören auch Lebensmittel zu den Haupteinfuhrgütern, weil die imperialistischen Mächte die Produktion der Grundnahrungsmittel ruiniert haben und durch ihren Kapitalexport die Produktion der Nahrungsmittel wie Zitronen und Rosinen fördern, die Griechenland dann ausführen muß. Während der sowjetische Sozialimperialismus also auf direkten Raub aus ist, setzen die anderen imperialistischen Mächte ihr überschüssiges Kapital und ihre überschüssig produzierten Waren ein, um Griechenland in eine Halbkolonie zu verwandeln und völlig abhängig zu machen. Die Bundesrepublik ist dabei sowohl der größte Lieferant an Waren als auch der größte Importeur von griechischen Waren, während die US-Imperialisten am meisten Fabriken in Griechenland selber besitzen.

Kampf für die nationale Befreiung und Unabhängigkeit

Die Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten führt zur weiteren Verelendung der griechischen Arbeiter und Bauern, und genauso richtet sich jeder Kampf direkt gegen diese verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung gegen die imperialistischen Mächte. Am Anfang des Monats führten die griechischen Eisenbahner einen 48stündigen Generalstreik durch. In fast allen Gewerken führen die griechischen Arbeiter und Angestellten kleinere Streikaktionen durch. Das bringt die politischen Fronten in Bewegung: Karamanlis hat vorgezogene Neuwahlen für November angesetzt, die Verhandlungen über den EG-Beitritt sind ins Stocken geraten, wie auf der anderen Seite Karamanlis angekündigt hat, an den herbstlichen See-Luft-Manövern der NATO wieder teilzunehmen; der Druck der Imperialisten auf Griechenland verschärft sich. Im Schüren des Zypern-Konflikts und der Widersprüche zwischen der Türkei und Griechenland suchen sie die Ausweitung ihres Einflußbereichs.

Das griechische Volk hat eine große Tradition im Kampf gegen die imperialistischen Mächte und ihre faschistischen Statthalter in der Junta. Der Sturz der faschistischen Junta und der Austritt aus der NATO sind die wichtigsten Ergebnisse dieses Kampfes bisher. Im Dezember 1976 hatte die Regierung bei den Konzernen Siemens, SEL und Philips Verstaatlichungen durchgeführt. Den Loslösungsprozeß von der NATO versucht die andere Supermacht, die Sowjetunion, sofort auszunutzen, um sich seinerseits als Schutzpatron anzubieten und ihre Klauen nach der griechischen Halbinsel auszustrecken. In ihrem Organ „Neue Zeit“ schreibt sie: „Die Enttäuschung über die NATO trägt dazu bei, daß man sich auf die Stellung Griechenlands in der wechselnden Welt besinnt, und überzeugt viele Menschen davon, daß man nicht den Kurs des Kalten Krieges weitersteuern und die nationalen Interessen den überseeischen ‚Schutzpatronen‘ unterordnen darf. (...) Das Heute dieses Landes ... erinnert tatsächlich an ein Kaleidoskop, in dem die Bilder einander immer rascher ablösen ... Das Athener Kaleidoskop zeigt nicht wenige helle Bilder: vor allem die einsetzende Entwicklung der für beide Seiten nützlichen Beziehungen zwischen Griechenland und den sozialistischen Staaten.“ Nützlich für beide Seiten? Daß immer häufiger russische Kriegsschiffe durch den Bosporus ins östliche Mittelmeer durch die griechischen Gewässer kreuzen, unterstreicht den „beiderseitigen“ Nutzen der Beziehungen. Wie die „Welt“ auf die „Erbfeindschaft“ der Griechen gegenüber der Türkei gesetzt hat, setzt die „Neue Zeit“ auf das bunte Kaleidoskop, wobei nur ein anderes Bild zur Verkleidung der eigenen Interventionsabsichten gewählt wurde. Unruhe stiften und abermals Unruhe stiften ist immer das Konzept der Reaktionäre, aber genauso sicher ist, daß sie scheitern werden. – (Z-Red.)

„Das halbe Belgien gehört schon uns“

Bis zum 31.12.1976 hatten westdeutsche Kapitalisten für 4696,8 Millionen Mark Grundstücke, Fabrikgebäude, Maschinen und Lagerhallen in Belgien/Luxemburg gekauft. Das sind rund 10% aller westdeutschen Kapitalexporte. Mit diesem Besitz an Produktionsmitteln in Belgien nehmen die westdeutschen Kapitalisten teil an der Ausbeutung der belgischen Arbeiterklasse, und sie profitieren von der weitreichenden Bedeutung Belgiens für den Welthandel. Als alte Kolonialmacht hat Belgien gut funktionierende Handelsbeziehungen in die ganze Welt, im Antwerpener Hafen wurden in den letzten Jahren mehr Eisen- und Stahlerzeugnisse umgeschlagen als in allen anderen Nordseehäfen. Gleichzeitig hat Belgien große Steinkohlereviere bei Lüttich und eine ausgedehnte Stahlindustrie. Gründe genug für Thyssen, Hoesch und Mannesmann, Beteiligungen an den belgischen Stahlkonzernen zu erwerben und eigene Stahlhandelsorganisationen aufzubauen.

Die Kapitalisten der EG-Staaten unter Führung der BRD-Imperialisten haben die bis 1969 dominierenden US-Imperialisten in Belgien inzwischen übetroffen. 1976 kamen 72% aller belgischen Auslandsinvestitionen aus den EG-Staaten und nur 17% aus den USA. Das war in den 60er Jahren gerade umgekehrt. Im Kampf um die Vorherrschaft in Europa bildet der Besitz an Industrie- und Bankkapital in Belgien eine wichtige Bastion. Rund ein Viertel der 4700 Millionen Mark Investitionen, mit denen die BRD-Imperialisten sich diese wichtige Bastion erkauft haben, stammen von den Banken und Kreditinstituten, wobei das Bankkapital hauptsächlich in Luxemburg konzentriert ist. Als nächstes folgen die Chemie- und Kraftfahrzeugmonopole, die bisher 861 bzw. 829 Millionen Mark investiert haben. Siemens beutet 6600 belgische Arbeiter aus, die Weitverkehrs-, Fernschreib- und Medizinische Technik herstellen, und berichtet im Geschäftsbericht 1975 stolz von 50 Millionen belgischen Franken Dividende. Der Chemie-Konzern Degussa hat auf das Grundkapital der Degussa-Antwerpen N.V. 1975 eine Dividende von 5% „ausgeschüttet“, das sind ebenfalls rund 40 Millionen beglische Franken.

Die Bedeutung Belgiens als Tor zum Welthandel wird unter anderem auch darin deutlich, daß von den Waren für 20 Milliarden Mark, die 1976 von Belgien in die BRD eingeführt wurden, nur Waren für 19 Milliarden Mark in Belgien produziert wurden, während bei den Waren für eine Milliarde Mark Belgien als Zwischenhandelsland eingeschaltet wurde. 1970 betrug die Summe des Zwischenhandels erst 0,2 Milliarden Mark.

Alle westdeutschen Automobilkonzerne haben Handelsvertretungen in Belgien, über die die Golf, Mercedes und Opel in Belgien verkauft werden. Der Veba-Konzern ist allein an 16 Konzernen bzw. Betrieben mit zusammen 31 Millionen Mark Stammkapital größtenteils mit 100% beteiligt. Von Einrichtungen im Antwerpener Hafen über Handelsorganisationen bis zu Produktionsstätten zur Verarbeitung von Rohöl besitzt er Produktionsmittel in Belgien.

An der Börse in Brüssel werden die Aktien von BASF, Bayer, Commerzbank, Dahlbusch, Dresdner Bank, Hoechst, KHD und Siemens gehandelt, also die drei großen Chemiemonopole und die Banken im wesentlichen, das entspricht auch der Stärke des Kapitalexports dieser Branchen. Frohlockend stellt das „Handelsblatt“ (7.7.77) fest: „Die deutsche Wirtschaft und besonders die D-Mark genießt in allen drei Ländern einen kaum zu überbietenden Ruf, und so sollte es niemanden wundern, wenn nicht in allzu weiter Zukunft alle deutschen Standardwerte an den Benelux-Börsen notiert werden. Dann würden sie den holländischen und amerikanischen Aktien ernsthafte Konkurrenz machen.“

Diese wenigen Beispiele zeigen bereits, wie weit es die BRD-Imperialisten schon gebracht haben in ihrem Ruf: „Das halbe Belgien gehört schon ‚uns‘.“ (Z-Red.)

Polen: Erfolgreicher Streik gegen versuchte Lohnkürzung

Mit zwei Streikkämpfen verteidigten sich die Arbeiter einer polnischen Glühlampenfabrik Pabianice, nahe Warschau, erfolgreich gegen den Versuch einer Lohnkürzung. In Polen herrscht eine neue Bourgeoisie über den revisionistischen Staats- und Parteiapparat. Das kapitalistische Staatseigentum unterwirft die Arbeiterklasse dem Lohnsystem und der Ausbeutung und führt selbst mit dem aus den Arbeitern herausgepreßten Mehrwert ein Lotterleben. Den Arbeitern zahlen sie einen Großteil des Lohnes in Form von Prämien für „Planerfüllung“ aus und wollen damit den Eindruck erwecken einer direkten Gewinnbeteiligung am Produktionsergebnis des „sozialistischen Eigentums“. Damit soll der Charakter der Lohnarbeit verschleiert werden. Mit dem Argument, daß die Fabrik die notwendigen Rohstoffe nicht rechtzeitig erhalten habe und deshalb der Gewinn ausgeblieben sei, wollte die Direktion den Arbeitern für zwei Wochen 50% des Lohns vorenthalten. Weil sich die neuen Bourgeois also an keinem aus den Arbeitern herausgepreßten Mehrwert bereichern konnten, sollten diese ein Hungerdasein fristen. Mit zwei Streiks, die insgesamt 4 Tage dauerten, erzwangen die Arbeiter der Fabrik die Ausbezahlung der normalen Lohnsumme. Der Streik zeigt, daß sich die polnischen Arbeiter keine Illusionen über den Charakter der „sozialistischen Eigentumsverhältnisse“ in Polen machen. (Nach: Klassenkampf Nr. 20/77, Zentralorgan des Kommunistischen Bund Österreichs) – (Z-Red.)

Frankreich. Aufgrund der in der EG beschlossenen Abgabe bei Milch müssen die Bauern jetzt für jeden Liter Milch 1,2 Centimes pro Liter Steuern zahlen. Dagegen demonstrierten am 15. September in Frankreich 8000 Bauern in verschiedenen Städten. Mit Traktoren und Transparenten zogen sie durch die Städte und forderten die Regierung auf, diese Steuer sofort zurückzunehmen, ansonsten würden sie zu weiteren Kampfmaßnahmen greifen. Schon einmal mußte die Regierung gegenüber dem Kampf der Milchbauern um den Erzeugerpreis zurückstekken. 1972 sollte der Erzeugerpreis um 4 Centimes gesenkt werden. Dagegen hatten die Bauern die Molkereien besetzt, die Lieferungen durch Blockade der Lastwagen verhindert und ihre Milchlieferungen eingestellt. Die geplante Senkung des Preises mußte zurückgenommen werden.

Afghanistan und die Mongolei in den Klauen des Sozialimperialismus

Man kennt das mittlerweile von den Sozialimperialisten: Immer, wenn sie andere Länder und Völker mit Lobhudeleien überschütten, sind sie dabei, ihre Expansions- und Interventionspolitik zu verstärken. Die Mongolei und Afghanistan zählen sie auch zu den „guten Nachbarn". Beide Länder haben für den Sozialimperialismus strategische Bedeutung. Sie sind für den Sozialimperialismus Aufmarschgebiet bei seinem Streben nach Weltherrschaft, andererseits dienen sie ihm zur Sicherung des Rohstoffmonopols innerhalb des RGW.

Die Mongolei ist Aufmarschgebiet gegenüber der Volksrepublik China. Zigtausende sowjetische Soldaten sind dort stationiert, darunter Panzertruppen, bereit zum Losschlagen gegenüber der Volksrepublik China. Mit Afghanistan verhält es sich etwas anders. Das Land ist nicht wie die Mongolei direkt an den sowjetischen Einflußbereich durch RGW und Warschauer Pakt angeschlossen. Trotzdem versucht die Sowjetunion, das Land in eine Halbkolonie zu verwandeln. Afghanistan wird als Panzerrollstraße zum Indischen Ozean von den Sozialimperialisten betrachtet, das Land reicht weit in die schwach besiedelten Gebiete von Belutschistan in Pakistan – ein Gebiet wiederum, was direkt an den Indischen Ozean grenzt. Entsprechend bestand auch die erste „brüderliche Hilfe" der Sowjetunion im Ausbau der Straßenverbindungen von der sowjetisch-afghanischen Grenze bis herunter an die Landesgrenze zu Pakistan, so daß die Bedingungen geschaffen wurden, direkt mit motorisierten Verbänden schnell vorzustoßen. Früh haben die Sozialimperialisten ihr Interesse an Afghanistan bekundet und immer wieder den Versuch unternommen, das Land in die „internationale Arbeitsteilung" zu integrieren, die sie weltweit propagiert. Fieberhaft sind sowjetische Geologen im ganzen Land auf der Suche nach verschiedenen Rohstoffen. Dort, wo die Sozialimperialisten fündig geworden sind, sind sie gleich an die Ausbeutung der Vorräte gegangen. Afghanistan ist nämlich verpflichtet worden, alle vom sowjetischen Imperialismus bezogene „Entwicklungshilfe" mit Rohstoffen zurückzuzahlen. Die Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" schreibt: „Charakteristisch für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist, daß die im Rahmen ihrer ökonomischen Zusammenarbeit errichteten Industriebetriebe nicht nur für den Binnenmarkt produzieren, sondern auch die Möglichkeiten eines garantierten Absatzes ihrer Erzeugnisse in die Sowjetunion erhalten. Das trifft u.a. für die mit Unterstützung der Sowjetunion geschaffene Erdgasindustrie zu. Afghanistan liefert der Sowjetunion Naturgas. Das ist eine Form der Tilgung sowjetischer Kredite sowie ein effektiver und aussichtsreicher Weg zur Festigung der nationalen Wirtschaft." Mit jedem Objekt also, was die Sozialimperialisten in Afghanistan anlegen, wird die Wirtschaft um so fester an die Sowjetunion gekettet. In den letzten Jahren wurden insgesamt 67 Projekte von den Sozialimperialisten angelegt.

„Im Jahre 1975 sind über drei Fünftel der Industrieproduktion in Werken und Fabriken erzeugt worden, die mit Hilfe der Sowjetunion errichtet worden sind." (Probleme des Friedens und des Sozialismus 6/77)

Mit der Mongolei treiben es die Sozialimperialisten genauso. Dort ist es ihnen gelungen, das Land schon fester zu „integrieren" durch Mitgliedschaft im RGW und im Warschauer Pakt. Bodenschätze und landwirtschaftliche Produkte sichern sich die Sozialimperialisten auch hier, zur Sicherung ihrer Monopolstellung an Rohstoffen innerhalb des RGW. „Bereits einige Jahre ist in der Mongolischen Volksrepublik eine Komplexexpedition der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik tätig. Die Wissenschaftler erarbeiten Karten der Fauna und Flora und der Böden der Republik sowie ein System für eine regionale Forstwirtschaft." (Die Zeit) Dort wo Bodenschätze gefunden werden, plündern die Sozialimperialisten sie rigoros aus. Gegründet werden, um die Monopolisierung voranzutreiben, gemeinsame sowjetisch-mongolische Gesellschaften so z.B. für die Buntmetallindustrie. Der Direktor dieser Gesellschaft ist der Bevollmächtigte des sowjetischen Ministeriums für Buntmetallindustrie. Als Beispiel für die Ausplünderung mag die Flußspatausbeutung dienen.

Schon Anfang der sechziger Jahre war in einem Abkommen mit der Mongolei festgelegt worden, daß innerhalb von zehn Jahren der in der Mongolei geförderte Flußspat ausschließlich in die Sowjetunion exportiert werden muß. Ein entsprechendes Abkommen sichert der Sowjetunion eine Lieferung von mindestens 100000 Tonnen. Der Flußspatertrag der Mongolei betrug im Jahre 1973 z.B. 96300 Tonnen. Der bedeutendste Teil davon ging in die Sowjetunion. Der Anteil des mongolischen Flußspat am Gesamtimport der Sowjetunion beträgt 50%. Die nächsten Jahre soll sich die Ausplünderung noch steigern. Die sogenannte mongolisch-sowjetische Gesellschaft für Buntmetalle „sieht sich in den künftigen Jahren vor die Aufgabe gestellt, die jährliche Flußspatförderung bis 200000, 300000 jährlich zu erhöhen." Die Sowjetunion fordert von der Mongolei die Lieferung von 800000 Tonnen Flußspat bis 1978, gerechnet von 1973 an. Gleichzeitig mit der Ausplünderung des Landes sichert sich die Sowjetunion den Absatz ihrer Waren zu den von ihnen festgelegten Monopolpreisen. So ist z.B. der Mongolei untersagt, im Rahmen der „internationalen Arbeitsteilung" innerhalb des RGW eine eigene Energiewirtschaft aufzubauen. Erdgas und überhaupt Energieträger werden aus der Sowjetunion geliefert, ebenso die entsprechenden Ausrüstungen. „Die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit der Sowjetunion mit der Mongolischen Volksrepublik ist in der Regel komplex", sagte der stellvertretende Vorsitzende des staatlichen Komitees des Ministerrates der UdSSR für Außenwirtschaftsbeziehungen, Tschernyschow. „Sie basiert auf Regierungsabkommen mit Gewährung entsprechender Kredite. Sowjetische Organisationen übernehmen die Projektierung und Projektierungsarbeiten, liefern die Ausrüstungen und entsenden Fachleute für die technische Unterstützung bei dem Bau und der Montage der Anlagen. Einzelne Großbetriebe werden von den sowjetischen Organisationen schlüsselfertig übergeben." Mittlerweile wird der Fünfjahresplan der Mongolei so ausgerichtet, daß er den sowjetischen Bedürfnissen entspricht. – (Z-Red.)

Eröffnung der 32. Generalvollversammlung der UNO: Kraftvolle Bekundung des Zusammenschlusses der Völker gegen den Imperialismus

Die 32. Generalvollversammlung der Vereinten Nationen ist eröffnet worden. Als neuer Präsident der UNO-Vollversammlung wurde der jugoslawische Außenminister Lazar Mysow gewählt. Die UNO-Vollversammlung umfaßt 126 Tagesordnungspunkte. Die Imperialisten sind nicht durchgekommen, wichtige Brennpunkte des Kampfes der Völker der Dritten Welt aus der Debatte im Plenum zunächst auszuklammern und an die Ausschüsse zu verweisen, wie z.B. die Lage auf Zypern, in Namibia, Azania und im Nahen Osten und die Absichten der Zionisten, in Jordanien neue jüdische Siedlungen zu befestigen, wie sie es auf Antrag der französischen Imperialisten zunächst vorhatten.

Sie hatten auch gleich zu Beginn den Versuch unternommen, den Beginn der Sitzung zum Platzen zu bringen über ihr Vorhaben, der Delegation Kambodschas das Stimmrecht zu entziehen. Nach den Bestimmungen der UNO wird jedem Mitglied, das über zwei Jahre seine UN-Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt hat, das Stimmrecht entzogen. Die Imperialisten versuchten, der kambodschanischen Delegation die Schulden der besiegten und vertriebenen Lon-Nol-Clique aufzurechnen und von daher einen Stimmrechtsverlust Kambodschas herbeizuführen. Dieser unverschämte Anschlag sowohl auf die Rechte des kambodschanischen Volkes innerhalb der UNO als auch auf den Sieg des kambodschanischen Volkes über die US-Imperialisten und ihre Handlanger in der Lon-Nol-Clique wurde ebenfalls zurückgeschlagen, ist aber noch nicht endgültig ausgetragen.

Die Eröffnung der 32. Generalversammlung wurde von der Neuaufnahme Djiboutis und vor allem Vietnams in die UNO geprägt. „Die Vertreter der verschiedenen Länder bekundeten einmütig per Akklamation die Aufnahme der Sozialistischen Republik Viet Nam als 149. Mitglied der UNO. Als die Mitglieder der vietnamesischen Delegation, geführt von Vizepräsident und Außenminister Nguyen Duy Trinh, ihre Sitze in der Versammlungshalle einnahmen, brach erneut donnernder Beifall los.

Es war die Bekundung der Hochachtung vor dem heldenhaften vietnamesischen Volk, das für die Angelegenheiten der Völker der Welt im Kampf gegen den Imperialismus einen bedeutenden Beitrag geleistet hat. Vertreter von mehr als 30 Ländern der Welt gingen einer nach dem anderen zum Rednerpult, um ihre herzlichen Glückwünsche auf den noch jungen Sieg des vietnamesischen Volkes auszudrücken . . .

Nguyen Duy Trinh bedankte sich vor der UNO-Vollversammlung für die Aufnahme und erklärte: ‚Der Sieg Vietnams ist auch ein Sieg des gemeinsamen Kampfes der Völker der Welt gegen Imperialismus, für Unabhängigkeit und Freiheit. Der Sieg von Vietnam demonstriert die leuchtende Wahrheit unserer Zeit: eine Nation, wie klein auch immer, unter der Voraussetzung, daß sie geeint ist und überzeugt, zu kämpfen auf Grundlage einer richtigen Linie, die die Sympathie und die Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen erhält, ist gänzlich fähig, alle Aggressoren zu besiegen. Keine reaktionäre Macht, wie machtvoll auch immer, kann die Völker abhalten, Unabhängigkeit, Freiheit, Friede und Glück zu erkämpfen!' " (Hsinhua, 24.9.77)

Bauchschmerzen und Ohrensausen haben die Imperialisten bei diesen Reden bekommen. Der britische Außenminister Owen beklagte die düsteren Zukunftsaussichten der Imperialisten sogleich: „Der ständige Kampf, die Kluft zwischen Wunsch und Verwirklichung zu schließen, ist in der UNO schon vor 22 Jahren beschrieben worden . . . Heute gibt es immer noch die Kluft zwischen Wunsch und Durchführung und die Gefahr des Chaos ist immer gegenwärtig . . ." Mit Schmerzen hat er dabei an den gescheiterten britisch-amerikanischen Plan für Zimbabwe gedacht und an das, was er in der UNO von den Ländern der Dritten Welt im Zusammenschluß zur Unterstützung des Volkes von Zimbabwe noch erleben wird. Immer größer sieht er die Kluft zwischen den imperialistischen Interessen und ihrer Verwirklichung in Zimbabwe wie auf dem gesamten afrikanischen Kontinent werden.

Genscher als Vertreter der westdeutschen Imperialisten, die gerade gegen die Länder der Dritten Welt ihr Fregattenbauprogramm durchziehen und im Internationalen Währungsfonds die Plünderung der Länder der Dritten Welt vorantreiben, ist vor der UNO als Friedensapostel, Spalter, Plünderer und versuchter Heuchler aufgetreten. Den Höhepunkt der Imperialistenheuchelei in der UNO wird es am 4. Oktober geben, für den Carter seinen Auftritt vor der UNO angekündigt hat.

Die Völker der Dritten Welt lassen sich aber nicht täuschen, ihre tägliche Erfahrung mit den Räubereien und Aggressionen der Imperialisten hat sie gelehrt, ihre Stärke im Zusammenschluß im Kampf gegen den Imperialismus für ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu suchen. Das wird sich in den nächsten Wochen der 32. Generalversammlung zeigen. – (Z-Red.)

Südkorea als Drehscheibe großer militärischer Unternehmungen

Die Pläne der US-Imperialisten unter der Flagge des „Truppenrückzugs"

Schon kurz nach seinem Amtsantritt hat Carter erklärt, er wolle einen „Truppenrückzug aus Korea" einleiten. Seit dem Aggressionskrieg des US-Imperialismus gegen Korea stehen dort noch immer unter angemaßtem UN-Mandat 50000 Mann amerikanischer Truppen und halten den Süden des Landes okkupiert.

Daß dieser „Truppenrückzug" ein Schwindel ist, haben wir in der Kommunistischen Volkszeitung (23/77) bereits damals geschrieben. Es ist aber noch mehr.

Anfang August hat die US-Regierung mit dem südkoreanischen Marionetten-Regime des Pak Chung Hi ein neues Militärabkommen geschlossen, das den Austausch amerikanischer durch koreanische Söldnertruppen vorsieht. Die amerikanischen Truppen werden nach den USA zurückverlagert, wo sie auch für den Einsatz in Europa zur Verfügung stehen. Gleichzeitig aber werden sowohl die südkoreanischen Marionettentruppen als auch die verbleibenden US-Truppen in Südkorea im Riesenmaßstab aufgerüstet.

Die Pak-Chung-Hi-Clique, die sich als Regierung der „Republik Korea" bezeichnet und Südkorea in eine Zwangsarbeitshölle der imperialistischen Monopole verwandelt hat (eine wahre Hölle, wo 80% der Menschen unterhalb jenes Minimums leben müssen, das selbst nach Angaben der Lagerverwaltung die absolute Armutsgrenze bildet) wird für 7 Milliarden Dollar Waffen in den USA einkaufen sowie weitere Söldner für ihre Armee werben. Die US-Imperialisten selbst werden vor allem ihre logistischen Truppen (davon sollen 6000 Mann bleiben) sowie ihre Luftstreitkräfte, die auf 8000 Mann erweitert werden sollen, bedeutend aufrüsten, einschließlich der Arsenale an taktischen Atomwaffen, von denen bereits 1000 in unterirdischen Abschußrampen stehen. Vor allem aber wollen die US-Imperialisten die koreanischen Marionettentruppen direkt unter ihrem Kommando zusammenfassen. „Der gemeinsame Kommandeur wäre der Viersterne-General, der die US- und UN-Truppen in Südkorea kommandiert." Dies soll der Teil der Vorschläge gewesen sein, die Carter in einem „persönlichen Brief" dem Marionettenhäuptling Pak Chung Hi Ende Juli unterbreitet hat. (International Herald Tribune, 26.7.77) Diesen Brief überbrachte der US-Verteidigungsminister Harald Brown bei einer demonstrativen Inspektion der US-Truppen in Korea im Juli. Brown war schon Kriegsminister unter Johnson und brachte damals den Vietnamkrieg, vor allem den Luftkrieg gegen Nordvietnam, auf volle Touren.

Man sieht, in welcher Richtung die US-Imperialisten die Erfahrungen aus ihrer epochalen Niederlage in Vietnam gezogen haben. Die Richtung geht auf *bessere Vorbereitung* solcher Aggressionen.

Bessere Vorbereitung vor allem auch in ideologischer Hinsicht. Dazu hat die US-Finanzbourgeoisie den Mann Gottes, Carter, in seiner ganzen unbefleckten Erscheinung schließlich zu ihrem neuen Geschäftsführer berufen. Der arbeitet nun für sein Geld. Für Asien, genau wie für Afrika und Lateinamerika, hat er eine „neue Politik" ausgearbeitet, womit der US-Imperialismus sich wieder eine weiße Weste verschaffen will, um neue Blutbäder vorzubereiten. Im Fall Koreas, der wichtigsten neokolonialen Besitzung des US-Imperialismus in Asien, zeichnet sich die Politik der Carter-Regierung durch besondere Hinterfotzigkeit aus. Die eine Seite bilden gezielte Akte der Aggression, wie das Überfliegen nordkoreanischen Gebiets an der Demarkationslinie. Als einer der Armeehubschrauber im Juli schließlich von der Luftabwehr der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) schließlich heruntergeholt wurde, stimmten die US-Imperialisten ein Riesengeschrei über die „Aggressivität" der KVDR an, und kündigten „für den Fall einer Aggression aus dem Norden" (wie es in Vietnam auch genannt wurde) „sofortige und entscheidende Gegenschläge", darunter auch den Einsatz von Atomwaffen, wenn nötig, an. In solcher Weise rasselte Brown bei seinem Besuch unaufhörlich mit dem Säbel. Die andere Seite der Carterschen Korea-Politik bilden die bekannten Vorhaltungen, hier an die Seouler Marionettenregierung, die Menschenrechte zu achten usf. Das dient in Wirklichkeit nur dazu, den US-Imperialismus als unschuldig herauszuputzen gegenüber den zahllosen Verbrechen, die diese Henker in seinem Auftrag tatsächlich Tag für Tag begehen.

In diesem Zusammenhang gehört auch genau der Schwindel mit „Watergate", „Koreagate" und der ganzen, von der imperialistischen Presse breit ausgetretenen „Skandale". Die Verbrechen der Vergangenheit sollen der Nixon-Ära angehören, und es wird jede Menge schmutzige Wäsche gewaschen, um den US-Imperialismus selbst und seine jetzige Regierung reinzuwaschen.



Die US-Imperialisten sind unersättlich in ihrer Gier nach Öl. Nicht weil sie selber keines hätten – es geht ihnen ums Ölmonopol.

Alaska: Dort liegen Reserven von bisher erschlossenen Ölfeldern von 916 Milliarden Barrel. Ende Juni 1977 wurde die Pipeline zwischen USA und Alaska eröffnet, die 1300 Kilometer lang ist. Täglich fließen 1,2 Millionen Barrel Öl in die Staaten. Diese Pipeline geht durch die Reservate der Indianer, die sich seit Baubeginn gegen die Pipeline gewehrt haben.

Kanada: Die kanadischen Rohölvorkommen sind von den US-Imperialisten bereits weitgehend geplündert worden. Die US-Imperialisten erschließen sich jetzt den Ölsand und Ölschiefervorkommen, deren Vorräte 42000 bis 57000 Millionen Barrel betragen.

Mexiko: Die mexikanischen Funde sind bislang 14 Milliarden Barrel Öl. Die US-Imperialisten haben sich in die staatliche Ölgesellschaft Pemex eingekauft. Eine Pipeline von Mexiko nach den USA soll 1979 eröffnet werden.

Norwegen: Ekofisk (Bohrinsel vor Norwegen) liefert z.Zt. 25 Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr. Die US-Imperialisten sind mit 10 Milliarden DM an dieser Insel beteiligt.

OPEC-Staaten: 67% der Erdölreserven der Welt lagern im arabischen Raum. An Ölgesellschaften in Saudi-Arabien sind die US-Imperialisten beteiligt. Von 100 Milliarden Dollar, die in Saudi-Arabien 1976 über den Erdölexport eingenommen wurden, gingen allein 27 Milliarden Dollar an die USA.

Der festere Zugriff, den sich der US-Imperialismus auf Südkorea zu verschaffen sucht, ist eine Reaktion auf den anhaltenden Kampf, den die koreanischen Volksmassen für den Abzug der Besatzungstruppen, den Sturz des Marionettenregimes und die friedliche Wiedervereinigung des Landes gemäß dem Vorschlag des Führers der koreanischen Revolution, Genossen Kim Il Sung, führen.

Der festere Zugriff dient aber auch der Sicherung gegenüber den Versuchen der imperialistischen Konkurrenz, hier vor allem der japanischen Imperialisten, in der Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südkorea und der Ausplünderung des Landes mit dem US-Imperialismus gleichzuziehen oder ihn sogar zu überholen.

Es mag angesichts dieser Konkurrenz zwischen dem Imperialismus der USA und Japans wie ein Widerspruch erscheinen, daß Fukuda gegen die Pläne eines „Truppenrückzugs" der USA Bedenken anmeldete und sich für den Verbleib der US-Landstreitkräfte in Südkorea aussprach.

Der japanische Imperialismus kann und will gegenwärtig nicht offen als Militärmacht, die er unter der Decke längst wieder ist, hervortreten. US-Landtruppen zur Sicherung des Ausbeutungsparadieses Südkorea sind ihnen daher sehr recht. Aber den Ausbau Südkoreas zu einer Drehscheibe neuer großer Militärunternehmungen des US-Imperialismus in Asien, den die Carter-Regierung unter der Flagge von „Truppenrückzug" betreibt, sehen sie äußerst ungern.

Während die Faktoren für die Revolution sich stürmisch entwickeln in Asien, wachsen auch die Faktoren für den Krieg. – (Z-Red.)

Die revolutionäre Linie im Kampf um die nationale Befreiung

Interview mit Genossen Makoti, Mitglied des ZK und Leiter der Delegation des Pan Africanist Congress von Azania in der BRD

Worin besteht die Bedeutung der Black Consciousness Movement?

Die Black Consciousness Movement war zunächst eine Vorstellung, ein Gedanke, Selbstbewußtwerdung der Schwarzen, aus dem sich verschiedene Organisationen entwickelten. Die erste dieser Organisationen war die South African Students Organisation (SASO) in englischsprachigen weißen Universitäten, in denen einige wenige schwarze Studenten zur Teilnahme an Seminaren zugelassen waren. Die weiße Studentenvertretung NUSAS war vom Liberalismus bestimmt. Mit der Entstehung der Black Consciousness Movement traten die schwarzen Studenten aus der NUSAS aus, befreiten sich von der liberalen weißen Führung und gründeten ihre eigene, unabhängige Organisation.

1960 wurden die Befreiungsbewegungen PAC und ANC verboten und mußten in den Untergrund. Daraus resultierte ein politisches Vakuum, die Bewegung konnte sich nicht mehr legal und öffentlich organisieren. Das ließ dem Kolonialregime Raum für seine Manöver der „getrennten Entwicklung" und der Bantustanpolitik. Die wichtigsten Spaltungsinstrumente der Kolonialisten sind die Bantustans, die Farbigen" und der „Indische Rat" für die Teile unseres Volkes asiatischer Abstammung. Um dem entgegenzutreten, organisierte sich die Jugend unseres Landes in der Black Consciousness Movement. Sie stellte sich die Aufgabe, endgültig bewußt zu machen, daß die Bantustanpolitik keine Lösung für die Probleme unseres Volkes darstellte, keine Lösung für die Hoffnungen unseres Volkes auf nationale Unabhängigkeit, sozialer Befreiung und Selbstbestimmung. Erfolgreich hat die Black Consciousness Movement die sogenannten „Repräsentativräte der Lüge"zerschlagen, daß die Politik der „getrennten Entwicklung", daß „unabhängige Stammesländer" Ziele unseres Volkes im Kampf sein können, daß die schwarzen Funktionäre der Bantustans die Führer des Volkes sein können. Es gelang, gegen diese Spaltungsmanöver alle Teile des Volkes in der Black Consciousness Movement zusammenzuschließen und eine gemeinsame Front gegen die weiße Oberherrschaft herzustellen. Das war der zweite große Sieg der Black Consciousness Movement. Und der dritte Sieg war die Entlarvung des politischen Betrugs, den die Liberale Opposition und andere „humanitäre Organisationen" seit Jahrzehnten gegenüber unserem Volk betreiben, daß nämlich alles Unheil in unserem Lande von der Apartheid und der rassischen Diskriminierung herrühre. Ohne Apartheid sei alles in Ordnung. Die Black Consciousness Movement bewies, daß die Abschaffung der Apartheid nichts am ausbeuterischen Charakter dieses Systems, nichts an der Oberherrschaft der fremden Monopolkapitalisten ändern würde.

Während der beiden vergangenen Wochen hat die Delegation des Pan Africanist Congress, wie hier in Frankfurt vor 600 Teilnehmern am 29. September, auf 13 Veranstaltungen des KBW vor 4000 Menschen gesprochen. 55000 DM wurden für die Errichtung eines Zentrums für die politische Schulung der Befreiungskämpfer bisher gesammelt.

Tatsächlich ist die BCM die Form, die unter Bedingungen der Illegalität der Befreiungsorganisationen der offene (die Illegalisierung unterlaufende, Red.) Kampf unseres Volkes um die nationale Befreiung angenommen hat.

Die Imperialisten und in ihrem Troß die Sozialdemokraten und Revisionisten behaupten, Azania gehöre allen, die darin leben. Die Opportunisten aller Schattierungen reden von Einheit zwischen Schwarz und Weiß und daß die nächste Etappe die der sozialistischen Revolution sei, womit sie dem afrikanischen Volk das Recht auf nationale Befreiung absprechen.

Die Etappe unserer Revolution ist die Etappe der nationaldemokratischen Revolution. Als erstes müssen wir die nationale Frage lösen. Diese Frage ist eng verbunden mit der Landfrage.

In unserem Land sind die Bauern und die Volksmassen insgesamt zu über 87 Prozent ihres Bodens beraubt. Heute ist es für die Bauern unmöglich, sich von dem bißchen Land, daß ihnen zur Bearbeitung zur Verfügung steht, zu ernähren. Von ihrer objektiven Lage her gehen die Bauern daher ständig in die Arbeiterklasse über, denn ständig sind sie gezwungen, aus den sogenannten „Heimatländern" ins „weiße Südafrika" zu wandern, um dort in Industrie und Landwirtschaft zu arbeiten. Das Kolonialistenregime hat sich dazu das System der „Eingeborenenpolitik" und „Eingeborenenverwaltung" erdacht und heute im System der „Bantustans", der „Heimatländer" festgeschrieben. Die Bantustans dienen ihm, die Arbeitskraft unseres Volkes je nach Bedarf der Ausbeutung in Industrie, Handel und Landwirtschaft zu lenken.

Wir erkennen sofort, daß die Lage, in der unser Volk sich befindet, die Lage der Unterdrückung durch den Kolonialismus ist. Mit dem Aufbau der südafrikanischen Union nach Gesetzen des britischen Parlaments 1910 haben die britischen Kolonialisten ihre Kolonialautorität an ein Koalitionsregime aus den 4 früheren britischen Kolonien in Südafrika weitergegeben. Deshalb ist die erste und wichtigste Frage für unser Volk die Lösung der nationalen Frage.

Wenn wir diese Frage lösen wollen, müssen wir uns fragen: Wer wird in unserem Land auf seiten der Revolution stehen? Mit wem können wir die Revolution durchführen? Und warum stehen diese Klassen auf der Seite der Revolution? Wir müssen untersuchen, wer die führende Kraft in der Revolution ist.

Wir denken, daß die Arbeiterklasse und ihre Wissenschaft die führende Kraft in unserer Revolution ist, und wir denken, daß der Klassenkampf das entscheidende Kettenglied in der Durchführung der Revolution ist. Und schließlich sind wir der Meinung, daß die revolutionäre Partei, geleitet durch die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen der entscheidende Faktor in der Führung unserer nationaldemokratischen Revolution ist.

Als führende Klasse in der Revolution braucht die Arbeiterklasse das Bündnis mit den Bauern. Die Bauern sind der hauptsächliche Bündnispartner in unserem Land. Die Bauern wiederum, die weniger entwickelt und weniger organisiert sind, brauchen die Führung der Arbeiterklasse, um ihr Land zu erobern, den Kampf gegen die Landbarone zu führen, ihren Landbesitz zu konfiszieren und unter sich aufzuteilen. Weiter braucht die Arbeiterklasse das Bündnis mit Teilen der Kleinbourgeoisie, wie etwa den revolutionären Intellektuellen, die die patriotischen Kräfte in unserer Revolution verkörpern und sich im Widerspruch zum Regime befinden.

Ist das Bündnis mit den weißen Arbeitern möglich?

Uns ist die Rolle der Arbeiterklasse als ganzer im Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, im Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchaus klar. In Azania bilden die weißen Arbeiter aber heute eine privilegierte Arbeiteraristokratie, was es schwierig macht, die Einheit mit den schwarzen Arbeitern herzustellen. Die schwarze Arbeiterklasse hat über die Jahrzehnte alle Anstrengungen unternommen, sich mit den weißen Arbeitern zusammenzuschließen gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus und den Imperialismus in unserem Lande. Aktuell steht die Befreiungsbewegung vor großen Schwierigkeiten, die weißen Arbeiter in eine gemeinsame Front einzuschließen, denn noch ist ihnen die Perspektive dieses Zusammenschlusses nicht klar. Das Kolonialistenregime spaltet die Arbeiterklasse mit Bestechung, die es den weißen Arbeitern auf Kosten der schwarzen Arbeiter anbietet. In unserem Land gibt es eine doppelte Arbeitsgesetzgebung: die Prinzipien, die auf die Ausbeutung schwarzer Arbeitskraft angewandt werden, unterscheiden sich von denen, die auf die Ausbeutung weißer Arbeitskraft angewandt werden. Wir kämpfen für die Herstellung eines einheitlichen Arbeitskodex. Solange es diesen einheitlichen Kodex nicht gibt, wird es immer Spaltungslinien und Widersprüche geben, die vom Rassistenregime gegen die Einheit der Arbeiterklasse geschürt werden.

Wenn so auch die Lage aktuell schwierig ist, haben wir doch keinen Zweifel, daß die Arbeiterklasse als ganzes die führende Kraft in unserer Revolution ist und daß es zwei Arbeiterklassen in unserem Land nicht geben kann. Es kann nur eine Arbeiterklasse geben. Wir denken, daß der bewaffnete Kampf unseres Volkes, indem es seine Macht entfaltet, Bedingungen schaffen wird, unter denen die weißen Arbeiter erkennen, daß ihre Zukunft im gemeinsamen Kampf, in der Einheit mit der schwarzen Arbeiterklasse gegen den gemeinsamen Feind liegt und daß an diesem Punkt die weißen Arbeiter sich in die Front werden einreihen können.

Die Mörder als Biedermänner

Erklärung des Genossen Makoti, Mitglied des ZK des PAC, zur Ermordung des Studentenführers Steve Biko

„Die Kranzniederlegung von Repräsentanten der Imperialisten wie US-Botschafter Bowdler und Andrew Young ist eine ungeheure Heuchelei, ihre Ehrenbezeugung an Steve Biko ist verlogen und heimtückisch, eine Verspottung Steve Bikos und des afrikanischen Volkes im Kampf gegen die Imperialisten an seinem Grabe. Sie wollen ihn als reformistischen Führer hinstellen, als Führer, der sich für eine friedliche Veränderung eingesetzt hat in unserem Land. Der südafrikanische Folterminister Kruger sagte, Biko sei an den Folgen eines Hungerstreiks gestorben. Das ist eine Lüge. Er hatte Verletzungen an Kopf und Hirn und an seinem Körper, d.h. er wurde gefoltert und umgebracht. Donalds Woods, der Herausgeber der Zeitung „East London Daily Dispatch", ein Liberaler aus Südafrika, berichtete, Biko habe zu ihm gesagt, wenn er im Verlauf seiner Gefangenschaft stirbt, daß es sicher nicht stimmt, wenn behauptet würde, es sei Selbstmord, ein Sprung aus dem Fenster eines Gebäudes, Hungerstreik oder ähnliches gewesen. Biko starb, weil er sich gegen den Feind auflehnte. Der Feind wollte von ihm Informationen erpressen, ihn zu Zugeständnissen zwingen, und weil er das nicht erreichte, brachte er Biko um.

Als einer der Begründer der Black Consciousness Movement (Bewußtwerdungsbewegung der Schwarzen) setzte Biko die Kampftradition des afrikanischen Volkes von Azania einfach fort und er hat erreicht, was frühere Organisationen und Bewegungen nicht vollständig erreichten, nämlich das Selbstbewußtsein der afrikanischen, indischen und sogenannten farbigen Massen zu wecken und anzustacheln. Ziel der Black Consciousness Movement war, die Bantustans als angebliche Lösung für die Probleme der Afrikaner in Südafrika zu bekämpfen. Und ich glaube, daß wir Biko die Anerkennung schuldig sind, daß ihm das gelang.

Das grundlegende Ziel der Black Consciousness Movement nach dem Verbot des PAC und ANC war es, dieses Betrugsmanöver angeblicher „Selbstbestimmung" und „Unabhängigkeit" zu entlarven. Und die afrikanischen Massen im ganzen Land haben diese Pläne zurückgeschlagen. Im Ausland haben die mit unserem Kampf sympathisierenden Bewegungen die Weltmeinung mobilisiert und erreicht, daß die OAU, die Vereinten Nationen, die Arabische Liga, die Islamische Konferenz und sogar die EG die Anerkennung der Transkei als unabhängigen Staat verweigern. Für diese Kampagne müssen wir Biko und seinen Kameraden Anerkennung zollen. Die zweite große Leistung Bikos und der anderen Führer der Black Consciousness Movement ist, daß sie den Liberalismus in unserem Land erfolgreich entlarvt haben, seine schädliche Wirkung auf den Kampf in unserem Land. In der Vergangenheit wurde unser Volk getäuscht, es sollte glauben, die Liberalen und die von ihnen gepriesenen Reformen seien eine Alternative zur herrschenden rassistischen Regierung. Unser Volk sollte sich auf die Unterstützung der Liberalen verlassen. Auch damit hat Biko und seine Gruppe aufgeräumt. Die Rolle der Liberalen in unserem Land ist vollständig entlarvt worden, so daß niemand mehr zu ihnen aufsieht. Biko sagte dem afrikanischen Volksmassen, sie dürften die Bevormundung durch niemanden akzeptieren, sich nur auf die eigenen Kräfte verlassen.

Um Biko mundtot zu machen, wurde er ins Gefängnis geworfen, dann gebannt (d.h. unter Hausarrest gestellt). Er durfte keine öffentlichen Versammlungen mehr besuchen und an den Aktivitäten seiner Bewegung nicht mehr teilnehmen. Er durfte in der Presse nicht mehr erwähnt werden und keine öffentlichen Erklärungen abgeben. Er mußte sein Studium aufgeben und war in King Williamstown unter Hausarrest. Nunmehr traten die Imperialisten selber auf und sprachen in seinem Namen. Sie verkündeten aber das Gegenteil dessen, was Biko wirklich vertrat. Kürzlich lud ihn sogar die US-Regierung ein zu Gesprächen in den USA mit ihrem Außenminister Vance. Sie sagten ihm, dadurch würde er der Haft entgehen, in der er war, weil er den „Bann" durchbrochen und an Aktionen der Massen teilgenommen hatte. Aber Biko lehnte entschieden ab. Er erklärte, daß nichts Unrechtes an diesen Aktivitäten ist. Die Liberalen wollen ihn nachträglich bekämpfen, wenn sie sagen, er war ein Mann des Friedens, gegen Gewalt. Er war ein militanter Kämpfer. Er sagte z.B. zu den Kämpfen der Massen: ‚Die Weißen haben die Schwarzen viel zu sehr herumgestoßen und getreten, jetzt aber hat der Schwarze begriffen, wie er auf diese Tritte antworten muß.'

Das war Biko wirklich."



Über 20000 Afrikaner nahmen am Begräbnis von Steve Biko teil. Viele Tausende wurden von der Polizei mit dem Gewehr abgehalten, sich anzuschließen und gegen das Kolonialregime zu demonstrieren. „Ruhe in Südafrika während der Trauerfeier für Biko" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.9.), das sind Fieberträume der Imperialisten, verbreitet durch ihre Journaille. „Gott rette Afrika" wurde beim Begräbnis auch gesungen, schließlich haben die Kolonialisten und Imperialisten einen ganzen Heerhaufen von Pfaffen im Einsatz, um die Volksmassen Azanias zu spalten, wehrlos zu machen. Als Gott stellen die Imperialisten sich selber vor, von ihnen sollen die afrikanischen Massen weiterhin Errettung hoffen. Aber tatsächlich sitzt ihnen die Angst im Nacken.

Bikos Leben wie die Trauer der Volksmassen um ihn ist bestimmt durch die revolutionäre Aktion, revolutionäre Lieder bestimmten Begräbnis und Kundgebungen, Ausdruck der Entschlossenheit, daß das Volk von Azania auf die eigene Kraft vertraut und nicht auf Ausbeuter und Unterdrücker.

Wenn jetzt die imperialistische Mafia, die die Gewehre des Faschisten Krüger kommandiert, Kränze an Bikos Grab niederlegen, um die Schmierenkomödie fortzusetzen, dann dokumentieren sie ihren Haß und ihre Angst. Sie wissen, Biko hat dazu beigetragen, daß in Südafrika die Massen die Revolution begonnen haben und sie erkannt haben, daß sie nur mit revolutionärer Gewalt das koloniale Joch brechen können. Sie sind im Begriff sich zu bewaffnen, um das Gefängnis und die Zwangsarbeitslager, das die Imperialisten aus Südafrika gemacht haben, zu sprengen.

Christlich-nationale Reaktion im Dienste des Kapitals

Historische Entwicklung und neue Grundsatzdebatte

Unter der Überschrift „Europa – Christliches Abendland, die Mahnung von Ottobeuren" berichtet der „Bayernkurier" vom 24.9.1977 über eine Einladung des Bischofs Stimpfle an Kardinäle, Äbte, Parlamentspräsidenten und Parteivorsitzende in die „wuchtige Klosteranlage" von Ottobeuren. Bischof Stimpfle, „der 57. Nachfolger auf dem Bischofsstuhl jenes heiligen Ulrich, der als Stratege und Seelsorger 955 auf dem Lechfeld den Blitzsieg über die Hunnen erzwang und so das Abendland vor der Bedrohung aus dem Osten rettete", sei kein Mann leichtfertiger Phrasen. Er sagt, was Sache ist. „Das offen oder latent vorhandene christliche Erbe ... kann diesen Kontinent aus seiner Leere befreien, ihm seine Seele, seine geistige Identität wiedergeben." Das meinte auch Strauß in seiner Rede: „Die Zukunft gehört der Person, nicht dem Kollektiv. (...) Wir müssen Europa auf einer christlichen Basis schaffen, damit wir nicht von den roten Demagogen um den Ertrag unserer Lebensarbeit betrogen werden."



„Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter!" Spruch und Bild nach Kaiser Wilhelm II. Kreuz in lichter Höh' gegen Buddha (gelbe Gefahr) in zerstörerischer Finsternis.

Es ist die räuberische Lebensarbeit zahlreicher christlich-nationaler Generationen mit Blut, Boden, Schwert und Kreuz.

In den „Belehrungen über den katholischen Verein des Erzbistums Freiburg" von 1848 heißt es: „Diese Vereine sind aber ganz besonders in Zeiten notwendig und nützlich, wo ein plötzlicher Umsturz den ganzen öffentlichen Zustand verändert hat. Unmöglich kann das Volk mit seinem Urteil sich in einer solchen Lage rasch zurechtfinden; es entstehen verworrene Begriffe, das Volk wird die Beute schlauer Verführer." Der katholische Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler hat in seiner „Katholischen Lehre vom Eigentum" die Hoffnungen der herrschenden Klasse über die Wirkungen des Christentums auf die Arbeiterklasse herausgelassen: „Hat es (das
terklasse herausgelassen: „Hat es (das
Volk, Red.) sich erst von seinem Irrtum überzeugt, hat es erst erkannt, daß weder Pressefreiheit, noch Assoziationsrecht, noch freies Wahlrecht, noch Volksversammlungen, noch schöne Redensarten, noch Volkssouveränität im Stande sind, die Hungrigen zu speisen, die Nackten zu kleiden, die Betrübten zu trösten, den Kranken zu helfen, so wird es Rache nehmen an seinen Verführern und in Verzweiflung die Hand ausstrecken nach einem anderen Rettungsanker in seiner Not und Bedrängnis."

Diese nützlichen Auffassungen machten sich die Gründer des katholischen Verbandes „Arbeiterwohl" 1881 zu eigen: „Wichtiger als die Erhöhung des ‚naturgesetzlichen' Lohnes, ist die Anleitung und Sorge zu guter, wirtschaftlich und sittlich geordneter Verwendung des Lohnes. Nationalökonomisch ausgedrückt: die bessere Ordnung der Konsumtion der Arbeiter ist die billigste und sicherste Art und Weise der Verbesserung des Lohnstandes." Die Gründer dieses „Arbeiter"vereins waren: Franz Brandts, Fabrikbesitzer in Mönchen-Gladbach, Dr. Freiherr von Hertling, Professor der Philosophie, Clemens Straeter, Tuchfabrikant in Aachen, Josef Albers, Kaufmann und Fabrikbesitzer in Münster, Louis Beissel, Nadelfabrikant in Aachen, Arnold Bongartz, Redakteur des „Christlich-Sozialen Blattes" in Rellinghausen, Heger, Berginspekteur in Rudau (Schlesien), Hilt, Generaldirektor in Aachen, Dr. Christ. Mousang, Domkapitular in Mainz, Math. Wiese, Tuchfabrikant in Werden. Dieser Verein ist der Vorläufer des katholischen Arbeiterbundes.

Der ehemalige evangelische Divisionspfarrer und seit 1874 Hof- und
sionspfarrer und seit 1874 Hof- und
Domprediger des Deutschen Kaisers, Stoecker, der 1878 versuchte, eine „Christlich-Soziale Arbeiterpartei" zu gründen, faßte seinen bürgerlichen Zorn auf die Sozialdemokratie so zusammen: „Sie (did christlich-soziale Arbeiterpartei)verwirft die gegenwärtige Sozialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch."

Das Mitglied der Zentrumspartei J. Joos schrieb 1924 in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" (Nr. 13): „Liebe zum Vaterland heißt: handeln statt schwätzen, dulden statt klagen, opfern statt Geschäfte machen, einigen statt trennen ... Tief innerliche religiöse Begründungen des Staatsgedankens, der Staatsautorität und des Staatsbürgertums sind unsere erzieherischen Hilfsmittel." In diesem Geist hat dann Brüning vom Zentrum als Reichskanzler durch Ausplünderung der Versicherungen und Mästung der Kapitalisten die Verelendung der Volksmassen während der Weltwirtschaftskrise vollendet. Wie Brüning, so kam auch Adenauer aus dem rheinischen Brei von Katholizismus und Finanzbourgeoisie. Adenauers Hauptberater waren der Kölner Kardinal Frings und der Finanzbourgeois Pferdmenges.

Grundsatzprogramm der CSU 1946: „1. Der Staat ist nach Wesen und Aufgabe der gottgewollte Ordnungszustand eines Volkes ..." Martin Luther: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan."

Die herrschende Kapitalistenklasse hat sich die in der christlichen Ideologie liegenden Möglichkeiten voll zunutze gemacht. Es kann für sie nichts Schöneres geben als den vollen Geld-
nutze gemacht. Es kann für sie nichts
Schöneres geben als den vollen Geld-
sack und sich bekreuzigende Arbeiter, die ihn füllen. Als aus der Bourgeoisie eine imperialistische geworden war, fand das Christentum endlich den ihm auf den Leib geschneiderten Waffenrock. Kaiser Wilhelm am 1.12.1898 zu Marinesoldaten: „Denn wo der deutsche Aar Besitz ergriffen hat und die Krallen in ein Land hineingesetzt hat, das ist deutsch und wird deutsch bleiben. Geht hin und tut eure Schuldigkeit, wie wir eben vor Gottes Angesicht geschworen!" Und am 23.11.1900 in Kiel während der blutigen Niederschlagung des chinesischen „Boxeraufstands": „Fürwahr, ich sollte meinen, daß ein jeder begeistert sein müßte, wenn er vor den Altar gestellt wird und das Kruzifix anschaut ... Mit einem Male stehen Teile unserer Marine draußen, vereinigt mit denen aller gesitteten christlichen Völker im Dienste des Glaubens und zur Aufrechterhaltung der Ordnung ..."

Die Zentrumspartei begrüßte im Deutschen Reichstag das Vorgehen der deutschen Kolonialtruppen in China und in Deutsch-Südwestafrika. Prälat Dr. Otto Müller erinnert sich begeistert an die Tätigkeit der katholischen Arbeitervereine während des Ersten Weltkriegs: „... daß die Sorge um das Gemeinwohl und eine wahrhaft vaterländische, nationale Erziehung der Mitglieder von Anfang an eine Wesensaufgabe ihres Wirkens gewesen ist".

Die Erzreaktionäre der Deutschnationalen Volkspartei der Weimarer Republik wie der ehemalige Vorsitzende der Friedrich Krupp AG, Hugenberg, die kräftig mitwirkten, um Hitler in den Sattel zu heben, erhofften sich in ihrem Parteiprogramm von 1920 „von der Vertiefung des christlichen Bewußtseins ... die sittliche Wiedergebut unseres Volkes, die eine Grundbedingung seines Wiederaufstiegs ist ... An der lebendigen Aufnahme der christlich-religiösen Kräfte hängt die Reinheit der Familie, die Entwicklung der Jugend, die Versöhnung der sozialen Gegensätze, die Gesundheit des Staates. Ein Volk ohne Religion entbehrt des sittlichen Gehalts und damit der Widerstandskraft gegenüber von Sorgen und Entbehrungen der Zeit."

Dazu Stoltenberg, ehemaliger Krupp-Direktor, in der „Fernsehdiskussion" am 30.9.77, ARD: „... Aber seitdem wir die geistige Veränderung in unserem Land spüren, das Vordringen sozialistischer, vor allem auch marxistischer und linksliberaler Ideologien, ist es richtig und notwendig, daß wir versuchen, neben diese Aktionsprogramme ein Grundsatzprogramm zu stellen, das stärker die geistigen, und wenn Sie wollen, die ideologischen Positionen verdeutlicht. (...) Im übrigen haben sich natürlich die Bedingungen verschärft. Der Spielraum für Verteilung auch unter sozialen Vorzeichen ist enger als vor ein oder zwei Jahren, weil nun die Aufgaben Arbeitsplatzsicherung, Wirtschaftswachstum, Investitionen, Chancen der Jugend, die wir vor zwei Jahren so gar nicht kannten, eine ganz andere Größenordnung gewonnen haben."

Die Möglichkeiten der Wiederbelebung der Herrschaft der Finanzbourgeoisie haben auch den Sozialdemokraten Schmidt fasziniert. In seiner
kraten Schmidt fasziniert. In seiner
Regierungserklärung vom 16.12.76 beschwört er die Pfaffen, doch aktiver zu werden in ihrer Missionstätigkeit: „Das öffentliche Wirken der Kirchen und Religionsgemeinschaften vermag, wird es von ihren Angehörigen betragen, ethische Grundüberzeugungen und Werthaltungen in der Gesellschaft lebendig zu erhalten und zu entwikkeln. Damit leisten Kirchen und Religionsgemeinschaften einen wesentlichen Beitrag zur Auseinandersetzung um die Grundwerte, gerade auch in einer pluralen Gesellschaft."

Natürlich weiß die Bourgeoisie, daß sie mit dem christlichen Mist die Arbeiterklasse nicht anstänkern kann. Das hat sie ein Jahrhundert lang schmerzlich erfahren müssen. Der Zweck der christlich-nationalen Reaktion ist nicht die Gewinnung der Arbeiterklasse, sondern ihre Isolierung von den übrigen Teilen des Volkes und die Zersetzung der einheitlichen Kampffront der Arbeiterklasse durch das Eindringen christlichen Miefs in Teile der Arbeiterjugend, des Lumpenproletariats und verproletarisierter Kleinbürger. Die Darstellung von Arbeitslosen als schmarotzende Prasser durch die „Bild"-Zeitung, einer herzlosen, vom Materialismus verseuchten Arbeiterklasse, die ihre eigenen Eltern und Behinderte verkommen läßt; die Unverantwortlichkeit der Arbeiter, in Zeiten der „nationalen Not" trotzdem um höheren Lohn und Rechte gegenüber der Kapitalistenklasse zu kämpfen – das sind ideologische Mittel und Manöver, um diese Isolation durchzusetzen.

Wird es gelingen? Die materielie Basis dafür ist äußerst dünn geworden. Die Bourgeoisie „hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpfen, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung'. (...) Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt." (Kommunistisches Manifest, 1848) Das gilt heute hundertmal mehr als vor 130 Jahren. Aber automatisch löst sich die christlich-nationale Reaktion nicht in Wohlgefallen auf. Die revolutionäre Arbeiterklasse muß sie im Bündnis mit den Volksmassen stellen, wo sie ihr Haupt erhebt, sie niederschlagen und ihr mit dem Sturz der Ausbeuterordnung die Wurzeln ausreißen. – (Z-Red.)

Strauß für den Präsidentensessel

Bourgeoispresse wittert Größeres

Energischer Parteivorsitzender mit ungebrochener Leidenschaft – nicht Landesvater

„Gerade dieser Parteitag, der unter dem Eindruck der Bluttat von Köln stand, hat die Absurdität der Vorstellung erwiesen, bei CSU-Kongressen handele es sich um Zusammenkünfte bärbeißiger und gegebenenfalls wutschnaubender Reaktionäre aus dem Alpenvorland ... Denn Strauß soll Ministerpräsident werden. Goppel hat ihn vorgeschlagen, der Parteitag hat geklatscht, und der Erkorene hat zumindestens nicht widersprochen. Die kurz darauf gehaltene Rede war die eines energischen Parteivorsitzenden und eines mit ungebrochener Leidenschaft streitenden Bonner Oppositionspolitikers, nicht die eines zukünftigen Landesvaters." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.9.77)

Geschickter Regisseur

„Eine geschickte Regie verstand es, verlockende Abseitsfallen zu vermeiden: Franz Josef Strauß auf dem CSU-Parteitag. In einer Mischung aus Neid und Verachtung meinte denn auch einer der zahlreichen Beobachter von der SPD aus Bonn: ‚Sagenhaft, wie bei denen alles läuft. Die können von oben her ein Offensivpapier mit rund 50 Gesetzesänderungen in den Parteitag einspeisen, dann geht es durch den Arbeitskreis – mit einem eingefügten Nebensatz. Und trotz massiver Eingriffe in rechtsstaatliche Grundsätze wird das im Plenum angenommen wie eine Grußadresse an den Heiligen Vater.'" (Süddeutsche Zeitung, 26.9.77)

Unbestrittener Star

„Strauß, offensichtlich überrascht von Goppels ‚offiziellem' Vorschlag, war gestern der unbestrittene Star des CSU-Parteitags in der Münchener Bayernhalle. Minutenlange Beifallsstürme der 1000 Delegierten begleiteten seinen mehr als zweistündigen Rechenschaftsbericht. (...) Über die FDP: ‚Das ist ein Sauhaufen!' Über den Kanzler: ‚Den Kurs bestimmt er nicht!' Über die Terroristen: ‚Ableger des Marxismus.' Über Brandt: ‚Schluß mit dem Etikettenschwindel!'" (Bild am Sonntag, 25.9.77)

Kompetenz mit bundesweiter Ausstrahlung

„Aber unüberhörbar waren die Worte von Strauß, daß die CSU eine bundesweite Ausstrahlung habe. Strauß will – zumindestens zum jetzigen Zeitpunkt – keine neue Diskussion um eine bundesweite CSU. Aber er fordert von Helmut Kohl zu Recht eine klare, in ihren Aussagen unzweideutige Oppositionspolitik, weil er weiß, daß das psychologische Stimmungstief, das die Bürger betrifft, nicht automatisch der Regierung angelastet und der Union Stimmen bringen wird. Die Herausforderung des Terrorismus, die Ungewißheit über die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft verlangen Kompetenz, sonst wird, wie Strauß sagt, das Volk über die politischen Parteien hinweggehen." (Welt, 26.9.77)

Praxis der gelben Gewerkschaften – ein Beispiel: Chemiegesellschaft Gundernhausen

Seit zweieinhalb Jahren wird die Mehrheit des Betriebsrates der Chemiegesellschaft Gundernhausen (bei Darmstadt) mit dem Vorsitzenden Wernicke an der Spitze vom Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) gestellt. In der CHG sind über 300 Arbeiter und knapp 100 Angestellte beschäftigt.

Der Ausländeranteil beträgt bei den Arbeitern etwa 70%, zusammengesetzt aus den verschiedensten Nationalitäten.

Bei den letzten Betriebsratswahlen haben die Kapitalisten mit ihren Spaltungsmanövern Erfolg gehabt. Es kam zur Aufstellung von drei Listen, davon die der IG-Chemie. Die beiden anderen Listen wurden von den Kapitalisten unterstützt.

Trotz dieser Manöver gewann die IG-Chemie Liste klar die Wahlen, gewann bei den Arbeitern 5 der 7 Sitze, auf die beiden Spalterlisten entfielen jeweils einer. Im Angestelltenbereich kandidierte nur die IG-Chemie. Wegen zahlreicher Verstöße gegen die Wahlordnung focht die IG-Chemie-Verwaltungsstelle Darmstadt die Betriebsratswahl an. Der von den Kapitalisten gekrönte Betriebsratsvorsitzende Wernicke nahm dies zum äußeren Anlaß, um nach abgekartetem Spiel die noch verdeckten Karten fallen zu lassen: Er trat zusammen mit den Betriebsräten der Spalterlisten in die Christliche Gewerkschaft ein.

Zielstrebig gingen sie jetzt im Auftrag der Geschäftsleitung im Juni daran, eine Mehrheit des CGB im Betriebsrat zu installieren. Im Juni stimmten sie der Kündigung des türkischen Betriebsratsmitglieds Börekci zu. Dieser hatte ein Attest vorgelegt, bei dem er auf Anraten des Arztes auf einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden sollte. Die Geschäftsleitung kündigte mit der Begründung, es stünde kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung.

Im Dezember wurde dem türkischen Betriebsratsmitglied Elcioglu gekündigt mit der Begründung, er habe sich krankschreiben lassen, obwohl er gar nicht krank gewesen sei. Als das Arbeitsgericht diese Kündigung für rechtsunwirksam erklärte, wurde ein reaktionärer türkischer Arbeiter vorgeschickt, er provozierte eine Schlägerei mit Elcioglu. Prompt kam die fristlose Entlassung.

Die Arbeitsgerichtsprozesse dauerten ein bis zwei Jahre, die Kollegen waren für diese Zeit heraus aus dem Betrieb, der eine mußte sich einen neuen Arbeitsplatz suchen, um zu leben. Für diese Kollegen
suchen, um zu leben. Für diese Kollegen
rückten Ersatzkandidaten nach sowie eine weitere IG-Chemie-Betriebsrätin, die von den Kapitalisten mit Druck und Vergünstigungen umgedreht wurden und in den CGB eintraten.

Die Kapitalisten, der Chemiegesellschaft in Gundernhausen hatten ihr Ziel erreicht. Der CGB stellte nun 6 der 9 Betriebsräte – obwohl kein einziger von ihnen als CGBler gewählt wurde. In diesem Betriebsrat konnten die Kapitalisten schalten und walten, wie sie nur wollten und den Arbeitern und Angestellten immer schlechtere Arbeitsbedingungen aufzwingen und dazu übergehen, die Löhne zu senken.

Die Übergangsregelung für die Überführung der Löhne aus dem Chemie-Tarif in den niedrigeren Kunststofftarif, gültig bereits ab 1.1.75, wurde in Zusammenarbeit mit dem CGB ein wahres Kunstwerk der Kapitalisten für die Steigerung des Profits.

Die durchschnittlichen tariflichen Stundenlöhne entwickelten sich von 1974: 7,08 DM/Std., 1976 7,22 DM/Std. auf 7,48 DM/Std. Der Nominallohn ist in diesen 3 Jahren wegen der steigenden Steuerausplünderung und der steigenden Sozialabgaben gleich geblieben. Mit Berücksichtigung der Preissteigerung ist der Reallohn der Kollegen um etwa 20% gesenkt worden!

Parallel mit dieser Lohnsenkung ging eine ständige Verschärfung der Arbeitshetze und der Antreiberei. An fast allen Maschinen wird heute pro Schicht zwei- bis dreimal soviel produziert wie vor 3 Jahren.

Die Mehrheit des Betriebsrates stimmt grundsätzlich jeder von den Kapitalisten vorgelegten Kündigung zu, die Gründe sind meist zu hohe oder unentschuldigte Fehltage und „mangelnde Arbeitsleistung". Einige Knochenabteilungen werden so als „Durchgangslager" bezeichnet. In der Zeit vom 1.10.76 bis 6.4.76 wurden 75 Arbeiter neu eingestellt.

Die Clique der Meister und der ‚überzeugten' CGB-Mitglieder dient den Kapitalisten zur Aufrechterhaltung dieser verschärften Ausbeutungsmethoden – sie sind nichts anderes als ein Spitzelsystem, das Arbeiter, die rebellisch sind oder ihrer Meinung nach zu oft krank sind, ausmachen sollen.

Die CGB-Leute werden von dem Großteil der Arbeiter als eine ‚Mafia' angesehen.

In den diesjährigen Betriebsratswahlen treten die CGBler mit dem Schlachtruf: „Gegen die Bonzen in den Aufsichtsräten" gegen die Sozialdemokratie und die Mitbestimmung auf. Sie hoffen sich die Empörung der Arbeiter über die klassenversöhnlerische Politik der Sozialdemokraten zunutze machen zu können. Warum aber sollten die Arbeiter anstatt der Klassenversöhnlern direkte Kapitalistenvertreter in die Betriebsräte wählen. Die Arbeiter brauchen den Zusammenschluß mit einem Programm zu den Betriebsratswahlen gegen die Kapitalisten. – (M-Red.)

Standortwechsel an die Küste

Eine Etappe in der imperialistischen Geschichte des Stahlkonzerns Klöckner

Im vergangenen Jahr hat sich der Klöckner-Konzern mit dem Aufkauf der Max-Hütte von Platz 6 auf Platz 4 der Rangliste der westdeutschen Stahlmonopole vorgeschoben. Auf der Grundlage der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter betreiben die Klöckner-Kapitalisten die Ausbeutung und Ausplünderung der Völker von Azania, von Zimbabwe und Brasilien, um nur einige zu nennen. Schon die Ansiedlung des Hüttenwerkes Bremen Mitte der 50er Jahre war genau darauf berechnet.

Warum eine Hütte am Meer?

Durch die Währungsreform wurden die Arbeiter all ihrer Geldguthaben beraubt, jeder bekam 20 Mark in die Hand gedrückt. Die Klöckner-Kapitalisten erhielten durch die Währungsreform ihre gesamten Kriegsgewinne wieder. Ihr in Maschinenanlagen, Grund und Boden angelegtes Kapital wurde in einem Verhältnis von einer Reichsmark zu 3,20 Deutsche Mark neu festgesetzt. Ein fetter Happen. 1952 begann die Planung für die Klöckner-Hütte in Bremen. 1957 wurde der erste Hochofen angeblasen. 1958 schrieb der Gerhard Schröder, Mitglied des Klöckner-Vorstandes, in der Zeitschrift „Der Volkswirt“: „Zur Erzeugung einer einzigen Tonne Rohstahl braucht man rund 3,75 Tonnen Roh- und Hilfsstoffe. Die westdeutsche eisenschaffende Industrie muß also zur Erzeugung ihrer rund 24 Millionen Tonnen Rohstahl jährlich etwa 90 Millionen Tonnen Roh- und Hilfsstoffe bewegen. Von diesen sind im Jahr 1957 über Seehäfen allein rund 20 Millionen Tonnen Kohle ... und schätzungsweise 300000 bis 400000 Tonnen Heizöl gekommen. Es ist offensichtlich, daß bei dem Umschlag so großer Mengen über Seehäfen es in jedem Fall gerechtfertigt ist, auch in Westdeutschland mindestens ein großes gemischtes Hüttenwerk am Meer entstehen zu lassen. Dies waren auch die Überlegungen, die der Standortwahl für das in den letzten Jahren von den Klöckner-Werken in Bremen errichtete neue Hüttenwerk vorausgingen.“

Die Standortverlegung an die Küste sollte den konstanten Teil des Kapitals senken durch Verbilligung der Rohstoffe über die Transportkosten. Anfang der 50er Jahre machten die Rohstoffkosten 70 bis 80% der Gesamtkosten der Roheisenproduktion aus. Die Kapitalisten betrieben in zunehmendem Maße die Ausplünderung der Rohstoffvorkommen der Länder der Dritten Welt: „Da die einheimische Rohstoffgrundlage heute jedoch nicht mehr ausreicht und in überwiegendem Maße Erze und auch weitere Rohstoffe aus Übersee eingeführt werden müssen, ist für die Standortwahl beim Neubau eines Eisen schaffenden Werkes maßgebend, daß die Transportaufgaben für die Rohstoffe wirtschaftlich gelöst werden können.“ (Klöckner-Direktoren Asbeck und Heemeyer, in: „Stahl und Eisen“ 1960)

Die Standortverlagerung an die Küste entsprach direkt den imperialistischen Interessen des Klöckner-Konzerns, nicht nur wegen der Rohstoffe, auch für den Export von Stahl und damit für die Vorbereitung von Kapitalexport:

1955	wurden vom Umsatz exportiert	16%
1956	”	25%
1957	”	23%
1958	”	24%
1959	”	21%

In seinem Buch „Weggenosse des Jahrhunderts“ schreibt Dr. Günther Henle, Haupteigner von Klöckner: „Da die Werke in und um Osnabrück und in Haspe keinen Anschluß an einen Wasserweg besaßen, suchten wir für die neue Hütte wegen der günstigen Rohstoffversorgung vor allem eine ‚nasse Lage‘ ... So fiel schließlich die Entscheidung zugunsten von Bremen, wo das Gelände und die nach der Demontage noch vorhandenen Anlagen der ehemaligen Norddeutschen Hütte erworben werden konnten und der Staat der Hansestadt sich in jeder Weise hilfsbereit zeigte.“

„Der moderne Repräsentativstaat (ist) Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital“ (Engels)

„Heute haben Imperialismus, Herrschaft der Banken, diese beiden Methoden (direkte Beamtenkorruption und Allianz von Regierung und Börse, d. Verf.) die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhnlichen Kunst entwickelt.“ (Lenin) 1953 setzen die Klöckner-Kapitalisten den Staatsapparat, genauer den Bremer Senat, in Marsch. Am 14.1.1954 „vermerkt“ der Syndikus der Bremer Handelskammer den ersten Erfolg: „Bei dem heutigen Besuch, den das Präsidium der Handelskammer Herrn Bürgermeister Kaisen machte, sprach dieser auch über das Klöckner-Projekt, das mit guter Aussicht seinem Abschluß zugehe, und erwähnte die Verpflichtungen, die damit für Bremen verbunden sein würden, aber auch die Widerstände, mit denen wir rechnen müssen, sobald das Projekt bekannt werde.“

1954 hat sich der Bremer Senat unter dem Sozialdemokraten Kaisen laut „Weser Kurier“ vom 20.12.1954 „verpflichtet“, den Klöckner-Kapitalisten „Grund und Boden zur Verfügung zu stellen“. Bei diesem Grund und Boden handelte es sich um ein 10 qkm großes Gelände direkt an der Weser. Auf einem Teil dieses Geländes befanden sich noch Restbestände der demontierten ehemals Krupp'schen Norddeutschen Hütte. Das Gelände war noch mit Eisenbahnanlagen, Straßenverbindungen, Kanälen und Lichtanlagen ausgestattet. Auf dem übrigen Gelände wohnten über 100 Arbeiterfamilien, 30 Bauern sowie Parzellisten und neuangesiedelte Kriegsflüchtlinge mit Pachtverträgen. Um diese Anwohner zu vertreiben, beschloß die Bremer Bürgerschaft auf Antrag des Senats 1955 die Einleitung eines Enteignungsverfahrens. Durch ihren Zusammenschluß konnten die Arbeiter und Bauern den Senat zu einer Entschädigung von 3,40 DM pro Quadratmeter zwingen. Die Verhandlungen wurden seitens des Senats von einem Professor Agartz geführt, damals Mitglied des Aufsichtsrates der Klöckner-Werke AG! Laut dem damaligen Wirtschaftssenator Wolters (SPD) hat der Senat das Gelände für einen Quadratmeterpreis von 30 bis 60 Pfennig verscherbelt. Nach den Geschäftsberichten der Klöckner-Hütte haben die Kapitalisten für das Gelände insgesamt 2,5 Millionen DM ausgegeben.

```
                         V e r m e r k .

Der Klöckner-Konzern beabsichtigt dem Vernehmen nach- die Angele-
genheit ist bis jetzt noch ganz vertraulich - ein Hütten- und Walz-
werk in Bremen zu errichten, das angeblich ein Objekt von 1 Milliarde
DM werden soll, das sich auf die Dauer von 10 Jahren erstreckt.
Es sollen hier insbesondere von Schweden eingeführte Erze verhüttet
werden und ausserdem soll mit dem Betrieb ein Walzwerk verbunden
werden. Angeblich sollen in einer Zeit von etwa 5 bis 10 Jahren
10 000 - 30 000 Arbeitskräfte in Frage kommen.

Es ist die Frage aufgetaucht, zu untersuchen, ob das bremische
Reservoir an Arbeitslosen überhaupt ausreicht, soviel Arbeitskräfte
zu stellen, denn es würde sich hier auch um körperlich starke, für
schwere Arbeiten geeignete Arbeitskräfte handeln.

Zur Zeit werden im Lande Bremen an Arbeitslosen etwa 23 300 gezählt.
Darunter befinden sich etwa 10 000 Frauen, die aber für einen solchen
Einsatz nicht in Frage kommen. Es müsste daher ausgegangen werden
von den verbleibenden rd. 13 500 männlichen Arbeitslosen. Da aber
die Arbeitslosen für Bremerhaven kaum für einen Einsatz hier in
Bremen praktisch in Frage kommen werden, kann meiner Auffassung nach
nur von den männlichen Arbeitslosen in den Bezirken des Bremer
Arbeitsamts und des Arbeitsamts-Bezirkes in Bremen-Vegesack ausge-
gangen werden. In diesem Falle handelt es sich dann nur um 10 979
arbeitslose männliche Personen, also um rd. 11 000.

Von diesen rd. 11 000 männlichen Arbeitslosen sind:
```

Aus den den Arbeitern abgepreßten Steuergeldern schob der Bremer Senat den Klöckner-Kapitalisten außerdem folgende Summen zu: 30 Millionen DM in Form von Gelände- und Umsiedlungskosten, 17 Millionen DM in Form von zwei Hafenanlagen, 50 Millionen DM in Form eines Elektrizitätswerkes, 11 Millionen DM in Form von Kanalisation.

Zusammen macht das 108 Millionen DM. Diese Summe hat der Senat bis Mitte der 60er Jahre auf über 300 Millionen aufgestockt!

Zum Vergleich: Der Lohn eines Arbeiters auf der Bremer Hütte betrug 1954 DM 1,85 pro Stunde!

In Erinnerung dieser Ausplünderung der Arbeiterklasse zugunsten der Klöckner-Kapitalisten kommt der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende und DGB-Kreissekretär Boljahn noch heute ins Schwelgen: „Klöckner wurde der Schritt nach Bremen vergoldet.“ Begründet wurde diese Bereicherung der Klöckner-Kapitalisten von den Sozialdemokraten mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. So der damalige SPD/FDP-Bürgermeister Kaisen in der Bürgerschaftsdebatte am 19.1.1955: „... über die Bedeutung, die das geplante Werk für das Gemeinwohl Bremens hat, werden sich auch nachher noch die einzelnen Redner äußern. Ich kann mich hier nur darauf beschränken, darauf hinzuweisen, daß wir für unseren Arbeitsmarkt im Laufe der Zeit eine ständig zunehmende Entlastung erwarten dürfen.“

Kapitalisten und Senat hatten in Wirklichkeit keine Sekunde die Entlastung des Arbeitsmarktes im Sinn. Im Gegenteil: Je größer der Arbeitsmarkt, desto schärfer die Konkurrenz unter den Arbeitern, desto leichter können die Löhne gedrückt werden.

Für die Bremer Kapitalisten waren damals 20000 Arbeitslose für diesen Zweck viel zu wenig, weshalb sie über die Handelskammer den Staat in Bewegung setzten. In einem Schreiben des Syndikus der Handelskammer vom 5.7.1956 an den Vorstand der Bremer Wollkämmerei heißt es: „Mit Bezugnahme auf mein Schreiben an Sie vom 6. Juni 1956 teile ich Ihnen bezüglich der seinerzeit von Ihnen gegebenen Anregung mit, die Hergabe weiterer Staatsmittel für das Klöckner-Projekt davon abhängig zu machen, daß diese keine bremischen Arbeitskräfte mehr einstellen, sondern daß sie vielmehr veranlaßt werden, Italiener oder sonstige auswärtige Arbeitskräfte einzustellen, da ich diese Angelegenheit mit dem Landesarbeitsamt hier besprochen habe. Wenn es sich auch nicht ermöglichen lassen wird, daß der Klöckner-Hütte eine derartige Auflage gemacht wird, kann ich Ihnen aber doch hierzu mitteilen, daß auch die Klöckner-Hütte wegen der sehr angespannten Verhältnisse auf dem bremischen Arbeitsmarkt, wie ich vom Landesarbeitsamt erfahren habe, bereit erklärt hat, insbesondere zusätzliche Arbeitskräfte über die Flüchtlingslager in Berlin zu gewinnen und aus diesem Grunde dort eigene Leute einzusetzen, die an Ort und Stelle aus der Ostzone kommende Arbeitskräfte über die Berliner Lager zu gewinnen. Etwas ist also doch in dieser Beziehung, wenn sich die Klöckner-Hütte daran hält, hierbei herausgekommen.“

Schon zwei Jahre zuvor, als die Arbeitslosigkeit in Bremen weit über dem Bundesdurchschnitt lag, war das den Klöckner-Kapitalisten zu wenig Druck auf die Löhne. In einem Schreiben vom 9.4.1954 macht der Syndikus der Handelskammer, Kohl, dem Mitglied des Vorstandes des Nordwestdeutschen Hütten- und Bergwerksvereins (heute Klöckner-Werke AG) und Mitglied des Bundestages Dr. Schöne, folgenden Vorschlag:

„Schließlich kann man sich noch Gedanken darüber machen, soweit es sich um Aufschließungsarbeiten für das Gelände handelt, insbesondere soweit es sich um Form von Notstandsmaßnahmen, und zwar in verstärkter Form – d.h. mit der Grundförderung durch die Bundesanstalt und mit der verstärkten Förderung durch das Land Bremen – durchzuführen. Gerade im Augenblick – und das wird für die kommende Zeit auch weiterhin zutreffen – sind hierfür bei geeigneten Objekten – um solche handelt es sich bestimmt hier – Mittel der Bundesanstalt vorhanden, die wir in Anspruch nehmen würden bei unseren auch guten persönlichen Beziehungen zur Bundesanstalt in Nürnberg. Das letztere sagen wir Ihnen vertraulich.“

Entsprechend diesem Vorschlag ist dann auch vorgegangen worden. Der Bremer Arbeitsmarkt enthielt noch ein besonderes Problem für die Kapitalisten: Die AG-„Weser“-Kapitalisten hatten mit Hilfe der Sozialdemokraten eine ganze Anzahl von kommunistischen Arbeitern entlassen, die kaum eine Stelle mehr bekamen. In einem Schreiben des Vertreters der Handelskammer Bremen vom 25.2.1956 erklären die Klöckner-Kapitalisten, wo der Schuh drückt: „Aus einer Unterhaltung, die ich gestern mit Dr. Schöne im Bundeshaus hatte, ergab sich unter anderem auch, daß die Klöckner-Werke mit der Ausbildung der Gruppenführer für das Bremer Werk vom Stammwerk aus begonnen haben ... Diese so ausgebildeten Leute sollen dann später von sich aus ihre Kader bilden ... Nur auf diese Weise hofft man auch, von vornherein der ständigen politischen Gefahr beim Personalaufbau entgegenwirken zu können. Diese Gefahr wird als sehr ernst angesehen, weil genügend politisch geschulte radikale Kräfte vorhanden sind, um planmäßig eingesetzt werden zu können, und weil von anderen Betrieben entlassene Arbeiter meist nicht zu dem guten Stammpersonal des entlassenden Betriebes gehören und daher politisch schon von Haus aus besonders anfällig sind.“

Noch heute hört man häufig, daß Klöckner damals die Schaffung von 20000 Arbeitsplätzen versprochen habe. Zahlen in dieser Größenordnung haben jedenfalls damals dazu gedient, die Auspressung von Steuergeldern für die Klöckner-Kapitalisten ideologisch zu rechtfertigen. Solche Zahlen finden sich auch in einem internen Vermerk der Handelskammer Bremen vom 11.9.1953 bezüglich der Ansiedlung des Klöckner-Konzerns:

„Angeblich sollen in einer Zeit von etwa 5 bis 10 Jahren 10000 bis 30000 Arbeitskräfte in Frage kommen.“ Der Schreiber dieses Vermerks hat Sorge, „ob das bremische Reservoir von Arbeitslosen überhaupt ausreicht, soviel Arbeitskräfte zu stellen.“ In einer Randnotiz enthebt ihn der schon oft zitierte Syndikus der Handelskammer, Kohl, dieser Sorge:

„In Wirklichkeit sind es aber nur 2500, die in ihrer Leistung 20-30000 Arbeitskräfte ersetzen sollen.“

Der Mann weiß schließlich, worum es bei dem ganzen Projekt geht: um die größtmögliche Ausbeutung von Mehrarbeit, um Höchstprofite.

Heute, 24 Jahre später, setzen etwas über 5000 Arbeiter eine riesige Maschinerie in Bewegung und sind in der Lage, in einem Jahr 3,5 Millionen Tonnen Stahl zu produzieren für den Höchstprofit der Klöckner-Kapitalisten. Die Arbeiter haben allen Grund, nicht ihren imperialistischen Ausbeutern und den von ihnen geschickten sozialdemokratischen und revisionistischen „Rattenfängern von Hameln“, die das Lied von der Arbeitsplatzbeschaffung und Recht auf Arbeit zum Erbrechen wiederkauen, zu folgen, sondern sich im Kampf für 220 DM mehr Lohn, für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und für 1500 DM steuerfrei zusammenzuschließen mit dem Ziel, sich der imperialistischen Blutsauger durch die proletarische Revolution endgültig zu entledigen. – (Betriebszelle Klöckner-Bremen)

Die Expansion der BRD-Stahlmonopole

	Lohnabhängige
Thyssen	139 440
Mannesmann	108 684
Hoesch	76 100
Krupp	25 513
Klöckner	24 934
Peine & Salzgitter	19 110

Kommunistische Volkszeitung